

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst- abholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld, Telefon Sammelnummer 72208 — **Postkontonummer Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 72208. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon 72208**

**Insertionspreis:** Die 10geleit. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvordr. 40 Pf.,  
Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten  
die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reflameseile 2 M., Inserate u. ausw.:  
die 10geleit. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvordr. 50 Pf., Reflameseile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchsen und alle Volkshäuser entgegen

## Gröner führt sich ein!

### Die deutschen Waffen für China

#### Die Marineleitung „dementiert“ durch Strafantrag

Wir haben gestern das Dementi mitgeteilt, das sich die Schwerindustrie-Telegraphen-Union aus Hongkong bestellt hat, um die Mitteilung der Kankinger Regierung von dem Transport deutscher Waffen auf dem norwegischen Dampfer „Stulle“ in Abrede zu stellen. Eine Aufklärung ist damit natürlich in keiner Weise geschaffen worden. Wahrscheinlich wird sie erst möglich sein, wenn über eine andere Waffensache völlige Klarheit erzielt ist. Das ist in diesem Fall weit einfacher, da Auskünfte aus Hongkong nicht benötigt werden.

Näglich wurde in Kiel der norwegische Dampfer „Stulle“ von der Zollbehörde angehalten, weil sich auf ihm 300 Gewehre und Gewehrmunition befanden, die als „Metallschrott“ aus Luga gekommen sein sollen. Das Schiff ist nach Beschlagnahme der Waffen inzwischen freigegeben worden. Ueber sein Ziel ist nichts bekannt, aber man geht wohl in der Annahme nicht fehl, wenn man den Empfänger der menschheitsbegleitenden Schiffsladung in einem der Generale des Marschalls Tschangtschin erblickt. Eine Beurteilung dieser Affäre nach ihrer rechtlichen Seite, nach dem in dem Versailler Vertrag enthaltenen Verbot deutscher Waffentransporte, ist der Presse durch das Damaskusschwert der Hochverratsparagrafen nicht gestattet. Wichtigere als diese rechtliche Seite ist die politische: die Frage, ob die chinesische Kontrorevolution mit deutschem „Metallschrott“ versorgt wird. Das Berliner Tageblatt hat erklärt, daß an der Kieler Munitionsverfälschung zwar nicht die „verantwortlichen Stellen“ des Reichswehrministeriums, aber wieder einmal „nachgeordnete Organe“ beteiligt seien, der Oberleutnant Proke und der Oberregierungsrat Beuster. Wie die Weltbühne vor mehreren Monaten unwiderprochen feststellte, ist Herr Proke jener Offizier, der vor dem Hitlerpalast mit Herrn Canaris und einem Korvettenkapitän a. D. Götting ansehnliche Waffenbestände aus den Marinewerkstätten ins Ausland bugsiert hat, um mit dem Erlös die schwarzen Fonds zu stärken. Der Herr Oberleutnant bringt also für das

neue Geschäft eine ausreichende sachmännliche Erfahrung mit. Der Chef der Marineleitung hat zu der Mitteilung des Berliner Tageblatts eine ganz famose Antwort gefunden. Man hätte von der „verantwortlichen Stelle“ nunmehr die Erklärung erwarten können, die Belastung ihrer „nachgeordneten Organe“ sei unzutreffend oder nicht. Am verständlichsten wäre es noch gewesen, wenn die verantwortliche Stelle die für sie bequeme Ausflucht gesucht hätte, man müsse erst das Ergebnis jener Untersuchung abwarten, über die am Dienstag der Reichsaussenminister berichtete. Der Herr Admiral Jenker hat jedoch die treffliche Antwort darin gefunden, indem er gegen den verantwortlichen Redakteur des Berliner Tageblatts Strafantrag wegen Verleumdung stellen ließ. Das Berliner Tageblatt begrüßt dies Vorgehen der Reichsmarineleitung und hält seine bisherigen Behauptungen, die allemal zu beweisen seien, voll und ganz aufrecht. Es kann in dem Vorgehen der Reichsmarineleitung nur der Versuch erblickt werden, die ganze Affäre dem Bereich der Dementihaftigkeit zu entziehen und in das Dunkel einer unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Gerichtsverhandlung zu verlegen. Dieser Versuch, daß die Affäre der Waffenschlebung im Reichstag zur Sprache kommt. Der Chef der Marineleitung untersteht dem Reichswehrminister. Herr Gröner trägt die volle Verantwortung für die Aktion des Admirals gegen die Presse. Der Unterschied zwischen Gröner und Jenker ist vorerst nur darin festzustellen, daß der eine die schon verhängenen Dementis an die Presse gab, der neue Mann Strafanträge gegen die Presse stellen läßt. Für eine demokratische Zeitung, die die Ernennung Grönners zum Reichswehrminister als ein seltsames Geschenk der republikanischen Götter aufnahm, ist das wahrlich eine lächlich kalte Dusch!

Der Sozialdemokratische Pressedienst stellt die Frage: „Ist es richtig, daß der Kapitän zur See Proke Anfang Januar, als die Munitionsaffäre aufgedeckt wurde, in Kiel gewesen ist? Was hat er dort getan und in wessen Auftrag wollte er dort?“

## Waffenschmuggel und Völkerbund

In Prag treten heute Beauftragte des Völkerbundes zusammen, um über Abrüstung und Sicherheit zu beraten. Die drei Referenten, die die letzte Tagung der Kommission der vorbereitenden Abrüstungskonferenz ernannt hat, wollen gemeinsam unter dem Vorhitz des Außenministers der Tschechoslowakei über die Vorbereitung der für 1929 vorgesehene Abrüstungskonferenz beraten. Daß gerade Prag der Ort ist, mag gewiß nur ein Zufall sein, aber doch ein Zufall, der auf die Wichtigkeit der Abrüstungs- und Sicherheitsbemühungen aller Völkerbundsdiplomaten hinweist. Die herrschenden Klassen des Landes, dessen Hauptstadt Prag ist, halten nach wie vor die militärische Aufrüstung noch immer für die beste Sicherheit für den Bestand des Staates und statt der Abrüstung drücken die Minister, die in Genuß davon reden, im Prager Parlament höhere Ausgaben für den Heeresetat durch. Die Militarisierung wird ununterbrochen weiter betrieben und zur „Rechtfertigung“ für die dauernde Steigerung der militärischen Ausgaben verweisen die einen auf die anderen. Die Tschechoslowakei fühlt sich neben Österreich von den Magyaren bedroht, und die geheimnisvolle Waffensendung, wegen der es am 1. Januar auf dem österreichisch-ungarischen Grenzbahnhof Szent Gotthard zu einem Zwischenfall kam, hat das Gefühl der Sicherheit in der Tschechoslowakei nicht gefördert.

Es handelte sich um fünf Eisenbahnwaggons mit Gewehren; eine ansehnliche Menge, die — wenn sie öfters über die Grenze gebracht werden kann — immerhin eine Aufrüstung in größerem Umfang ermöglicht. Es ist ja inzwischen gemeldet worden, daß mindestens schon zehn solcher Waffensendungen nach Ungarn gelangt sind. Sich moralisch über die ungarische Regierung zu entrüsten, wäre sinnlos. Sie ist ein Stützpunkt der internationalen sozialen und militärischen Kontrorevolution. Und wie die sich in andern Ländern mit allen Mitteln vorwärtszuarbeiten und an der Macht zu halten versucht, indem sie auch den Ansprüchen der Nationalisten gerecht werden will, so tut das auch die Horthyregierung. Aber nicht ohne Lehre für die Arbeiterklasse und republikanische Völkerbundsoppositionisten ist, wie die Völkerbundsmitglieder und der Völkerbund selbst den verbotenen Waffenschmuggel behandeln. Im Gegensatz zur Tschechoslowakei gehört Ungarn zu den unterlegenen Staaten und der ihm aufgezwungene Friedensvertrag verbietet ihm ausdrücklich die Einfuhr von Waffen. Eine militärische Kontrollkommission hat die Innehaltung dieser Bestimmung bis vor wenigen Monaten überwacht. Von dieser Kontrolle ist Ungarn jetzt befreit. Das Waffeneinfuhrverbot besteht weiter. Da der Völkerbund seiner Gründung nach und auch seiner ganzen praktischen Tätigkeit nach im wesentlichen nichts anderes ist als ein Organ zur Überwachung der Einhaltung der Friedensverträge, so hätte er von sich aus die restlose Aufklärung der ungarischen Waffenslieferungen betreiben und ihre Fortsetzung unterbinden müssen.

Doch der Völkerbund tut nichts dergleichen. Die ungarischen Bahnbehörden konnten das bestehende Zollabkommen verletzen und die Regierung Horthy konnte frech die Welt anlügen, die Waffen seien nicht für Ungarn, sondern für eine tschechoslowakische Firma bestimmt. Diese Lüge ist sofort dementiert worden und vorgestern hat im Prager Parlament der stellvertretende Ministerpräsident noch einmal eine amtliche Feststellung gemacht. Er sagte,

„daß durch tschechoslowakische Erhebungen festgestellt wurde, das die Sendung nicht für die Tschechoslowakei bestimmt war (bekanntlich war eine tschechoslowakische Stadt als Empfangsstation deklariert worden) und daß auch keine Transitbewilligung nach Polen nachgesucht worden war. Der Sitz und Wohnort des als Empfänger angegebenen Spediteurs befindet sich in Ungarn, während die Bahnstation auf tschechoslowakischem Boden liegt.“

Da die ungarische Regierung schon beim Notensässen er- tappt wurde, ohne daß das ihrem Ansehen bei den kapitalistischen Regierungen geschadet hat, so konnte sie auch diese Lüge machen, ohne Schaden zu nehmen. Sie wiegt schließlich nicht schwerer wie der Bruch von Abkommen oder Friedensverträgen! Die unmittelbaren Nachbarstaaten Ungarns befreit die Passivität des Völkerbundes nicht. Die Kleine Entente, das Staatenbündnis Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, schickte sich zu einem Schritt beim Völkerbund an. Es wurde von einer gemeinsamen Note gesprochen, die den Völkerbundrat zu einer Stellungnahme veranlassen soll. Obwohl sich die Kleine Entente einig gewesen zu sein scheint, so wird es doch zu der ursprünglichen geplanten Note kaum noch kommen. Warum? Da ist zuerst das Wichtigste: der Waffenslieferant ist Italien. Italien — das ist einseitig im Konzert der Diplomaten Mussolini. Und der könnte brutal Missionen zerstören, wenn ihm der Völkerbund in seine politischen Geschäfte und Intrigen hineinreden wollte. Mussolini macht seine Politik, für die er gerade auf dem äußeren Gebiet die Unterstützung der Bourgeoisie seines Landes hat. Dabei kümmert er sich gar nicht um die Abrüstungs- und Sicherheitsbedürfnisse des Völkerbundes. Und dann ist

## Carl Mertens als Zeuge?

### Landesverratsprozeß Schreck und Genossen

#### Ein gefesselter polnischer Ministerialbeamter als Zeuge!

Zu Beginn des dreizehnten Verhandlungstages verliest der Vorsitzende einen Brief des Hauptmanns a. D. Köhm, in dem der Bölsche abstreitet, einen Fallschuß durch Verschweigung der von ihm selbst hergestellten militärischen Denkschrift geleistet zu haben. Der Vorsitzende deckt den rechtsradikalen Zeugen durch die Mitteilung, daß der Vernehmung Köhms vergessen zu haben, daß Köhm diese Tatsache während der Voruntersuchung bereits zugegeben hatte und daß er deshalb unterließ, den Zeugen ausdrücklich danach zu fragen. — Ein polnischer Zeuge hätte eine solche wichtige Tatsache unter Eid verschweigen sollen! —

Der Reichsanwalt überreicht einen Brief, den ihm der Passist Mertens aus Genf geschrieben hat.

Der Vorsitzende gibt den wesentlichsten Inhalt bekannt. Mertens erklärt, Schreck nicht zu kennen. Die in seinem Besitz befindlichen Photographie Schreck'scher Arbeiten wären ihm von polnischen Passisten zugestellt worden, die das Material vom polnischen Generallstab erhalten hätten. In Polen sei das Material seines Wissens von einem Zivilbeamten des Reichswehrministeriums verkauft worden. Der Reichsanwalt beantragt, Mertens als Zeugen zu laden, unter Zusage freier Geleits wegen der gegen ihn schwebenden Landesverratsverfahren. Der Senat beschließt die Ladung von Carl Mertens zum 28. Januar 11 Uhr unter Zusage freier Geleits. Der Zeuge soll alle in seinem Besitz befindlichen Dokumente und Photographie, die sich auf diesen Prozeß beziehen, mitbringen.

Der Major M. vom Reichswehrministerium befundet, daß er mit der Denkschrift „Ueber die zukünftige Bewaffnung der deutschen Wehrmacht“, die Schreck mit seinem Namen unterzeichnet hatte, nichts zu tun habe. Die Denkschrift wird verlesen. Es ist darin von 180 000 Gewehren und 1800 Maschinengewehren die Rede, die den nationalen Verbänden zur Verfügung ständen. Bezeichnendweise will der Reichsanwalt in diesem Fallus echten Landesverrat erblicken; er weist das Gericht ausdrücklich darauf hin. (1) Wo hat Schreck hier eine Tatsache mitgeteilt? ... In der Denkschrift werden auch neue Giftgase, z. B. ein W-Gas, beschrieben.

Von drahtlos ausgestrahlten Wortmitteln und von anderen modernen Fernschreibungsgeräten ist die Rede. Merkwürdig ist, daß einige dilettantenhafte Ausführungen Schrecks über Giftgase nicht mit photographiert wurden und sich deshalb auch nicht in den polnischen Photographien befinden! Ein Reichswehroffizier als Zeuge hält es für sehr wahrscheinlich, daß Schreck Verbindung mit Deuten hatte, die sich beruflich mit Wehrfragen beschäftigten, denn sonst hätte er manche Einzelheiten nicht in seinen militärischen Denkschriften bringen können.

Ein photographischer Sachverständiger erklärt, daß die Photographie der Schreck'schen Dokumente mit einem Spezialapparate, der bis zu hundert Ausnahmen in der Stunde ermöglicht, aufgenommen wurde.

An den Zeugen Schulz hatte sich der Pole Balcitowski, mit dem Schreck einstündigen Besuchen in Verbindung stand, gewandt und ihn ersucht, doch einmal die Besatzstärke der Berliner Sipo festzustellen; er würde dafür gut belohnt werden. Schulz hat sich nun als Lügner betätigt. Er hat dann den Polen Schulz hineingeführt. Der Pole Schulz wird als Zeuge aufgerufen. Zwei Kriminalbeamte bringen ihn gefesselt herein. Erst im Saale werden ihm die Handfesseln abgenommen.

Vors.: „Sie sind Schulz?“  
Zeuge: „Nein. Ich bin Jan Janowski, polnischer Ministerialbeamter in Warschau.“

Der Vorsitzende stellt fest, daß der Beamte unter falschem Namen in Deutschland reiste, daß er zunächst wegen Urkundenfälschung, im Sommer 1926, verhaftet wurde, daß dann aber Anklage gegen ihn wegen Spionage erhoben wurde. Schulz hatte ihn belastet. Durch Vermittlung Balcitowskis will Schulz mit Janowski in Verbindung getreten sein, der die von Schulz beschafften Urkunden zur polnischen Gesandtschaft schafften wollte. Der Pole bestreitet jede Spionagenabsicht. Er bekundet, daß Balcitowski Oberleutnant im polnischen Generallstab ist. Im übrigen ist aus ihm nichts herauszubekommen, da er sich hinter dem Antagelheimnis verhält. Noch im Sitzungssaal wird er — der Untersuchungsgegenstand! — auf unwürdige Weise wieder gefesselt und hinaus transportiert! — Diese Behandlung eines Ausländers, eines Untersuchungsgefangenen, gegen den man bereits 1 1/2 Jahre Voruntersuchung führt, ist ein Skandal und macht der deutschen Justiz keine Ehre.

# Neue „Revolutionäre“

## Die Landbündler drohen mit Revolution „Politische Justiz von unten her“

Berlin, den 25. Januar.

So charakterisierte Herr Dr. Hergt, der schwarzweilrote Justizminister der Republik, die Kritik der Presse an den Urteilen der deutschen Klassenjustiz. Die Einflusnahme der Öffentlichkeit auf die richterlichen Entscheidungen müsse geradezu als großer Anflug bezeichnet werden. Genosse Landberg hat dann in einer eindrucksvollen Rede dargelegt, was es mit diesem „Anflug“ auf sich hat. Er bediente sich insbesondere einer Kustese von Richterprüfungen, die im Laufe der Monate gegen kommunistische Funktionäre gefällt worden sind, wobei auch ein Leipziger Fall, der den früheren Redakteur der Sächsischen Arbeiter-Zeitung, Hirsch, betraf, eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Am kräftigsten war die Gegenüberstellung einer Anklage, die gegen Höllein erhoben worden war und der nichts anderes unternommen hatte, als was Herr Claß in Vorbereitung seines „legalen“ Wuttsches zur Errichtung der „völkischen Diktatur“ für selbstverständlich hielt. Herr Claß wurde durch den Entscheid des Reichsanwalts außer Verfolgung gesetzt. Höllein aber wurde vom Oktober 1924 bis zum Januar des folgenden Jahres in Untersuchungshaft festgehalten, und er ist der Anklage nur entgangen, da sein Fall durch die Amnestierung erledigt wurde.

Eine klassischere Charakteristik der Klassenjustiz ist kaum auszubedenken. Das aber ist für Herrn Dr. Hergt eine Selbstverständlichkeit. Nach ihm besteht keine „Vertrauenskrise“ gegenüber der deutschen Justiz. Und jede Kritik der Presse zu all den Ständen in den Gerichtshöfen der Republik ist „politische Justiz von unten her“.

Wenige Stunden vorher hatten die Vertreter der Landwirtschaft im Hauptauschuss offen mit der Revolution gedroht. Dort steht der Etat des Ernährungsministers zur Diskussion, und die Agrarier haben ihr Wohlgefallen erneut angedeutet. Unter ihnen der Bauernbündler Kling. Er kündigte große Demonstrationen an, bei denen es auch zur Zerschlagung von Finanzämtern kommen könne. Das ist so die Sprache, die in den Versammlungen der unteren Ostelbier selbstverständlich ist, und kein Staatsanwalt findet sich, der etwa einen dieser „Revolutionäre“ auf die Anklagebank zitiert. Wenn sich ein Kommunist derartiger Drohungen bedienen würde, dann wäre der Reichsanwalt schnell bei der Hand, nach dessen Auffassung, wie bekannt, bereits mit der Ausübung eines kommunistischen Funktionärpostens der Tatbestand des Hochverrats gegeben ist.

Und der Bauernbündler Kling stand nicht isoliert. Ihm folgte ein Mitglied aus der Partei Dr. Hergts, der Abgeordnete Zandrey, der fortwährend vom Pulverfah sprach, das bald zur Explosion kommen werde. Gegen die Vertreter der Sozialdemokratie gewandt prophezeigte er: „Na, na, die Sozialdemokraten sollten nur nicht glauben, daß sie die Revolution in Erbpacht genommen hätten.“

Damit ist nicht gesagt, daß die Revolution der Ostelbier unmittelbar vor der Tür stände. Aber die Klassengenossen des Herrn von Reudell haben noch andere Dinge fertiggebracht. Wir erinnern an den genialen Streich an der Brücke von Räderid und sie haben das um so leichter, da sie kaum eine Anklage zu gewärtigen haben; wenn auch ein Finanzamt in Flammen ausgeht. Das haben die Wingerunzen in Bernsfahrer herausgegriffen, aber keiner dürfte die geringen Strafen tatsächlich abgelesen haben. Würden sich Arbeiter derartiger Vorgänge schuldig machen, dann wären ihnen Justizstrafen von unerbittlicher Strenge gewiß. Die Agrarier aber dürfen unverblümt derartige Drohungen machen, und der Justizminister wettet indessen gegen „die politische Justiz von unten her“.

Auch die Not der Arbeiterkreise ist nicht gering. An den hohen Preisen haben die Agrarier ein gerillt Mah von Schuld. Sie sind die Treiber in der Hochschulpolitik. Würden sich Arbeiter der Drohungen bedienen, die im Hauptauschuss gemacht worden sind, dann würde die Presse der Rechten vor Entrüstung lodern.

### Der Ausschussbericht

Im Haushaltausschuss des Reichstages trugen am Mittwoch die Abgeordneten Kling vom Bayerischen Bauernbund und Zandrey (Dnat.) nochmals die Forderungen des Reichslandbundes vor. Kling wandte sich besonders gegen die Ueberhebung der Preise für landwirtschaftliche Bedarfsartikel auf Grund der Kartelle und regte an, die Zwangsinnungen im ganzen Reich aufzulösen, weil sie nur für die Erhöhung der Preispanne auf Kosten der Landwirtschaft wirken. Es müßte noch viel zur Entlastung der Landwirtschaft getan werden, sonst seien gewalttätige Ausbrüche zu befürchten. Zandrey schilberte die Lage in Pommern als so verzweifelt, daß

ein Punkt in dieses Pulverfaß genüge, um die Explosion hervorzurufen.

Abg. Schmidt-Röpenid (Soz.) stellte die vielen, in der bürgerlichen Presse herumgeschwirrenden falschen Angaben über die

soziale Belastung der landwirtschaftlichen Betriebe richtig. Wie er darlegte, beträgt die Belastung für die ostpreussischen mittleren und kleineren Betriebe pro Hektar nur 2 bis 3 Mk. Das sei eine Summe, die für die Betriebe durchaus tragbar ist. Der Redner bespricht anschließend die Preisbildung auf den Viehmärkten und stellt fest, daß die Ermäßigung der Futtermittelpreise (Wegfallen der Felle) die Fleischproduktion verbillige, so daß eine Konkurrenz mit der dänischen Viehzucht möglich werde.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) wandte sich gegen die mehr oder minder verstellten Drohungen der Abg. Kling und Zandrey. Durch solche Drohungen ließen sich seine Freunde nicht schrecken. Es sei Pflicht des Ministers, dazu Stellung zu nehmen. Zum Thema selbst führte Abg. Hilferding u. a. folgendes aus:

Die Not der Landwirtschaft ist nicht zu leugnen.

Ich muß mich aber gegen die Verallgemeinerung dieser Not wenden. Im Ausschuss will man die Umwandlung beschließen, daß das Gutachten des Reichswirtschaftsrates bzw. der Enquete-Kommission vorliegt. Die Kredithilfe darf unter keinen Umständen ein Vorkredit (Kredit zur Aufrechterhaltung des Bestandes), sondern muß produktiver Kredit sein. Deshalb ist eine Kontrolle über Verwendung des Kredites unbedingt erforderlich. Die viel besprochene Milliardenauslandsanleihe kann sich nur auf zweite Hypotheken stützen. Ob es gelingt, dabei den Zinsfuß für die Landwirtschaft soweit zu senken, daß ihn die Landwirte allein tragen können, erscheint zweifelhaft. So wird bei den Auslandsanleiheprojekten für die Landwirtschaft nur eine verschleierte Auslandsanleihe des Reiches herauskommen.

Aus diesen Erwägungen wird die sozialdemokratische Fraktion der Verabschiedung dieses Etats nicht zustimmen, solange der Finanzminister nicht genaue Auskunft über die hier drohende Belastung des Reiches gegeben ist.

Daraufhin teilte Reichsernährungsminister Schiele über die von der Regierung beabsichtigten Zwischenkredite folgendes mit: Die Rentenbankkreditanstalt hat erste Hypotheken zu beschaffen. Die Mittel aus ihren beiden letzten Amerikaausleihungen sind noch nicht völlig ausgegeben. Das Wichtigste ist aber, die Personal- und schwimmenden Schulden von 3 bis 4 Milliarden Mark soweit wie irgend möglich in Realcredite umzuwandeln. Das soll durch Zwischenkredite angebahnt und erleichtert werden. In dieser Hinsicht ist bereits mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht Fühlung genommen worden. Die territorialen Kreditinstitute, die zweifelhafte Hypotheken gewährt haben, sind die Länderbanken, die in der Zentrale der Landesbanken in Berlin zusammengeschlossen sind und die wohl als Kreditträger für Auslandskredite in Frage kommen. Wie die Dinge sich entwickeln, kann heute noch nicht gesagt werden; ein neuer Weg liegt hier vor uns. Die Provinz wird wohl die Garantie für die Anleihe zu übernehmen haben.

SPD Die interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien des Reichstages über die Landwirtschaftsfragen sind auch am Mittwoch noch nicht abgeschlossen worden. Die unstrittigen Fragen sollen zunächst von einzelnen Kommissionen behandelt werden. Man will versuchen, diese Ausschussberatungen so zu fördern, daß dem interfraktionellen Ausschuss noch am Donnerstag nähere Vorschläge unterbreitet werden können.

SPD Berlin, 25. Januar. (Radio). Eine Vertretertagung des Brandenburgischen Landbundes besaßte sich am Mittwoch ebenfalls mit der „Not der Landwirtschaft“. In der einstimmig angenommenen Entschliessung heißt es zum Schluß: „Vor unerer Epochenorganisation im Reichslandbund verlangen wir, daß er den Kooperationsstellen gegenüber andere Worte findet als bisher. Die jahrelange Sprache des Reichslandbundes ist nicht die Sprache der Bauern.“

„Also überall die gleichen Töne: Mißstimmung gegen die eigene, von der Deutschnationalen Volkspartei getragene Bürgerliedregierung und Drohungen unverhämter Art. Wo es auf dieser Welt nicht noch andere Leute als nur Großagrarien gäbe. Die Herrschaften sollten sich hüten, den Bogen zu überspannen.“

### Bergünstigungen für die Fememörder

Wolffs Bureau berichtet: Den vier zum Tode verurteilten Angeklagten aus dem Wilhelm-Process, die aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit in die Wörbergele in Mähense gebracht worden waren, obwohl durch ihre Verteidiger ein Wiederaufnahmeverfahren beantragt worden war, sind Bergünstigungen zugesprochen worden, u. a. die Erlaubnis, ohne Kontrolle mit den Verteidigern zu sprechen, zu rauchen und sich besser zu betätigen. Sie müssen aber weiter Strafanstaltskleidung tragen. Die Verteidiger haben beim Justizministerium beantragt, die vier Beteiligten wieder nach Moabit zu bringen, da wegen des Wiederaufnahmeverfahrens ein häufiger Besuch der Gefangenen notwendig sei.

Nach dem Berliner Volksanwalter besteht die Möglichkeit, daß die vom Gericht ausgesprochene Todesstrafe in Haftungschaft umgewandelt wird, weil den Mördern die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkannt worden sind. Das Berliner Tageblatt erklärt, es sei mit größter Wahrscheinlichkeit auf eine Umwandlung der Todesstrafe in Freiheitsstrafe zu rechnen.

Mussolini seit einiger Zeit eine Figur auf dem Schauplatz der britischen Weltpolitik, die Chamberlain im Südwesten Europas festzuhalten versucht, um mit ihr auf anderem Terrain — Vorderasien! — nicht zusammenzustößen. Chamberlain, der außerdem der besondere Schutzherr Horthys ist, wird also alles zu vermeiden suchen, was den Jörn Mussolinis werden kann. So wird verständlich, daß die Großmächte, vor allem England, der Kleinen Entente von einem Schritt beim Völkerbund abgeraten haben. Im englischen Daily Telegraph wird es als Tatsache hingestellt, daß in den meisten diplomatischen Kreisen, die zu den Großmächten gehören, die Tendenz der Kleinen Entente, den Zwischenfall als ä u ß e r s t e r n s t und als Grund für eine energische Intervention des Völkerbundes zu betrachten, wenig G u n s t findet. Man ist sogar der Meinung, daß eine übereilte und unnötige Aktion den Arbeiten der Abrüstungs- und Sicherheitsausschüsse schaden könnte, die bald ihre Sitzungen wieder aufnehmen sollen.

Zu den „Großmächten“ gehören außer England, Italien noch Frankreich und Deutschland. Daß die Sympathien der Diplomaten der deutschen Bourgeoisie in starkem Maße bei Ungarn und Italien sind, ist bekannt. Außerdem schafft dieser Waffenschmuggel einen Präzedenzfall. Wenn Ungarn — vom Völkerbund nicht gehindert — Waffenschmuggel betreiben und Aufrüsten kann, wer will dann Deutschland daran hindern, das gleiche zu tun? Auch Deutschland bindet ein Friedensvertrag, dessen Entwaffnungsbestimmungen die Bourgeoisie schon lange beiseite schieben möchten, wie es jetzt eben die ungarische Regierung tut. Wer wundert sich noch, daß also auch Deutschland zu den Großmächten gehört, die „keine Gunst“ zeigen, den Zwischenfall von Szent Gotthardt „ernst zu nehmen“? Es gibt nach ihrer Meinung nichts ernst zu nehmen, wenn auf dem Balkan und weiter oben das Pulverfaß geladen wird, weil alle „Großmächte“ glauben, die sich feindlich gegenüberstehenden Staaten für ihre Zwecke mißbrauchen zu können.

Aber die Völker sollen das Abrüstungs- und Sicherungsgerede ernst nehmen. Sie sollen an den guten Willen der kapitalistischen Diplomaten glauben, der scheitern müßte, selbst wenn er wirklich vorhanden wäre. Wenn aber die gleichen Diplomaten selbst Gewaltpolitik treiben, Helfer und Förderer der Aufrüstung sind und selbst großzügige Rüstungspläne ihren Völkern aufzwingen, dann kann nicht einmal der Wille zur Abrüstung vorhanden sein! Und er ist es bei denen nicht, die sich als die Verteidiger der Herrschaft des Kapitalismus über die Welt betrachten. Die aber und nichts anderes sind sie in den Abrüstungs- und Sicherheitskonferenzen und ihre Besitz-, Profit- und Machtinteressen sind es, die die Völker immer wieder mit Blut die Erkenntnis bezahllen lassen, daß es im Kapitalismus keinen Frieden — trotz Abrüstungskommission, Friedens- und Schiedsverträgen und trotz des Völkerbundes von Genf — geben kann.

### Dr. Luther bleibt

SPD Berlin, 26. Januar. (Radio).

Der frühere Reichskanzler Dr. Luther hat der Öffentlichkeit am Mittwoch über seine Stellung zu seinem Völkchen bei der Reichsbahnverwertung eine lange Erklärung übermitteln, in der er klipp und klar auspricht, daß es keine „politisch-moralische Pflicht“ sei, auf dem verurteilten 24 000-Mark-Belastung auszuweichen. Er folgert so: Der Staatsgerichtshof hat nicht gesagt, daß einer gehen soll, er hat nicht gesagt, daß ich gehen muß, deshalb muß ich bleiben, bis Preußen in einem neuen Prozeß vom Staatsgerichtshof einen genauen Befehl erhält. Einstweilen halte ich mein Amt auf sechs Jahre fest und kein Reichskanzler kann mich zu einer anderen Haltung umstimmen!

In Wirklichkeit ist die Ernennung Dr. Luthers zu Unrecht und unter dem Protest Preußens erfolgt. Aber das kümmert den widerrechtlichen Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht. Die 24 000 Mark jährliche Einnahmen interessieren mehr als der Rechtsstandpunkt. Das ist Herr Luther wie er selbst und lebt.

### Unter der Waffenherrschaft

#### Die Folgen des bayerischen Konkordats

SPD Das vor vier Jahren abgeschlossene Konkordat des bayerischen Staates mit der römischen Kirche ist zur Zeit im bayerischen Landtag bei den Beratungen zum Kultusetat Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Der Unwille über die schlimmen Auswirkungen des Konkordats macht sich auch bei den bürgerlichen Rednern immer deutlicher bemerkbar.

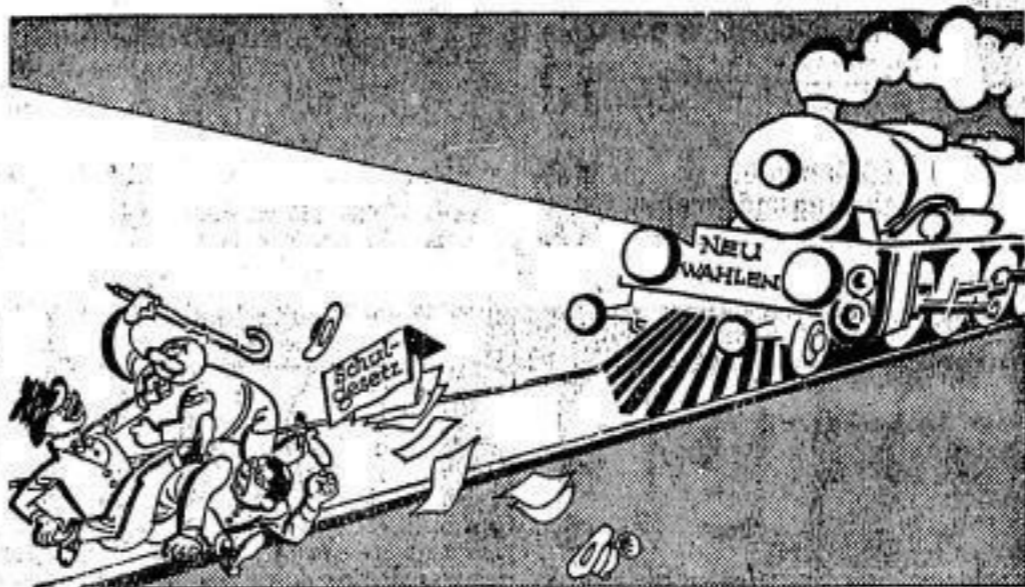
Der sozialdemokratische Mitberichtersteller Dr. Höpner stellte fest, daß auch der stärkste Befürworter beim Inkrafttreten des Konkordats nicht annehmen konnte, daß sich die Auswirkungen so bald schon zeigen würden, und daß die Kirchenbehörden so unklug sein würden, den Bogen vorzeitig zu überspannen! „Der Volksschullehrer ist bereits vollständig dem Willen der kirchlichen Oberbehörden ausgeliefert. Der Staat macht sich zum Handlanger der Kirchenfürsten, anstatt sich schützend vor seine Beamten zu stellen.“ Es ist beispielsweise dem katholischen Lehrern an einer bayerischen Volksschule unmöglich, sich ein zweites Mal zu verheiraten, wenn seine geschiedene erste Frau noch lebt; auch dann nicht, wenn er unshuldig geschieden ist, wenn z. B. seine Frau unheilbar geisteskrank ist. Höpner wies an Hand von Zusammenstellungen des bayerischen Lehrervereins ferner auf eine Reihe von Fällen hin, bei denen Volksschullehrer, weil sie eine zweite Ehe eingegangen waren, auf Befehl der Kirchenbehörden durch die Regierung vom Dienste entbunden, weil er ein historisches Buch über den Bauernkrieg verfaßt hatte, in dem naturgemäß die Fehler der damaligen Kirche aufgezeigt wurden. Ein Pfarramt ging sogar so weit, eine Lehrerin zu verweisen, weil sie als Gruß das „Grüß Gott!“ anstatt des katholischen „Gelobt sei Jesus Christus“ eingeführt hatte; „Grüß Gott“ sei kein katholischer, sondern ein simulanter Gruß.

Angeichts solcher Fälle bedeuten die Sicherungen, die das Konkordat enthält, nur noch einen leeren Papier, denn die Kirche wird auch künftig nicht gewillt sein, auch nur eine Handbreit von den so leicht gewonnenen Rechten abzutreten. Selbst der Redner der Bayerischen Volkspartei mußte zugeben, daß die angegebenen Fälle zwar schon vor dem Konkordat die Möglichkeit zum Einschreiten gegen die Lehrer gegeben hätten, daß aber das Konkordat dem Staate das Einschreiten zur Pflicht mache.

### Landesverrat durch Reichswehrsoldaten?

Die Oberhessische Volkszeitung meldet, daß am Montagmorgen die Junterabteilung des Giechener Reichswehrbataillons verhaftet und in das dortige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert wurde. Es handelt sich um fünf Mann, die unter dem dringenden Verdacht der funktentelegraphischen Verbindung mit dem Auslande stehen. Dem Berliner Licht-Uhr-Abendblatt wird auf Anfrage bei dem Reichswehrkommando in Gießen die Meldung der Oberhessischen Volkszeitung bestätigt. Allerdings sei die Verhaftung vorerst nur eine Sicherungsmahnahme, da man nicht wisse, wie weit es sich um Landesverrat oder um Verletzung eines Dienstbefehls handelt.

## Die Koalitionsfreunde



„Immer feste druff, die Lokomotive ist ja noch weit!“

# Warum ich aus der SPD austrat

Von Robert Jungwilt

Wenn man über zwei Jahrzehnte als tätiges Mitglied in der Arbeiterbewegung steht und seit Bestehen der SPD dieser Partei als Funktionär angehört, so ist es durchaus nichts Ungewöhnliches, wenn man die Bilanz zieht und als Ergebnis feststellen muß, daß die Existenz mehrerer Arbeiterparteien niemand mehr nützt als dem Klassenfeinde der Arbeiterklasse.

Bei dem Kampfe der Arbeiterparteien untereinander ist noch immer die bürgerliche Gesellschaft der lachende Dritte gewesen, zum Schaden der Arbeiterklasse. Einst konnte man wegen der Kriegs- und Nachkriegspolitik der führenden Arbeiterpartei verschiedenen Arbeiterparteien die Existenzberechtigung wohl nicht abschreiben. Aber die Arbeiterklasse, jetzt nicht und damals nicht, verbrauchte alle ihre Energien im Kampfe untereinander und strebte auseinander. Der Energieverlust der gesamten Arbeiterklasse durch die Existenz mehrerer Arbeiterparteien ist ein ungeheurer. Niemand mehr als der Arbeiter im Betriebe hat die Differenzen und die Zerstückelung in verschiedenen Organisationen täglich an eigenen Leiden zu verspüren.

Kann man das als Klassenbewußter Arbeiter vor sich selber verantworten? Ich sage: Nein! Seit über 20 Jahren in der Arbeiterbewegung stehend, davon sieben Jahre der SPD angehörnd, sehe ich mich veranlaßt, der SPD die Gefolgschaft zu versagen. Leicht würde mir dieser Schritt keineswegs. Doch nach fast zehnjährigen Ringen blieb mir keine andere Wahl, als mich der SPD anzuschließen. Doch ich wegen dieses Schrittes von der SPD als „Negativbeispiel“ gebrauchte würde, war mir von vornherein klar. Persönliche Differenzen hatte ich mit der SPD nicht, aber politische Erwägungen zwangen mich zu meinem Entschlusse.

Die revolutionäre Welle der ersten Jahre nach dem Kriege trieb die Arbeiterpartei organisatorisch auseinander. Ihre Schlagkraft wurde damit gegenüber dem Klassenfeinde gelähmt. National und international erfolgten die Spaltungen der Arbeiterorganisationen. Die 3. Internationale etablierte sich und der Kampf gegen die 2. Internationale begann; die Folgen waren verheerend für die internationale Arbeiterbewegung. Die von Sinowjew 1920 auf dem Haller Parteitage der USW vertretenen 21 Bedingungen der Komintern, die die Geburtsurkunde der SPD darstellten, hielt auch ich in der damals noch immer akut revolutionären Situation für notwendig in dem Bewußtsein, daß der Arbeiterbewegung damit gedient sei. Leider haben sich meine Erwartungen nicht erfüllt.

Die revolutionäre Welle ebte ab, und der dritte Kongress der Komintern kam mit seinen Parolen: Heran an die Massen! — Schaffung der proletarischen Einheitsfront! — Hinein in die (bisher als geldg. brandmarkte) Amsterdamer Internationale freien Gewerkschaften! — Die Parolen deuteten auf die Erkenntnis hin, daß die Arbeiterbewegung nur als Massenbewegung vorwärtskommen kann. Problem galten die Verschmelzung dieser Parolen in der SPD als „opportunistisch“. Es zeigte sich, daß der Wille zur wirklichen Einheitsfront in der SPD tatsächlich nicht vorhanden war. Meine jahrelangen Erfahrungen besonders auch als früheres Mitglied der Driftelung in der SPD ließen mich zu dem Schlusse kommen, daß die kommunistische Bewegung vorwiegend gegen die SPD gerichtet ist. Ideale Zustände dürften kaum in einer Partei zu finden sein; am allerwenigsten aber in der SPD. Ich erkannte weiter, daß Kräfte in der SPD wirksam sind, die um ihrer Existenz willen gar nicht anders handeln können, als immer neue Differenzen in der Arbeiterklasse herbeizuführen. Die wirkliche Einigung der Arbeiterklasse, mühte naturgemäß, Existenz zu bedrohen. Darum erscheint mir die Einheitsfrontbewegung als „Spießbürgererei“.

Hinein in die Gewerkschaften! — also „Anschluß an die gelbe Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale“ — predigte man dann. Die Gewerkschaften sollen erobert werden. Mir will es nur scheinen, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale doch Fleisch vom Fleische der zweiten Internationale ist. Warum dann aber nicht auch hinein in die SPD und in die zweite Internationale? Liquidatorien (Liquidation) wird man schreiben. Wenn es sich jedoch um die so notwendige Einigkeit der Arbeiterklasse handelt, dann will ich gern „Liquidator“ sein.

Man spricht heute in der SPD wie in der dritten Internationale von der — wenn auch nur „relativen“ — Stabilisierung des Kapitalismus. Eine Stabilisierung des Kapitalismus ist zweifellos eingetreten, ohne daß die Arbeiterklasse diese verhindern konnte. Die Wachstumsraten der noch herrschenden Gesellschaft sind gestürzt und gestiegen. Die Arbeiterklasse aber ist zerstückelt in mehrere Parteien, die sich gegenseitig bekämpfen. Nie und nimmer kann das dem Proletariat von Vorteil sein. Darum erfolgte mein Austritt zur SPD in der Heberzeugung, damit der Einigung der Arbeiterklasse zu dienen.

## Die deutsch-litauischen Verhandlungen

Waidemaras wieder in Berlin

Saldamisch wird mitgeteilt: Am 25. Januar trifft der litauische Ministerpräsident und Außenminister Prof. Waidemaras zu mehrwöchigen Besprechungen in Berlin ein. Gegenstand der hier in Aussicht genommenen Besprechungen wird in erster Linie eine grundsätzliche Verständigung über den Abschluß eines neuen Handelsvertrages und verschiedener damit im Zusammenhang stehender Fragen zwischen Deutschland und Litauen bilden. Außerdem sollen weitere deutsch-litauische Abkommen verhandelt werden, deren baldiger Abschluß durch den Übergang der Staatshoheit über das Memelgebiet auf Litauen nötig geworden ist. Hierbei gehören Abkommen über Grenzverkehr, Fischerei, Wasserwirtschaft, Seemännfragen, Pensionen und Militärrenten. Endlich wird, wie bereits bekannt, auch die Frage des Abschlusses eines Schieds- und Vergleichsvertrages Gegenstand der bevorstehenden Besprechungen sein.

II Memel, 25. Januar.

Der Memeländische Landtag erhob in seiner Sitzung am Montag in einem Dringlichkeitsantrage förmlich Protest gegen das von litauischen Gouverneuren für sich in Anspruch genommene Recht der Schließung über Vertagung der ordentlichen Session, da dies eine Schmälerung der durch das Statut dem Landtag eingeräumten Rechte bedeute. Die Annahme des Dringlichkeitsantrages erfolgte gegen die Stimmen der Großlitauer und Kommunisten. Der Protest wurde die Veröffentlichung des Dringlichkeitsantrages und der diesbezüglichen Verhandlungen im Landtag von der Zensur verboten.

## Die Volksabstimmung in Litauen

II Memel, 25. Januar.

Im neuesten Amtsblatt des Memelgebiets veröffentlicht das Direktorium einen Brief des litauischen Gouverneurs, in dem er Mitteilung von dem Regierungsentschluß macht, daß in kürzester Frist in ganz Litauen einschließlich des Memelgebiets die Volksabstimmung über die Abänderung der Verfassung stattfinden soll. Gleichzeitig werden die Ausführungsbestimmungen hierzu bekanntgegeben, wonach sofort mit der Aufstellung der Wahlkreise begonnen werden soll, die bis zum 18. Februar fertigzustellen sind.

Es ist früher bereits wiederholt betont worden, daß der „Volksentscheid“ unter den letzten politischen Verhältnissen in Litauen nur eine Farce ist. Von oppositionellen Kreisen ist deshalb auch früher schon Stimmverweigerung proklamiert worden.

# Diktatur überall!

## Reaktion in England

Das Washingtoner Abkommen wird nicht ratifiziert

SPD London, 25. Januar.

Der britische Ministerrat hat am Mittwoch die Grundzüge seines Arbeitsprogramms für die nächste Session endgültig festgelegt. Wie verlautet, wurde unter dem Druck der Unternehmer die geplante Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und des Zolltariffs fallengelassen. Ferner kam man überein, das geplante Armengesetz den Agrariern zuliebe ebenfalls auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben. Dagegen soll in der kommenden Parlamentssession der Gesetzentwurf über die Ausdehnung des weiblichen Wahlrechts auf sämtliche Frauen vom 21. Lebensjahre behandelt werden. Zweifelsfrei ist jedoch, ob dieses Gesetz auch verabschiedet wird.

## Polizeijagd auf Abgeordnete

SPD Paris, 25. Januar.

Am Mittwochmorgen wurde der kommunistische Abgeordnete Marty in Boulogne verhaftet. Damit ist es der französischen Polizei gelungen, einen der drei verurteilten kommunistischen Abgeordneten, die es vorgezogen haben, sich nach der Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität verborgen zu halten, anstatt freiwillig ins Gefängnis zurückzukehren, festzunehmen. Der Aufenthalt der Abgeordneten Doriot und Duclos ist noch wie vor unbekannt.

Der Überfall zufolge hat sich die Polizei in dieser Affäre wiederum blamiert, indem sie den Begleiter Marty's unbeschädigt ließ. Er soll aber niemand anderes gewesen sein als der Abgeordnete Duclos.

## Bulgarisches

SPD Sofia, 25. Januar.

In der Donaufstadt Widin wurden über 30 Mitglieder der unabhängigen Arbeiterpartei, darunter der Parteisekretär, verhaftet. Die Verhafteten haben das schreckliche Verbrechen beangen, trotz eines Verbots der Polizei den Sarg des verstorbenen linksgerichteten

## Die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

Neue Schwierigkeiten

Von unserem Warschauer Korrespondenten.

Th. L. Die von deutscher Seite angeregte Beschränkung der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen auf den Rahmen eines „kleinen Handelsvertrages“ hat sich auf deren Gang nicht glücklich ausgewirkt. Abgesehen davon, daß dadurch der Wert des künftigen Vertrages vermindert wird, können sich die Vertragsgegner, zumindest aber die Verhandlungspartei auf polnischer Seite darauf berufen, daß Polen bisher wesentliches Entgegenkommen in den Fragen des Niederlassungsrechts, der Requisitionen, des Eigentums u. a. gezeigt habe, um die Verhandlungen zu fördern. Sie können aber andererseits darauf hinweisen, daß „Dauisch“ Land diese Fortschritte auf dem Wege der wirtschaftlichen Verständigung nun gleichsam annulliert habe, indem es die Besprechungen wieder in ein Anfangsstadium, und zwar in das des „kleinen Vertrages“ zurückschraubte. Die Verhandlungen, die in Warschau zwischen Dr. Dornes und den polnischen Bevollmächtigten geführt wurden, bewegten sich daher in einem langsamen Tempo. Als man vor Weihnachten auseinanderging, waren Ausschichten auf ein positives Resultat nicht vorhanden. Nach der Weihnachtspause ergab sich in einer Beziehung ein klareres Bild: War man vorher noch im Unklaren, ob die von Polen bedingte Valorisierung des Zolltarifs — Umrechnung der Zölle auf Goldwährung — tatsächlich durchgeführt werde, so bestanden nun darüber keinerlei Zweifel mehr. Um so schwieriger gestaltet sich aber das Problem der Valorisierung selbst, von dem alle anderen Verhandlungen jetzt überschattet werden.

Die Valorisierung an sich ist eine Maßnahme, gegen die vom deutschen Standpunkt aus nichts einzuwenden wäre. Sie ist eine innerpolnische Maßnahme, in die sich die deutsche Delegation nicht hineinzumengen hat. Deren Aufgabe ist es nur, die deutsche Forderung nach Zollvergünstigung den neuen Sätzen anzupassen, um günstige Bedingungen für den deutschen Export zu schaffen. Nun hat sich gezeigt, daß die polnische Regierung, für die die Valorisierung beschlossene Tatzache ist, obwohl sich in den weiten Bevölkerungskreisen schon laute Proteste wegen der nach einer solchen Zollverhöhung eintretenden allgemeinen Teuerung erhoben, sich über die Höhe und das Wesen der Valorisierung selbst noch nicht schlüssig ist. Sie läßt daher die Deutschen hierüber im Unklaren, will sie möglichst eines Tages vor die vollendete Tatzache stellen, wünscht aber, daß die Verhandlungen unabhängig davon weitergeführt und die Fragen der Kontingente auf der einen und der Zollvergünstigungen auf der anderen geregelt werden. Das ist eine Unmöglichkeit, um so mehr, als inzwischen von einflussreicher wirtschaftlicher Seite der Gedanke ausgebracht wird, daß man zur Zeit ganz gut auf eine generelle Valorisierung verzichten und an deren Stelle eine partielle Erhöhung der Zollpositionen vornehmen könnte, die für den Schutz der polnischen Industrie gegenüber einer nach Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland von dieser Seite einsehender Einfuhr in Betracht kämen. Das wäre natürlich eine einseitige gegen Deutschland gerichtete Maßnahme, die geeignet wäre, den Vertragsgegnern eine wichtige Waffe in die Hand zu geben, die aber auch die Weiterführung sachlicher Verhandlungen in Frage stellen würde.

Ob eine derartige Valorisierung tatsächlich von Polen beabsichtigt wird, ist noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Sie ist nach der gegenseitigen Übereinkunft, die Kampfscholle über Haupt aufzuheben, ziemlich unwahrscheinlich. Eine einseitige Erklärung der polnischen Regierung wäre aber im Interesse der Weiterführung der Verhandlungen sehr erwünscht. Es wäre zu bedauern, wenn sie mit dieser Klärung, die von mancher Seite behauptet wird, bis nach den Parlamentswahlen, die im März stattfinden, zögern würde. Solange diese Klärung nicht geschaffen ist, werden die Verhandlungen auf keinem Gebiet in der wünschenswerten Weise fortschreiten.

## Die polnischen Höchstzölle

II Warschau, 25. Januar.

Wie die Epoka meldet, hat die polnische Regierung in der Frage der Maximalzölle beschlossen, das Inkrafttreten der Zölle vom 1. Februar ab auf diejenigen Staaten zu beschränken, die mit Polen weder einen Handelsvertrag haben, noch in Handelsvertragsverhandlungen stehen. Damit ist das Ausherkhalten der polnischen Maximalzölle Deutschland gegenüber für die Dauer der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gewährleistet.

ten Rechtsanwalts Popoff durch die Stadt zu Grabe zu tragen und einen gegen das Stadtschultheiß verfochtenen Rekurs zu veröffentlichen. In Bulgarien ist heute nichts mehr unmöglich.

## Die verfluchte Revolution

II Budapest, 25. Januar.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es zwischen dem Finanzminister Bud und den Sozialdemokraten zu einem heftigen Zusammenstoß. Als der Finanzminister die Gründe anführte, weshalb eine Aufwertung der Kriegsanleihe unmöglich sei, erklärte er, zu den Sozialdemokraten gewandt, daß dieses anders sein würde, wenn die Herren keine Revolution angezettelt hätten. Diese Worte des Ministers riefen große Entzündungsstürme hervor. Die Regierungspartei habe nicht nur in den Bezirken mit öffentlicher Abstimmung, sondern auch in denen mit geheimer Abstimmung gestimmt. Die Feststellung des Finanzministers rief auf der linken Seite des Hauses lebhaften Widerspruch hervor.

## Immer noch blutiger Terror in Kanton

SPD Berlin, 26. Januar (Radio).

In Kanton wurden am Dienstag 44 Kommunisten verhaftet und sofort hingerichtet. Am Tage zuvor wurden vier Mitglieder des Druckereivereins von dem gleichen Schicksal ereilt. Auch die letzten Kommunisten gewesen sein und waren angeblich an einer Verschwörung gegen die gegenwärtigen Machthaber beteiligt.

## Waffen für Jugoslawien

SPD Rom, 25. Januar.

Der Popolo di Trieste teilt am Mittwoch mit, daß die französische Regierung schon seit Monaten Jugoslawien mit Kriegsmaterial versorge. Es bestche zu diesem Zweck ein regelmäßiger Dienst zwischen Marseille und der Adria, der von drei bestimmten Dampfern versehen würde. Im November 1927 sollen allein gegen 150 Tonnen Kriegsmaterial aller Art für die slawische Armee geliefert worden sein. Die Zahl der bisher gelieferten Gewehre beliefere sich auf 750 000.

## Ein Schiedsgericht für Panamerika?

II New York, 25. Januar.

Die Delegation Columbias brachte einen Vorschlag zur Gründung eines panamerikanischen Schiedsgerichts ein, dem das Haager Schiedsgericht Vorbild sein soll. Der Plan dürfte aber wenig Aussicht haben, die argentinische Delegation kündigte an, daß sie keine Konvention unterzeichne, die nicht den Weg zeige, wie die Zollschränken eingerissen werden können.

II New York, 25. Januar.

Wie aus Havanna gemeldet wird, hat auf der panamerikanischen Konferenz der kolumbianische Delegierte Diana gegen die amerikanischen, die südamerikanischen, Luftverkehr, von Amerika aus zu reorganisieren, protestiert. Diana hat darauf hingewiesen, daß Kolumbien bereits mit deutschen und österreichischen Flugunternehmungen Abmachungen getroffen habe. Amerikanisch-kolumbianische Kompromißverhandlungen sind im Gange.

## Die Stahlhelmer in der Volkspartei

Auf einer Tagung des Wahlkreisesverbandes Leipzig der Deutschen Volkspartei wandte sich Generalsekretär Frank gegen die Mitteilungen, wonach es zwischen Stahlhelm und Deutscher Volkspartei zu einem offenen und vollständigen Bruch gekommen sei. Generalsekretär Frank wies darauf hin, daß allein in den Fraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtags der Deutschen Volkspartei nicht weniger als 15 Stahlhelmmitglieder sich befinden. Das hätte auch von der Leitung des Stahlhelms als durchaus ausreichende Vertretung angesehen werden müssen.

## Sparmaßnahmen bei der Marine?

Das Reichsmarineamt bereitet, wie der Soz. Pressedienst erfährt, zu einer Devisenliste über einen Reorganisationsplan zur Vereinfachung der Marinerverwaltung vor. Diese Arbeit erfolge in gewissem Zusammenhang mit der Hochseeflotte. Man scheint in der Reichsmarineverwaltung bestrebt, wenigstens einen Teil der für die Hochseeflotte veranschlagten Steuererlöse durch eigene Sparmaßnahmen herauszuholen zu wollen. Uns scheint es zu diesem Zwecke ratsam, vor allem auf den Bau unnützer Panzerkreuzer zu verzichten.

## Notizen

Der deutsche Botschafter von Wittich und Gaffron in Washington ist am Dienstag in New York eingetroffen. Bei dem Empfang wurden die üblichen Feste gehalten.

In Wilna ist ein Generalkommandeur der Roten Armee verhaftet worden, der sich unerkannt dort aufhalten hat und Material über das polnische Heer sammelte, um es nach Sowjetrußland zu schicken. Nach den bisher vorliegenden kurzen Nachrichten heißt er Mikalajun und bediente sich mehrerer Helfershelfer, die ebenfalls verhaftet wurden.

Der Gesetzgebende Rat von Madras hat nach zweitägiger Beratung mit 84 gegen 28 Stimmen beschlossen, die englische Kommission zum Studium der indischen Verfassungsfragen zu boykottieren.

Nachdem weitere 1000 Mann amerikanische Marine-soldaten in Rifragua eingetroffen sind, konnte der Hauptstützpunkt Sandinos El Chipote von den Amerikanern eingenommen werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herze in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Hugo Schmidt in Leipzig. Druck u. Verlag Leipzig: Buchverlag „Mittelschlesische Verlagsanstalt“ Leipzig.

Unser heutiger Aufsatz liegt für die Abonnenten von Groß- und Kleinverlag ein Prospekt des Schuhwarenhauses Salomon Silberberg, Deutschastr. 8, bei.

Diese Nummer umfaßt 18 Seiten.



Justizminister Dr. Hergt auf der Anflagebank

Die Debatte über den Reichsjustizetat

Berlin, den 25. Januar 1928.

Die Sitzung wird um 15 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Reichsjustizetats. Die Beratung wird begonnen beim Etat des Reichsjustizministeriums der Justiz.

Reichsjustizminister Hergt

Erwidert auf den im Ausschuss erhobenen Vorwurf des Abg. Rosenfeld, daß in seinem Ressort eine gewisse Stagnation eingetreten sei. Der überspannte Gesetzapparat führe leicht zu einer falschen Betriebsamkeit. Auf dem Gebiet des Anordnungsbringens der Gesetzmaterien leiste das Justizministerium vorbildliche Arbeit. Es sei das Strafreformgesetz eingebracht worden, das Strafvollzugsgesetz und noch eine Reihe anderer Vorlagen, so daß der Rechtsausschuß schon fast überlastet sei. Für die Vereinfachung und Verbilligung des Justizapparates seien bereits Maßnahmen getroffen worden, es bestehe auch vollständige Uebereinstimmung zwischen Reich und Ländern über diese Frage. Beim Strafvollzug sei schon eine gemeinsame Linie gefunden worden. Die Ausbildung der Juristen sei heute noch ganz verschiedenartig. Das Reichsjustizministerium werde sich bemühen, zur Verständigung auf diesen Gebieten beizutragen. Der Krieg habe wenigstens das eine Gute mit sich gebracht, daß er das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Deutschland und Oesterreich hat stark werden lassen. Ein Erfolg sei es, daß über den allgemeinen Teil der Strafrechtsreform bereits eine Verständigung zwischen den beiden Bundesvätern erzielt worden sei. Die systematische Reform der Gesamtjustiz müsse allerdings noch kommen. Sie könne erst erfolgen, wenn die Einzelgesetze unter Dach und Fach gebracht seien. Es müsse aber dafür gesorgt werden, daß so wenig wie möglich Politik in die Beratungen hineingetragen werde. Es sei zu betonen, daß das deutsche Volk kein Vertrauen mehr zu den deutschen Richtern habe, man könne lediglich darauf die richterliche Handlung so stark gemacht, daß man es geradezu als großen Ansehenszeichen ansehe. Man suche geradezu nach politischen Motiven bei den Richtern, um sie damit einzuschüchtern. Die Zahl der Richter und Landesverratsprozesse sei nach der amtlichen Statistik in überraschender Weise gesunken, die gegenteilige Behauptung in der Presse sei nicht richtig.

Abg. Landsberg (Soz.)

Die Ankündigung des Reichsjustizministers, daß er das Ziel einer weiteren Rechtsangleichung zwischen der deutschen und der österreichischen Republik verfolgen würde, begrüßen wir. Ich mache in diesem Zusammenhang auf ein Gesetz aufmerksam, das besonderer Beschleunigung bedarf, das ist das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. Der Reichsjustizminister hätte sich den Vorwurf, den ihm mein Freund Rosenfeld gemacht hat, erspart haben können, denn dieser ist ihr erst auf Grund der Verheißungen gemacht worden, die er versprochen hat, als er noch nicht Minister war. Der Minister hat die Frage der...

Vertrauenskrise der Justiz

ermähnt. Nichts liegt mir so fern, als immer wieder auf eine Vertrauenskrise in der Justiz hinzuweisen. Ich wäre glücklich, einen Etat zu erleben, bei dem ich mich auf die Beseitigung von einzelnen Positionen beschränken könnte. Voraussetzung dazu ist aber, daß wir eine einwandfreie Rechtsprechung haben und nicht immer wieder Vorgänge feststellen müssen, die deren Vorhandensein bezweifeln lassen. Wenn dem Herrn Justizminister diese Kritik nicht gefällt, dann hätte er sich zunächst an die ihm nächststehende Presse wenden müssen.

Der Redner berichtet dann über folgenden Fall: In dem ostpreussischen Städtchen Liebstadt hatte ein jüdischer Arbeiter an einer Festlichkeit des christlichen Landarbeiterverbandes teil-

genommen, bei der jeder erscheinen konnte, der sich eine Eintrittskarte gekauft hatte. Ein anderer Arbeiter verlangte, daß er den Saal verlasse, weil Juden an der Feier nicht teilnehmen dürften. Der jüdische Arbeiter wandte sich an den Vorsitzenden, der ihm das Verweilen im Saal gestattete. Darauf wurde er von dem anderen Arbeiter beleidigt und geschlagen. Das Gericht verurteilte den Mann zu 20 Mark Geldstrafe wegen der Körperverletzung, und in der Begründung des Urteils führte es aus:

daß der Kläger sich alles hätte gefallen lassen müssen, weil er als Jude ein christliches Fest besucht habe. Daß der Vorstand ihm das Verbleiben im Saale gestattet habe, sei nicht erheblich, weil dieser ein einfacher Arbeiter und deshalb nicht imstande sei, die vom Gericht gebrauchten Gedanken zu entwickeln. (Hört! Hört! links.)

In einem anderen Falle hat das Reichsgericht die Unbrauchbarmachung von Maschinen in einer kommunistischen Druckerlei durch die Polizei für berechtigt erklärt, weil der Staat in Notwehr handle und die Pflicht habe, sich gegen Angriffe auf ihn zu schützen. Gewiß hat der Staat das Recht der Notwehr. Aber was zur Abwehr rechtswidriger Angriffe erforderlich ist, das darf nicht der Willkür überlassen bleiben, sondern das ist genau bestimmt durch die Gesetze. Die Notwehr des Staates ist geregelt im Preßgesetz, im Vereinsgesetz, im Artikel 48 der Verfassung und einer ganzen Reihe anderer Gesetze. Der Zustand, den das Reichsgericht mit seinem Urteil gutgeheißenen hat, ist weit schlimmer, als jede Zensur, denn dadurch wird es dem Redakteur unmöglich gemacht, seine Meinung überhaupt nur drucken lassen zu können.

Ich frage den Reichsjustizminister, was er zu tun gedenkt zum Schutze der durch dieses Urteil des Reichsgerichts in hohem Maße bedrohten Grundrechte des deutschen Bürgers.

In weit höherem Maße gilt das noch für das Gebiet des Strafrechts. Der vierte Senat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz von Lorenz hat in einem Urteil vom Oktober 1927 einen verantwortlichen zeichnenden Redakteur der kommunistischen Sächsischen Arbeiterzeitung für einen zum Hochverrat aufstrebenden Artikel verantwortlich gemacht und ihn als wahren Täter bestraft, obwohl er in der Zeit des Erscheinens des Artikels im Auslande gewesen ist und in seiner Abwesenheit sein Name als verantwortlicher Redakteur stehen geblieben war. Das Reichsgericht hat in seinem Urteil ausgeführt, daß er als Leiter einer Zeitung der kommunistischen Partei gar nicht anders hätte handeln können, als den Artikel aufzunehmen und weil er im übrigen auch sich selbst stets für die Propagierung der hochverräterischen Ziele der SPD mit Eifer eingesetzt habe. (Abg. Dr. Friedl, Kallsoz: Das Urteil ist immer noch nicht so schlimm, wie das Verbot der nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Berlin.) Der Redner erwidert dem Zwischenrufer: Wenn wir den Etat des Reichsinnenministeriums zu behandeln hätten, dann würde ich Ihnen darauf die Antwort gegeben haben.

Der Redner erwähnt dann einen Artikel eines päpstlichen Blattes, in dem der Austritt Ehrhardts aus dem Stahlhelm als entsetzliche Tat begründet wurde, weil Ehrhardt nicht gewillt sei, den Gedanken einer Revolutionierung nationaler Massen aufzugeben und worin es weiter heißt: Wir bekennen uns nach wie vor zur Revolution! Auch Lenin ist in derselben Nummer dieses päpstlichen Blattes als Revolutionär verherrlicht worden. Danach trägt aber kein Mensch...

Ich führe weiter den Fall des Oberleutnants Jeltin in Hamburg an, der wegen angeblichen Hochverrats auf Veranlassung des Reichsanwalts verhaftet worden ist, obwohl bereits ein Gericht denjenigen mit schwerer Strafe bedroht hatte, der Jeltin nach weiter des Hochverrats bezichtigen würde. Anzuerkennen ist allerdings, daß der Oberreichsanwalt nach fünf Tagen selbst die Freilassung Jeltins veranlaßt hat. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das höchste Gericht des Reichs sich eines so schweren Irrtums schuldig gemacht hat.

Solche Fälle einer Justiz haben mit einer wirklichen Rechtsprechung nichts gemein.

Gegen den Abgeordneten Hülsmann hat jahrelang ein Verfahren geschwebt, weil er einen Parteifreund als Ernährungsminister bei einer in Medlenburg eventuell zu erreichenden...

den Arbeiter- und Bauernregierung vorgeschlagen hatte. Erst durch die Amnestie im Jahre 1925 ist dieses Verfahren eingestellt worden. Immer wieder richtet sich die Justiz gegen links, aber niemals gegen rechts, wie auch der Fall Clah beweist.

Im Mai 1926 leitete der Berliner Polizeipräsident gegen Justizrat Clah, den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, eine Untersuchung wegen Hochverrats ein. Der Oberreichsanwalt beantragte im Juni 1927 in einem 60 Seiten langen Gutachten beim Reichsgericht die Einstellung des Verfahrens und die Aufhebung der Verfolgungsschikane. Das Reichsgericht hat im Oktober diesen Antrag stattgegeben, und zwar rein formularmäßig, ohne ein Wort der Begründung. Clah liegt die Weimarer Verfassung nicht; nur zu ihrem Artikel 48 ist er in heißer Liebe entbrannt. Clah hat bei seiner Vernehmung zugegeben, sein Ziel sei der völkische Staat und die völkische Diktatur, er wolle das jedoch ausschließlich durch verfassungsmäßige Mittel verwirklichen, entweder durch propagandistische Beeinflussung des Volkes bei den Wahlen oder auch in der von ihm für verfassungsmäßig gehaltenen Weise, daß der Reichspräsident, um der steigenden wirtschaftlichen Not Deutschlands zu steuern, bei einer Kabinettskrise eine sogenannte Regierung des Sachlichen Arbeit berufen solle. Wenn diese Regierung das Vertrauen des Parlaments nicht habe, solle der Reichstag aufgelöst werden, und falls er dann die Maßnahmen nicht billige, wiederum aufgelöst werden. Sollten dann Unruhen kommen, so solle der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Notregeln ergreifen und einer geeigneten Persönlichkeit die vollziehende Gewalt übertragen. Der Reichstag könne wiederholt aufgelöst werden und die vom Reichspräsidenten eingesetzte Persönlichkeit könne bei etwaigen Unruhen als Zuhälter der vollziehenden Gewalt auf Zeit von einer Wahl des Parlaments absehen. Das ist die Palantinsche Lösung des Herrn Clah, die uns herrlichen Zeiten entgegenzuführen soll. Herr Clah macht sein politisches System, wie die Urfinder, die immer ganz dicht vor der Erfindung des perpetuum mobile stehen. Wer ist nun der Mann, der nach der Meinung des Herrn Clah berufen sein würde? (Zwischenruf links: Lulher!) Nein, nicht Herr Lulher, der ist schon wegen Pecarno nicht geeignet, sondern unser Kollege Herr Eugenberg (Reiterfeit).

der im Lokalanzeiger im politischen Teil zur Hebung des Intellekts seiner Leser ebenso beiträgt, wie im Inseratenteil zur Hebung deutscher Justiz und Sitte (Reiterfeit). Clah (friedl) damals, Eugenberg gelte für einen staatsmännlichen Kopf, er habe unbestrittene Tatkraft bewiesen, er sei in der schweren Zeit der beste Berater und könne die Fragen bemeistern.

Als Herr Hülsmann mal bei einem guten Mahle jemand sagte, er würde ihn zum Ernährungsminister von Medlenburg-Schwerin machen wollen, wurde ihm das als Hochverrat ausgelegt. (Reiterfeit.)

Herr Clah veranlaßt fünfzehn Generale, dem Reichspräsidenten eine Interpellation zu überreichen, die sogenannte Generalinterpellation, worin der Reichspräsident beschworen wurde, die Pläne des Herrn Clah durchzuführen. Herr Clah arbeitete ein Exposé aus, aber der Reichspräsident lehnte selbstverständlich die Zustimmung des Herrn Clah ab und erklärte, daß er Ratsschläge von unzuständiger Seite nicht annehmen könne, er verlasse sich ausschließlich auf seine verantwortlichen Berater.

Was Herr Clah dem Reichspräsidenten zumute, ließ auf einen Treiben Staatsrecht hinaus, auf einen Putsch von oben. (Sehr richtig links.)

Das Ziel des Herrn Clah, er leugnet es nicht, war der Sturz der Verfassung und die Wiederherstellung der Monarchie. Und dieses Ziel glaubte Herr Clah auf Grund des Artikels 48 in legaler Weise erreichen zu können. Der Artikel 48 ist zum Schutze der demokratischen Verfassung gegeben, aber nicht zu ihrer Vernichtung. (Sehr richtig links.) Nach Artikel 48 kann der Reichspräsident zur Wiederherstellung der Ordnung Maßnahmen ergreifen, aber niemals hat er das Recht, die ganze Reichsverfassung zu beseitigen und den Reichstag zu verjagen und die Monarchie wieder herzustellen. In Absatz 3 steht ja ausdrücklich, daß jede Maßnahme des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 dem Reichstag unverzüglich vorzulegen und wieder aufzuheben ist, wenn der Reichstag sie nicht billigt. Das beweist

Inventory-Schluss-Angebot advertisement for Leipziger Textil-Gesellschaft m. b. H. featuring a large 'J' graphic and a list of textile products with prices. A sign indicates 'Nur noch 3 Tage!' (Only 3 days left!).

die Unmöglichkeit der juristischen Deduktion des Herrn Justizrat Claf. Der Reichspräsident würde sich, wenn er die zum Schutze der Verfassung anvertrauten Machtmittel unter Gewaltanwendung gegen die Verfassung benutzen würde, des Hochverrats schuldig machen.

Hält der Justizminister diese meine Interpretation für richtig oder die des Herrn Claf? Warum hängt sich Herr Claf überhaupt das Mäntelchen der Legalität um und sagt nicht einfach, daß er die Gewalt wolle?

General v. Seert hat bei seiner eidlischen Vernehmung ausgesagt, er habe den sicheren Eindruck gehabt, daß Claf ihn veranlassen wollte, auf Grund des Artikels 48 und gestützt auf die Reichswehr-Machtmittel für sich in Anspruch zu nehmen, die nicht mit der Verfassung vereinbar waren. Ein Hanauer Mitglied des alldeutschen Verbandes schrieb an Claf: „Ihr denkt doch nicht daran, die völlige Diktatur auf dem Wege der Gewalt herbeizuführen?“ Darauf antwortete Herr Claf: „Wissenschaftlich auf dem Wege der Legalität.“ Dieses „wissenschaftlich“ haben die Freunde des Herrn Claf, um ihn herauszuhängen, als „allo“ gedeutet. Dann wurde aber auch ein kenographischer Fehler für möglich erklärt, weil bei Stolze-Schrey „wissenschaftlich“ und „allo“ gewisse Ähnlichkeit haben sollen (Heiterkeit). Für die Verbindung des Herrn Claf mit vaterländischen Verbänden sei kein Beweis erbracht worden. Das Reichsgericht hat seine Entscheidung nicht begründet, der Oberreichsanwalt aber die Angabe des Herrn Claf für glaubhaft gehalten, daß er selbst seine Pläne für legal gehalten habe. Nach Artikel 28 der Reichsverfassung kann der Reichstag aus demselben Anlaß nicht, weil er nicht im Reichstag anwesend ist, Herr Claf aber hält es für zulässig, ihn auf Grund des Artikels 48 in der Besetzung verschwinden zu lassen.

Der Oberreichsanwalt erklärt, daß der Artikel 48 umstritten sei, es sei nicht ausgeschlossen, daß Claf seine Pläne für rechtlich zulässig gehalten habe. (Hört, hört!, links.)

Aber niemand kann man doch behaupten, daß der Artikel 48 zur gänzlichen Vernichtung der Weimarer Verfassung mißbraucht werden darf. Es ist mir unverständlich, wie der Oberreichsanwalt einem Recht studierten Manne, wie Herrn Claf, den guten Glauben zubilligen kann. Ein Kommunist, der nur einen Teil von dem verlangt hätte, was Herr Claf unternahm, würde sich für lange Zeit nicht um ein Daaeter zu kümmern brauchen. (Sehr gut! links.) Wir verabscheuen die Bestrebungen der Diktatur von rechts ebenso wie die Anpreisungen der Apokalypse von links. Verzeihen Sie es nur damit, Sie werden bei den Massen des deutschen Volkes auf Grant helfen. Die verschiedenartige Behandlung von Angeklagten von links und rechts durch das höchste Gericht führt nicht zur Korruption, das ist schon Korruption. Hier gibt es Erziehungsbewußtsein. Besonders wirkungsvoll kann sie allerdings nur geleistet werden von einer Zentralstelle; deshalb sollte sich der Reichsjustizminister der Übertragung der Justizhoheit von den Vätern auf das Reich nicht widersetzen. Sie wird kommen, weil sie kommen muß, und wir begrüßen sie heute schon. (Lebhafte Beifall b. d. Sz.)

### Reichsjustizminister Seert

erklärt, er könne unmöglich sich zu allen Einzelfällen äußern, die von Debatteern vorgebracht werden. (Unruhe links.) Der ostpreussische Fall gehört überhaupt nicht in die Debatte, denn er handelt sich um Privatverfahren, das gar nicht das Reichsgericht beschäftigen konnte. Die Beschlagnahme der vom Abgeordneten Landsberg erwähnten kommunistischen Druckerie ist vom Oberpräsidenten in Koste verfügt worden (Hört, hört!, rechts), weil das Blatt damals zu Gewalttätigkeiten aufgefordert hatte mit dem Erfolg, daß es zu öffentlichen Unruhen kam. Die dem Oberleutnant Dillberg in den Mund gelegten Sätze sind in seiner im Organ des Stahlhelm wiedergegebenen Rede überhaupt nicht enthalten. Dort wird vielmehr gesagt: „Wir haben bewußt die Behandlung der Staatsform zurückgestellt.“ Dann wird gesagt, man wolle umstürzliche Leute in die nationalen Parteien schießen. Das ist der Hochverrat des Herrn Dillberg! (Sehr gut! rechts.) — Ruft bei den Sz.: „Ein fortgesetzter Bericht, der gar nichts beweist!“ Ich möchte einmal den Senat des Reichsgerichts sehen, der auf Grund dieser Rede Herrn Dillberg wegen Hochverrats verurteilen würde! Damit machen Sie, Herr Landsberg, sich nur lächerlich! (Beifall rechts.) Der Fall Claf hat allerdings in anderer Beziehung Aufsehen erregt. Sie wissen ja, daß damals Hausdurchsuchungen bei höchst ehrenwerten Männern vorgenommen wurden. (Große Unruhe und Zurufe links.) Die Strafverfolgung und die Maßnahmen der preussischen Polizei gingen von Voraussetzungen aus, die sich nachher als ganz irrig herausgestellt haben. Man nahm damals an, daß Claf eine unmittelbare Gewaltanwendung plante. Wenn der Oberreichsanwalt der Meinung ist, daß ein schlüssiger Beweis gegen die subjektive Auffassung von Claf nicht geführt werden kann, so muß diese Meinung des hohen richterlichen Beamten respektiert werden.

Abg. Landsberg (Sz.): „Sind Sie derselben Meinung wie der Oberreichsanwalt?“

Ich sehe gar nicht ein, weshalb ich mich hier vom Abg. Landsberg durch solche Fragen stellen lassen soll! (Große Unruhe links, Ruft: „Claf als Justizminister!“) Gegenrufe rechts. Vizepräsident Graef erhebt um Ruhe.) Alle Behauptungen, daß die Entscheidung des Oberreichsanwalts durch mich beeinflußt worden sei, sind erlogen und erlogen. Ich habe den Oberreichsanwalt lediglich um eine Bescheinigung des Verfahrens erlucht. Schließlich war auch der Oberreichsanwalt nicht allein entscheidend, sondern das ganze Reichsgericht hat ihm zugestimmt. (Beifall rechts.)

Abg. Lehmann (Dt.) begrüßt die Rechtsangleichung mit Oesterreich, die ein wichtiger Schritt sei auf dem Wege zur Kulturgemeinschaft mit dem Bundespost. Eine gewisse Vertrauenskrise in der Justiz läßt sich nicht leugnen. Als ihre Ursachen werden angeführt Volksfremdheit des Rechts, Rechtsfremdheit des Volkes, Weltfremdheit der Richter. Dazu kommen die Vorwürfe der Klassenjustiz und politischen Justiz. Eine gewisse Volksfremdheit des Rechts ist eingetreten durch die Übernahme des römischen Rechts. Hier ist schon viel Reformarbeit geleistet worden. Allenfalls sind auch Bestrebungen im Gange, durch Aufklärung und Belehrung das Volk mit dem Recht vertrauter zu machen. Daß auch bei den Richtern manche Mißgriffe vorgekommen sind, wird niemand bestreiten. Viele Richter haben sich mit der Staatsumwälzung und der neuen Staatsform innerlich noch nicht abgefunden. Die Reichsverfassung gewährleistet dem Richter wie jedem Beamten die Freiheit der politischen Gesinnung. Selbstverständlich wird der Richter sich bei seiner amtlichen Tätigkeit durch seine politische Gesinnung nicht beeinflussen lassen. Der Vorwurf, daß ein großer Teil der deutschen Richter verfassungswidrig sei, ist durchaus falsch. Der deutsche Richterstand und der Preussische Richterstand haben sich in Entscheidungen unzweifelhaft zur Reichsverfassung bekannt. Die deutschen Richter haben den guten Willen, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Die Weiterberatung des Stats wird um 18.45 Uhr auf Donnerstag, 14 Uhr, vertagt, nachdem noch ohne Debatte das zweite Gesetz über werthbeständige Hypotheken in allen drei Lesungen angenommen worden ist.

### Einbruch aus politischen Motiven

Im In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde in dem Sekretariat der Deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags ein Einbruch verübt. Da sämtliche vorhandenen Parteipapiere durchwühlt und zum Teil mitgenommen wurden, besteht der Verdacht, daß es sich um einen Einbruch aus politischen Motiven handelt.

Die Deutschnationale Landtagsfraktion versichert, daß Dokumente von großem politischem Wert in den Fraktionsräumen nicht aufbewahrt wurden.

### Die katholischen Väter der Hitlerbewegung

Kürzlich beschäftigte sich das Berliner Tageblatt mit den Finanziers der Hitlerbewegung. Es nannte dabei auch den in Bayern einflussreichen Freiherrn von Cramer-Klett, der enge Beziehungen zu dem Ex-Kronprinzen Ruprecht unterhält und schon verschiedentlich in der Politik der letzten Jahre eine entscheidende Rolle gespielt hat. Der Bayerische Kurier, der den Artikel des B. T. übernahm, unterließ es wohlweislich, den Namen des Barons Cramer-Klett zu erwähnen. Es ist ja auch Tatsache, daß Cramer-Klett die Hitlerbewegung auf dem Wege über den an der Feldherrnhalle „gefassten“ Scheubner-Mahler unterstützt hat, ebenso Kommerzienrat Jenk, der Inhaber der österreichischen Tabakregie Dall'Armi, der vom Bayerischen Kurier gleichfalls nicht erwähnt wurde.

Es ist öffentliches Geheimnis, daß die Hitlerbewegung von niemand anders ins Leben gerufen wurde als vom Münchener Kardinal Faulhaber, der damit die dreimal verfluchten Marxisten zu treffen hoffte. Jahrelang haben die Epochen des bayerischen Merkantilismus die Hitlerer gegessen und sich erst gegen sie gewandt, als sie ihnen über den Kopf zu wachsen drohte, vor allem durch die Verbindung mit Ludendorff. Mitte des Jahres 1923, in der Zeit der wöllischen Hochflut, schrieb der Chefredakteur des Bayerischen Kuriers (Osterhuber?) an ein führendes Mitglied der Hitlerpartei folgendes: „Wer hat denn im Anfang die Hitlerpartei unterstützt, wer hat sie begünstigt und hochgebracht? Wären wir nicht gewesen, niemals wäre es Hitler gelungen, sich durchzusetzen. Wir hatten es

in der Hand, ihn fallen zu lassen oder ihn emporzuheben. Duende von Beweisen könnten wir dafür anführen, wie wir uns nicht nur in unserer Presse, nein auch in der Partei und in allen uns nahestehenden Kreisen für Hitler eingesetzt haben. Es wäre uns schon früher ein Leichtes gewesen, Hitler den Weg nach aufwärts zu verstopfen, aber damals glaubten wir noch an die Reinheit seines Zieles. Nachdem wir uns überzeugen mußten, daß sein Weg nicht der unsere sei, mußten wir gegen ihn Stellung nehmen. Daß wir dies nicht leichtsinig Herzens taten, bedarf wohl keiner näheren Begründung.“

Es ist auch bekannt, wie sehr sich der Paderborner Dekan Dr. Pieper, der Sekretär der katholischen Jugendvereine, für die Hitlererei eingesetzt hat.

### Völlische unter sich

W. B. Nürnberg, 24. Januar.

In einer im Saalbau Rosen gestern abend vom Landsturm der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Nürnberg, einberufenen Versammlung, die sich gegen den Führer der Nürnberger Nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten und Stadtrat Hauptlehrer Julius Streicher richtete, kam es zwischen Gegnern und Anhängern Streichers zu großen Schlägereien. Eine ganze Reihe von Versammlungsteilnehmern trug Verletzungen meist leichfertiger Art davon. Einige Hauptbeteiligte, bei denen auch Waffen vorgefunden wurden, wurden von der Polizei zwangsgeführt.

## Außenhandel und Konjunktur

### Ursachen der Passivbilanz

#### Lebensmittel und Rohstoffe

Wir haben in diesen Tagen an dieser Stelle Fritz Sternberg das Wort gegeben zu ausführlichen Betrachtungen über das Dames-Geschäft und den deutschen Außenhandel. Sternberg kam zu der Meinung, daß wenn Deutschland sowohl die Reparationszahlungen wie auch die Verzinsungen aus den im Auslande aufgenommenen Kapitalguthaben wirklich bezahlen wollte (d. h. bezahlen in der Form der Wertübertragung ins Auslande), eine außerordentliche Veränderung seiner Handelsbilanz notwendig wäre.

Es müßten Milliardenüberschüsse der Ausfuhr über die Einfuhr erreicht werden.

Die Nachweisungen über den deutschen Außenhandel im Jahre 1927 und in den Jahren zuvor, die wir vorgestern zum Ausdruck brachten, erweisen aber, daß ganz im Gegenteil der deutsche Außenhandel keine Ausfuhrüberschüsse aufzuweisen hat, nicht aktiv ist, sondern im Gegenteil erhebliche Einfuhrüberschüsse zeigt, passiv ist.

Wir haben schon vorgestern auch darauf hingewiesen, daß es um diese Passivität nicht so arg bestellt ist, wie es die amtliche Statistik erscheinen läßt. Der Betrag von 3924,6 Millionen Mark, um den im Jahre 1927 die Einfuhr die Ausfuhr überlegen haben soll, muß aus den von uns dargelegten Gründen nicht unwesentlich gekürzt werden. Es kommt noch ein anderes hinzu: die amtliche Statistik nimmt in die Außenhandelsrechnung die Zahlen über die Reparations-Sachlieferungen nicht auf. Diese sind aber effektive Wertübertragungen ins Auslande, sie müssen von dem Betrag des Einfuhrüberschusses abgezogen werden. Die Reparations-Sachlieferungen hatten im Jahr 1927 einen Wert von 678,4 Millionen Mark. Die Subtraktion dieses Betrages von dem erwähnten Betrag des Einfuhrüberschusses läßt rechnerisch einen Einfuhrüberschuß von 3246,2 Millionen Mark bestehen. Davon müssen dann noch Beträge unbekannter Höhe abgezogen werden für Unterbewertung der Ausfuhr.

Alle kritische Betrachtung über die Zuverlässigkeit der deutschen Außenhandelsstatistik, alle Hin- und Herbewegung hilft aber doch nicht über die Tatsache hinweg, daß im vergangenen Jahre die deutsche Außenhandelsbilanz in außerordentlich hohem Maße passiv

gewesen ist. Das heißt, daß große Einfuhrüberschüsse verzeichnet werden mußten, während das nationale Interesse, wie immer wieder von der bürgerlichen Presse und von den Regierungsstellen betont wird, große Ausfuhrüberschüsse verlangte. Diese Gegenständlichkeit demonstriert gerade das vergangene Jahr vor allem deshalb mit aller Deutlichkeit, weil die Außenhandelsbilanz Deutschlands im Jahr 1928 mit einem Einfuhrüberschuß von nur 132,9 Millionen Mark geschlossen hat, ja, wenn man die Reparations-Sachlieferungen mit in Betracht zieht, sogar einen Ausfuhrüberschuß aufzuweisen hatte. Hält man sich einfach an die amtlichen Zahlen, die ja 1928 und 1927 gleich falsch und gleich richtig waren, so ergibt sich

eine Steigerung des Einfuhrüberschusses von 132,9 auf 3924,6 Millionen, also um 3791,6 Millionen Mark.

Wir sagten schon in unserem vorhergehenden Artikel, wie falsch es ist, die zahllosen Einzelvorgänge des Ein- und Ausfuhrhandels als eine Einheit zu betrachten. Einzelheit ist bei dem Handel über die Grenzen Deutschlands nur das Bestreben, Profit zu machen, möglichst hohen Profit zu erreichen. Auch die Methoden sind dabei formal die gleichen, die im kapitalistischen Handelsbetrieb üblichen. Über im übrigen handelt jeder einzelne Partner des Außenhandelsgeschäftes nach seinem persönlichen Interesse, groß ausgebrocht, entsprechend der Mehr- oder Mindernachfrage, die für seine Handelspezialität vorhanden oder zu erwarten ist. Es herrscht keinerlei Rücksichtnahme auf ein sogenanntes gemeinsames Ziel. Alle sogenannte Organisation der kapitalistischen Wirtschaft hat daran bisher nichts geändert. Im Gegenteil, wie wir noch nachweisen werden, hat gerade das Treiben der organisierten Teile der deutschen kapitalistischen Wirtschaft im vergangenen Jahre dazu beigetragen, die Außenhandelsbilanz zu verschlechtern.

Bei der Betrachtung der Außenhandelsbilanz im einzelnen fällt vor allem

die Steigerung des Einfuhrüberschusses von Lebensmitteln und Getränken

(einschließlich lebendem Vieh) auf. Im letzten Vorjahre wurden für das größere Deutschland Waren dieser statistischen Gruppen in einem solchen Umfang hereingeholt, daß ein Einfuhrüberschuß von 2010,1 Millionen Mark zustande kam. Dieser Einfuhrüberschuß des Jahres 1928 stand am Ende einer langen Entwicklung, deren Grundrichtung man mit dem Schlagwort Industrialisierung zu bezeichnen pflegt. Wie es in der bürgerlichen Ausdrucksweise heißt: Deutschland bezog für seine Industriebedarf Lebensmittel aus dem Auslande und zahlte mit industriellen Fertigfabrikaten.

Im Jahre 1928 hat der entsprechende Einfuhrüberschuß einen Wert von 3217 Millionen Mark gehabt; die Steigerung um etwa 60 Prozent seit dem Jahre 1918 ist aber teils aus der Erhöhung des internationalen Preisniveaus zu erklären, die vor allem für die Kolonialprodukte eintritt, teils in diesen statistischen Warengruppen enthalten sind.

Der Einfuhrüberschuß hat sich im Jahre 1927 weiter auf 4097,7 Millionen Mark, also um etwa 880 Millionen Mark, erhöht.

Den Hauptposten der Lebensmittelzufuhr im Jahre 1927 machte Weizen aus mit einem Einfuhrwert von nicht weniger als

674,4 Millionen Mark. Nimmt man noch die Einfuhr der anderen Getreidearten hinzu (Roggen 102,4 — Gerste 301,8 — Hafer 48,3 — Mais 304,8 Millionen Mark), so erkennt man, eine wie große Bedeutung die Getreidezufuhr hat. Insgesamt mehr als einethalb Milliarden von den knapp viereinhalb Milliarden gesamten Lebensmittelzufuhr entfielen auf die Getreidezufuhr für Ernährungs- und Futtermittel.

Die Vorkäufer der deutschen Landwirte verfahren nicht, auf den großen Einfuhrüberschuß an Lebensmitteln mit geringster Einnahme hinzuweisen. Der Reichsminister für die Unterernährung der deutschen Bevölkerung, der Deutschnationale Schiele, hat sich erst in diesen Tagen von einer „geborgenen“ Lebensmittelzufuhr gesprochen und zu überlegen gegeben, um wieviel besser wir doch daran tun würden, die inländische Produktion zu steigern, anstatt dem Auslande uns zu verschulden. Es besteht demgegenüber alle Veranlassung, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die deutsche Landwirtschaft im vergangenen Jahre durch wirtschaftliche Zurückhaltung ihrer Vorräte mit dazu beigetragen hat, den Einfuhrbedarf zu erhöhen. Kürzlich sind die Zahlen bekanntgegeben worden, die die Preisoberstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat am 15. Dezember über die noch zum Verkauf zur Verfügung stehenden Vorräte der deutschen Landwirte an Getreide und Kartoffeln festgesetzt hat. Es wurde

festgestellt, daß die deutsche Landwirtschaft Mitte Dezember 1927 einen weit geringeren Teil der Ernte als zur gleichen Zeit des Jahres 1928 verküpfert hatte.

In Prozenten der Gesamternte standen am 15. Dezember der Jahre 1927 und 1928 im Reichsdurchschnitt noch zum Verkauf zur Verfügung:

	1927	1928
Winterweizen	45,8	31,8
Sommerweizen	50,8	50,8
Winterroggen	24,8	21,9
Wintergerste	4,8	6,2
Sommergerste	28,8	38,8
Hafer	18,0	17,4
Kartoffeln	10,7	13,0

Wir haben hier in der systematischen Zurückhaltung von Vorräten aus inländischer Erzeugung (darum handelt es sich nämlich!) ein Schulbeispiel dafür, wie wenig der Außenhandel „nationale Richtlinien“ kennt, wie wenig vor allem unsere internationalen Agrarier daran denken, ihre Verkaufspolitik auf eine „volkswirtschaftlich“ richtige Handhabung des Außenhandels abzustellen.

Betrachtet man die Außenhandelsbilanz der Gruppe Rohstoffe und halbfertige Waren, so ergibt sich auch hier wieder ein bezeichnendes Faktum. Das größere Deutschland des Jahres 1918 verzeichnete einen Einfuhrüberschuß dieser Waren von 4020,5 Millionen Mark. Im Jahre 1928 wertete dieser Einfuhrüberschuß nur 2561,3 Millionen Mark. Das Jahr 1928 war das Jahr der großen Krise. Die eingeschränkte Produktion verbrauchte weniger Rohstoffe und bemühte sich im übrigen, „non-fer hand in den Mund“ zu leben. Das heißt, sie ließ ihre Vorräte knapp und knapper werden, griff also auf jene Mengen zurück, die vorliegen im Jahre 1925 über den augenblicklichen Bedarf hinausgenommen worden waren. (In jenem Jahre wurde im Außenhandel mit Rohstoffen und halbfertigen Waren ein Einfuhrüberschuß von 4571,1 Millionen Mark verzeichnet.) Das Jahr 1927 war ein Jahr der Hochkonjunktur.

Die Konjunkturverhältnisse erforderten nicht nur höhere Rohstoffmengen, sondern gaben auch die Anregung, die zusammengekauften Vorräte von Rohstoffen anzufüllen, erneut Vorverforgung zu treiben.

In wie hohem Maße das geschehen ist, ergibt sich u. a. bei einer Betrachtung der Rohstoffzufuhr für unsere hochorganisierte Industrie, für die Schwermetallindustrie. Die Rohstoffenerzeugung in Deutschland hat im Jahre 1928 9,64 Millionen und im Jahre 1927 13,10 Millionen Tonnen betragen. Das ist eine Steigerung um knapp 30 Prozent. Im Jahre 1928 wurden nach Deutschland eingeführt 9,65 Millionen Tonnen Eisenerze, dagegen im Jahre 1927 nicht weniger als 17,41 Millionen Tonnen. Mit anderen Worten, einer Steigerung der Rohstoffproduktion um nur 30 Prozent stand eine Steigerung der Eisenerzezufuhr um mehr als 80 Prozent gegenüber. Die darin zum Ausdruck kommende Vorverforgung ist so umfangreich, daß vor einigen Tagen die Eisenvorräte bei den Kruppwerken auf 17 Millionen Tonnen und die Vorräte der Vereinigten Stahlwerke allein bei den ehemaligen Thyssenwerken 1,8 Millionen Tonnen betragen.

Eine ähnliche Vorverforgung hat für andere Industriezweige in Deutschland stattgefunden. Was bedeutet aber vom Standpunkte der Handelsbilanz gesehen die Zurückhaltung der Vorräte der deutschen Landwirtschaft und die Vergrößerung der Vorrätehaltung bei den Industriezweigen und bei den Einfuhrhandelsfirmen? Nichts anderes, als daß große Teile der Einfuhrwerte über ihnen gleiche Werte aus inländischer Erzeugung, die eine irreführende Betrachtungsweise der Außenhandelszahlen als Verbrauch anließ, oder nicht berücksichtigt, nicht verbraucht sind. Es werden in der Außenhandelsbilanz bei der Abziehen und Abziehen Bilanzierung der Einfuhr- und Ausfuhrzahlen vollkommen ungleichartige Größen verglichen. Die Ausfuhrmengen sind tatsächlich ins Auslande gegangen, sind verkauft. Zudem Werte, die, wie nochmals bemerkt sei, in der deutschen Außenhandelsstatistik zu gering erscheinen, müßte der Wert der neu gekauften Vorräte hinzugefügt werden, wenn man schon Jahr von Jahr trennen und wenn man schon bilanzieren will. (Im Jahre 1928 wäre es z. B. umgekehrt ebenso nötig gewesen, die aus Vorräten verbrauchten und im Jahresverlauf nicht ersehten Mengen von den Ausfuhrwerten abzuziehen.) Da es keine Schätzung der Erhöhung (oder auch Ver-





# Arbeiterbildung



26. Januar 1928 / Beilage zur Volkszeitung

## Die materialistische Geschichtsauffassung

Selbstanzeige von Karl Kautsky.

Von verschiedenen Seiten werde ich aufgefordert, eine Selbstanzeige meines jüngst bei Dietz Nachfolger in Berlin erschienenen Buches über „Die materialistische Geschichtsauffassung“ zu veröffentlichen. Denn der Umfang dieses Werkes, zwei Bände zu je 900 Seiten, mache es dem Leser und gar dem Kritiker schwer möglich, es rasch zu bewältigen. Besprechungen seien daher erst in einigen Monaten zu erwarten. Das Lesepublikum möchte aber gern schon jetzt darüber orientiert sein, was es in dem Buche finden werde. Darüber könne ich allein sofort Auskunft geben.

Das stimmt und es läßt sich wohl nichts gegen eine Selbstanzeige einwenden, die von vornherein von jedem Werturteil absteht und bloß eine Inhaltsangabe enthält. Ich komme daher gern dem ausgesprochenen Wunsche nach.

Was ich zur Darstellung bringe, ist die „marxistische“ von Marx und Engels begründete Geschichtsauffassung, die auf das geistige Leben der Arbeiterbewegung aller Länder immer mehr bestimmenden Einfluß gewinnt. Aber ich stelle diese Geschichtsauffassung nicht in der Weise dar, daß ich ihre Stützungen und Andeutungen sammle und erläutere, die wir in den Werken unserer Meister finden. Sondern ich entwickle meine eigene Geschichtsauffassung. Sie beruht wohl auf der Marx-Engels'schen, aber sie bildet sich ein Menschenalter nach dieser, und in ihr sind alle Erfahrungen und Aufdeckungen verarbeitet, die mir seit einem halben Jahrhundert steter Anwendung des historischen Materialismus zugänglich wurden. Ein ganzes Menschenalter ist verfloßen, seitdem Engels von uns ging, ein Zeitalter, erfüllt von enormen Umwälzungen politischer und ökonomischer, wie wissenschaftlicher Art. Sie bestätigen und bekräftigen unsere Geschichtsauffassung, die dadurch immer mehr an Geltung gewann. Aber sie haben mich auch veranlaßt, diese Auffassung in Einzelheiten zu modifizieren. Das hätten ohne Zweifel Marx und Engels selbst ebenfalls getan, wenn sie bis in unsere Tage gelebt hätten. Selbstverständlich ist es jedoch ganz unmöglich, etwas darüber auszusagen, in welcher Weise sie es getan hätten.

Ich kann da nur für mich sprechen. In diesem Sinne bringe ich in meinem Buche die materialistische Geschichtsauffassung zur Darstellung.

Zunächst lehne ich ihre vergrößerten Formen ab, die da vernehmen, der Mensch werde nur von ökonomischen Interessen bewegt oder das geistige Leben der Menschen werde nur durch die materiellen Bedingungen bestimmt, in denen sie existieren. In höchstem Grade bestimmend für das geistige Leben einer Zeit sind die angeborenen Fähigkeiten und Triebe der Menschen sowie die Ideen und gesellschaftlichen Einrichtungen, die sie von ihren Vorfahren überliefert bekommen. Aber das Neue im geistigen Leben einer bestimmten Periode, das, was sie der irdischen Menschennatur und den Ueberlieferungen an Ideen und Einrichtungen hinzufügen, das läßt sich stets auf ökonomische Bedingungen zurückführen, die neu aufstauen. So wird die ökonomische Entwicklung zur Triebkraft der geistigen und gesellschaftlichen Entwicklung. Dem Beweis für diese Auffassung gilt meine Arbeit.

Ich unterlasse zunächst den Zusammenhang unserer Geschichtsauffassung mit der materialistischen Weltanschauung. Dies bildet den Hauptinhalt des ersten Buches. Im zweiten Buch betrachte ich den Ausgangspunkt der menschlichen Entwicklung, die Triebe, die vor jeglichem ökonomischen Tun da waren, die der Mensch von seinen tierischen Ahnen ererbt, die also nicht ökonomisch zu erklären sind. Dann unterlasse ich die Triebe der Entwicklung der Organismen in der Natur. Diese Triebkraft wird gebildet durch die Wandlungen der Oberfläche des Erdballs, die in letzter Linie auf seine fortschreitende Abkühlung und Schrumpfung zurückzuführen sind. Sie bewirken, daß immer wieder neue und immer mannigfaltigere Lebensbedingungen für die Organismen entstehen, die dadurch geändert werden. Sind diese Veränderungen der Erhaltung einer bestimmten Art von Organismen günstig, dann bestehen sie weiter. Sie haben sich den neuen Bedingungen angepaßt.

Das gilt für den Menschen ebenso wie für das Tier. Aber jener entwickelt seine Fähigkeiten, namentlich Hand und Hirn, so weit, daß er einen neuen Faktor ins Spiel bringen kann, der der Menschheitsgeschichte einen ganz anderen Charakter gibt, als die Tiergeschichte aufweist. Von diesem neuen Faktor handelt das dritte Buch. Er besteht in der Fähigkeit des Menschen, sich für die Anpassung an eine neue Umwelt neue künstliche Organe bewußt zu schaffen, zunächst Werkzeuge, später auch gesellschaftliche Organisationen, die es ihm erleichtern, den Kampf um die Existenz unter den neuen Lebensbedingungen zu bestehen. Zu der unbewußten natürlichen Anpassung in der Tierwelt gesellt sich in der Menschenwelt bewußte Anpassung durch technische und später auch gesellschaftliche Erfindungen.

Welches ist aber die Triebkraft dieser nun einsetzenden technischen und ökonomischen Entwicklung? Auch sie beruht auf einer Anpassung an die Umwelt. Diese schafft die Probleme und liefert die Mittel zu ihrer Lösung. Neue Probleme und neue Mittel entstehen nur, wenn die Umwelt sich ändert. Indes sehen wir in der Menschheitsgeschichte, daß eine ökonomische und technische Entwicklung auch dann stattfindet, wenn die umgebende Natur sich nicht ändert. Woher da die Wandlungen der Umwelt?

Das Neue, das Aufstauen neuer Ideen, Ziele und Lösungen in der Geschichte der Menschheit „materialistisch“ das heißt, aus Veränderungen ihrer Umwelt zu erklären, ist so lange nicht möglich, als diese Wandlungen selbst nicht erklärt werden. Das ist bisher nicht ausreichend geschehen. Daher überwiegt in der Geschichtsphilosophie die Annahme der schöpferischen Rolle des Genies, die aus sich heraus neue Ideen schafft und schließlich zur Anerkennung bringt, ein Vorgang, der als unerschöpflich hingestellt wird, als etwas ganz Uebernatürliches. Unser Kausalitätsbedürfnis wehrt sich gegen diese Annahme. Aber wo sonst die Ursache des Neuen in der menschlichen Umwelt finden?

Ich glaube, die Ursache gefunden zu haben, die den technischen und damit jeden menschlichen Fortschritt herbeiführt, in einer Weise, die ihn dem Gesamtzusammenhang des natürlichen Geschehens einfügt. Die Ursache liegt in folgendem: Die künstlichen Organe, die der Mensch schafft, unterscheiden sich darin von den natürlichen, daß sie mit seinem Körper nicht verwachsen sind, sondern außerhalb dieses bestehen. Damit sind sie zwiespältiger Natur. Sie gehören zum Menschen als seine Organe und gehören doch gleichzeitig zu seiner Umwelt. Das macht wenig aus, solange die künstlichen Organe gering an Zahl, klein, einfach, jedem einzelnen zugänglich und ihm vertraut sind. Der Charakter der künstlichen Organe als Umwelt wächst jedoch immer mehr zu einer gewaltigen Größe, je zahlreicher und umfangreicher diese Organe werden, je komplizierter und mannigfaltiger, so daß der einzelne der ungeheuren Mehrzahl unter ihnen als einer fremden Macht gegenübersteht, die bestimmend wird für die Bedingungen, unter denen er lebt.

Die künstlichen Organe werden erfunden, um bestimmte Aufgaben zu lösen, die die bestehende Umwelt den Menschen stellt, das heißt, um sie dieser anzupassen. Aber jedes dieser Organe, sobald es eine gewisse Ausdehnung und Verbreitung findet, wird zu einem neuen Stück der Umwelt, die dem Menschen gebieterisch gegenübersteht, ihm neue Aufgaben stellt, ihn zwingt, wieder neue Mittel erneuter Anpassung an die neue Umwelt zu erfinden. So wird die gesellschaftliche Entwicklung zu einem Prozeß, der ununterbrochen vor sich geht und seine Antöße aus sich selbst schafft — ein wahres perpetuum mobile.

Der mangelnde Raum gestattet nicht, diesen Vorgang zu illustrieren und zu erläutern. Ich muß dafür auf mein Buch verweisen.

Derselbe Vorgang wie in der Ökonomie vollzieht sich in der Wissenschaft, deren Fortschritt ebenfalls durch den der Technik bedingt wird. Ununterbrochen ist die Wissenschaft damit beschäftigt, die Probleme zu lösen, die ihr die Beobachtung der Umwelt stellt. Es gelingt ihr früher oder später jedes zu lösen, das richtig gestellt ist. Aber sie erreicht das nur durch Errungenheiten und Befehle, die ihr neue Einsichten in die Umwelt verschaffen, also deren Anblick verändern und damit neue Probleme erstehen lassen. Wir lösen ein Welt-rätsel nach dem andern, aber nur in einer Weise, die neue, noch gewaltigere Rätsel vor uns aufwirft.

So geht die Entwicklung in der Gesellschaft und ebenso in der Wissenschaft als dialektischer Prozeß vor sich: der Gegensatz zwischen dem Menschen und der Umwelt wird jeweils in einer Weise überwunden, die seine Umwelt verändert und damit einen neuen Gegensatz gerade aus den Mitteln hervorgehen läßt, die den alten Gegensatz überwand.

Diese Art der Entwicklung ist dem Menschengeschlecht eigen-tümlich. Sie unterscheidet die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft von der der Arten der Organismen wie auch von der des einzelnen Organismus, die wieder besonderer Art ist. Wenn wir die Umwelt als Materie bezeichnen wollen, dann vollzieht sich die menschliche Entwicklung auf dem Wege einer materialistischen Dialektik.

Die ganze in den ersten drei Büchern erörterte Untersuchung erstreckt sich auf Gebiete, auf die Marx und Engels nur wenig eingingen, auf die sie nur gelegentlich ihre Blicke warfen. Was sie in erster Linie beschäftigte, war die Geschichte im engeren Sinne, die Geschichte der Staaten, die auf gegensätzlichen Klassen aufgebaut sind. Sie handelten weniger vom Kampf des Menschen mit der Umwelt, der die ganze gesellschaftliche Entwicklung von ihren Anfängen an bedingt, als von den Kämpfen der Klassen im Staate, dessen Apparat in Dienste der herrschenden und ausgebeuteten Klassen der Niederhaltung der beherrschten und ausgebeuteten dient.

Davon handle ich im vierten Buche, das mehr als zwei Drittel des zweiten Bandes ausmacht. Hier komme ich auf das Gebiet des Marxismus im engeren Sinne; das Gebiet auf dem Marx und Engels hauptsächlich gearbeitet und bahnbrechend gewirkt haben. Doch gilt auch das zumeist für die letzten Jahrhunderte, das Zeitalter des industriellen Kapitalismus. Für die vorkapitalistischen Formen der Staates und der Gesellschaft im Staate konnten sie uns nach dem Stand des Wissens ihrer Zeit nur Anschauungen geben, die heute sehr zu ergänzen sind. Bei manchen dieser Anschauungen bin ich sogar dahin gekommen, ihnen nicht folgen zu können, z. B. bei denen über die Entstehung des Staates und der Klassen.

Aber auch für die weitere Entwicklung des Staates komme ich stellenweise zu Ergebnissen, die von den Marx-Engels'schen abweichen. Um nur eine meiner — „rechten“ oder „linken“? — „Abweichungen“ zu nennen, schränke ich den Zeitraum wesentlich ein, für den das Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung durch soziale Revolutionen gilt. Marx nahm — wenigstens 1850 — an, die bisherige Form der Bewegung der Gesellschaft sei die durch soziale Revolutionen. Er hatte dabei wohl nicht die vorstaatliche Gesellschaft im Auge. Aber auch für die staatliche Gesellschaft gilt die Marx'sche Annahme nicht uneingeschränkt. Die Vorwärts- und Aufwärtsbewegung der Gesellschaft durch soziale Revolutionen ist vielmehr ein Vorgang, der auf die letzten Jahrhunderte beschränkt ist, auf die Zeit des Wirkens des industriellen Kapitals. Vorher entwickelten die einzelnen Staaten wohl oft hohe Zivilisationen, einen glänzenden Aufschwung von Kunst und Wissenschaft. Aber der Aufschwung der Technik galt fast ausschließlich der Deckung der Bedürfnisse der Ausbeuter, der Luxus- und Waffenproduktion. Die Produktion für die Bedürfnisse der Massen wurde davon nur wenig berührt. Und die gesamte Produktion wurde hauptsächlich betrieben durch Zwangsarbeiter, Sklaven und Leibeigene. Soweit es freie Arbeiter gab, wurde ihre Lage durch die Konkurrenz der unfreien herabgedrückt.

Alles das bewirkt, daß die vorkapitalistischen Staaten alle, trotz zeitweiser glänzender Aufschwünge, außerstande sind, die Elemente einer neuen, höheren Produktion zu entwickeln. Sie sind reich an Umsatzbewegungen, aber keine führt zu einer sozialen Reno-

lution, zur Bildung einer neuen, höheren Gesellschaft. Die vorkapitalistischen Staaten und Gesellschaften führen vielmehr alle bei zunehmender Ausbeutung der arbeitenden Massen nicht bloß zur Demoralisation der oberen, sondern auch zu wachsendem Verkommen der unteren Klassen. Die Staaten enden bestenfalls in Stagnation, wie z. B. der chinesische, zumeist aber in Entvölkerung und Verarmung, wie das alt-römische Reich am offenkundigsten beweist. Sie werden in diesem Stadium eine Beute benachbarter Barbaren, die auf ihren Trümmern den ganzen Entwicklungsgang des Staates von neuem beginnen, nur von einer etwas erhöhten Grundlage aus — eben dem Trümmerhaufen des vorhergehenden Staates.

Das und nicht die Fortentwicklung durch soziale Revolutionen ist die Form der Bewegung der Staaten und der Gesellschaft in ihnen vor dem Auftreten des industriellen Kapitals. Wie sich dieses dann im Schoße der feudalen Gesellschaft des Mittelalters bildet und eine neue Bewegungsform der Gesellschaft, nämlich durch soziale Revolutionen, herbeiführt, wie aber diese Bewegungsform selbst sehr verschiedene Phasen aufweist, die der bürgerlichen und der proletarischen Revolution, könnte hier nicht einmal kurz angebeutet werden, ohne den mir zur Verfügung stehenden Raum zu sprengen.

Bei den Ausführungen über dieses Stadium der Gesellschaft habe ich natürlich höchst aktuelle Fragen zu berühren. Hier kann ich mich auch am meisten in den Bahnen bewegen, die uns unsere Meister gewiesen. Doch auch hier muß ich sie manchmal durch das Mobilisieren, was uns die Erfahrungen des letzten Menschenalters gelehrt haben. Sie selbst hätten diese Erfahrungen natürlich ebenfalls beachtet und benützt, wenn sie ihnen zur Kenntnis gekommen wären. Sie gehörten nicht zu jenen Dogmatikern, die sich darauf versteifen, un-bequeme Tatsachen ihren Dogmen anzupassen. Stets waren die Tatsachen der Umwelt für sie entscheidend, sie verfolgten diese Tatsachen und waren ununterbrochen bemüht, ihre Gedanken den Tatsachen anzupassen. Wir können denn auch in ihren Theorien einen steten Entwicklungsgang konstatieren. Dieser ist leider bisher noch zu wenig untersucht und klargestellt worden. Die monumentale Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels, die Kja-sanov befragt, wird eine treffliche Grundlage für die Darstellung dieses Entwicklungsganges bieten und zeigen, wie irreführend die Methode mancher „Marxisten“ ist, sich auf jedes Wort zu berufen, das Marx und Engels einmal ausgesprochen, ohne zu beachten, wann und wo und unter welchen Umständen es geäußert wurde. Oder die gar das „Kommunistische Manifest“ höher stellen als das „Kapital“ und die „Inauguraladresse“, und die in Punkten, in denen sich beide widersprechen, dem Manifest den Vorzug geben.

Der Marxismus hat schon zu Lebzeiten seiner Väter durch sie selbst manche Wandlung durchgemacht. Aber er wurde dadurch nicht aufgegeben, sondern vertieft und befestigt. Ich wäre glücklich, wenn es mir gelungen sein sollte, durch mein Buch ihr Wirken fortzusetzen.

Den Schluß meines Werkes bildet das fünfte Buch, das von „Sinn der Geschichte“ handelt. Ich unterlasse dort, ob und wie weit wir aus der Geschichte für unser politisches und soziales Tun etwas lernen können, und inwieweit es möglich ist, aus der Vergangenheit Schlüsse auf die Zukunft zu ziehen. Im Zusammenhange damit betrachte ich die Rolle, die einzelne hervorragende Persönlichkeiten sowie die Masse in der Geschichte spielen. Und schließlich veruche ich einen Ausblick in die Zukunft des Menschengeschlechts zu geben, erörtere ich die Frage, ob der Sinn der Geschichte eine feste Bestimmung der Menschheit bedeutet oder nicht.

Ich hatte beabsichtigt, in diesem letzten der fünf Bücher die verschiedenen heute landläufigen Geschichtsauffassungen darzustellen und der materialistischen entgegenzustellen. Doch schreckte ich vor der Größe dieser Aufgabe zurück, als ich soweit gekommen war, sie in Angriff nehmen zu können, angeht das Umfanges, den meine Arbeit bereits erreicht hatte. Es hätte geheißen, den fast 2000 Druckseiten noch einige hundert mehr hinzuzufügen, den Abschluß des Werkes auf Jahre hinauszuschieben, vielleicht es mir unmöglich machen, diesen Abschluß zu erleben, so daß es ein Torso blieb. Und dabei wären kaum neue Erkenntnisse von Belang zu gewinnen gewesen. So verzichtete ich darauf. Ich nahm mir vor, das Unterlassene in einem eigenen Buche nachzuholen. Aber was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe, wenn man im 74. Lebensjahre steht!

Den hier skizzierten Gedankengang hätte ich natürlich in meinem Werk weniger breit darlegen können, als ich getan. Ich habe bisher bei meinen Arbeiten stets die Kürze geliebt, das Abheben von allen störenden Detailfragen im Interesse der Klarheit der Darstellung. Ich befehle mir stets vor, bei späteren Gelegenheiten nachzuholen, was über den Gegenstand noch zu sagen war. Aber diesmal hatte ich die Empfindung, daß ich zum letzten Male zu meinen Lesern in einem großen Zusammenhange spreche. Daß das, was ich jetzt nicht sage, von mir nie mehr gesagt werden wird. So bin ich weit aus-sprechlicher geworden, als meine hier gegebene Skizze erwarten läßt, vielleicht ausführlicher, als manchem Leser lieb ist. Und doch bedauere ich meine diesmalige Ausführlichkeit nicht.

Man hat die materialistische Geschichtsauffassung vielfach — nicht bloß die Feinde, sondern auch mancher Freund — zu simplistisch aufgefaßt, als eine einfache Formel, die mit dem Anspruch auftrat, daß ihr Besitz bereits die Lösung aller Rätsel der Menschheitsgeschichte gebe. Nun, mein Buch mag die mannigfaltigen Beanstandungen und Aussetzungen er-schließen, aber eines wird nach seiner Lektüre jeder zugeben: Die materialistische Geschichtsauffassung ist nichts weniger als eine einfache Schablone. Im Gegenteil, sie setzt für das Verständnis jeder einzelnen Geschichtsepöche weit umfangreichere und mannigfaltigere historische Forschungen voraus, als bei jeder andern Geschichtsauffassung der Fall ist.

Und das gilt nicht nur für den forschenden Historiker, sondern auch für den Politiker, der seine Praxis historisch begründen und befestigen will.

(Aus der „Arbeiterbildung“, Beilage zur „Bücherwarte“, Zeitschrift für sozialistische Buchkritik, herausgegeben vom Reichs-ausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Vierteljährlich (3 Hefte) 1,80 Mark; zu beziehen durch die Volksbuchhandlung.)





Die Wohnung nach der Ehescheidung

Zur Prüfung dieser Frage wird man zweckmäßig zwei Rechtskreise unterscheiden, und zwar einerseits das Verhältnis zwischen Vermieter und Mietepaar, andererseits das Rechtsverhältnis der Mietehatten untereinander.

Die während der Ehe eingetretene Wohnungsgemeinschaft der Eheleute ist heutzutage auch nach Scheidung der Ehe eine häufige Erscheinung und dürfte zum größten Teil auf den großen Wohnungsmangel zurückzuführen sein.

Erfüllt der geschiedene Ehemann aber seine Unterhaltspflicht nicht, so kann die Ehefrau nicht ohne weiteres aus der Wohnung gewiesen werden, da die Mittel zur Beschaffung einer Wohnung in der Unterhaltsrente liegen und § 278 BGB hier Anwendung findet.

16 Gefrierfleischwucherer getöpt

Der Reichernährungsminister Schiele hat, wie durch die Pressebureau berichtet wird, es doch nicht gewagt, das Verlangen des Enqueteausschusses auf Ausmerzung der Gefrierfleischwucherer zu übergehen.

Im weiteren wird berichtet:

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand Dienstag in einer Sitzung des Beirates für die Gefrierfleischversorgung das Gutachten des Enquete-Ausschusses für die Auswirkung des Gefrierfleischkontingents auf die Preisbildung des Gefrierfleisches in Groß- und Kleinhandel zur Erörterung.

Ein städtisches Schulbäder- Bauprogramm

Die Stadtverordneten haben im Dezember 1926 beschlossen, den Rat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb der nächsten fünf Jahre sämtliche Schulen mit Bädern versehen werden.

Die gesamten Kosten für den Einbau der Bäder betragen nach den Berechnungen des Städtischen Hochbauamtes und der maschinen- und heizungstechnischen Abteilung 1041770 Mark.

Was wir vom Heizen wissen müssen

Für die sicher wieder eintreffende Kälteperiode ist es besonders unseren Hausfrauen nützlich, sich über die wirtschaftliche Seite der Wohnungsbeheizung zu informieren.

Wie in der Technik im großen, so kommt es auch im Haushalt darauf an, jene technischen Verfahren zu wählen, die die wirtschaftlichsten sind, die bei geringstem Aufwand an Kosten und Arbeitszeit die größten Erfolge sichern.

Die Temperatur ist eine Eigenschaft jedes Dinges, mit unseren Sinnen wahrnehmbar, im Gegensatz zur Wärme, die mit unseren Sinnen nicht unmittelbar zu erkennen ist.

Fast alle Wärme, die wir nutzbar machen, erzeugen wir durch Verbrennung der Brennstoffe, die diese in latenter Form enthalten. Man unterscheidet feste, flüssige und gasförmige Brennstoffe.

Unter den Brennstoffen selbst wird den Kohlen (Stein- und Braunkohlen) untrüglich im Haushalt der Vorrang gegeben. Das Brikett, dessen handliches Format als besonders angenehm von jeder Hausfrau empfunden wird, zeichnet sich infolge seines hohen Sauerstoffgehaltes durch leichte Entzündbarkeit und damit bei verhältnismäßig geringem Luftbedarf durch fast rauchlose Verbrennung aus.

Beim Verbrennungsvorgang erfolgt zunächst eine Erödnung des Brennstoffes, da das anhaftende Wasser verdunstet. Der Hausfrau ist bekannt, daß sie von einem stark wasserhaltigen Feuerungsmaterial mehr auflegen muß.

Der Entgasung des Brennstoffes folgt seine Erhitzung auf Entzündungstemperatur, an die sich die Verbrennung der aus dem Kofst verbliebenen festen Brennstoffteile anschließt.

Bei jedem Ofen ist daher in erster Linie für gute Zugverhältnisse zu sorgen. Der Zug des Kamins entsteht dadurch, daß warme Luft stets nach oben strömt, d. h. die beim Heizen erhaltene Luft im Kamin zieht durch den Schornstein ab und saugt dabei durch die Kofspalten und die Brennstoffschicht neue Luft nach, wodurch die für die vollständige Verbrennung nötige Luftzufuhr gesichert wird.

Es ist somit verständlich, daß der Kofst diejenige Größe aufweisen muß, die ein Zuviel bzw. Zuwenig der erforderlichen Verbrennungsluft vermeidet. Bei Kochherden soll der Kofst in einer solchen Höhe angebracht sein, daß die Flamme die Kofspalte gerade bestreicht.

Die Deutschnationalen gehen schnoreren

Vor uns liegt ein von der Deutschnationalen Volkspartei, Kreisvereins, Merseburger, unterzeichneter Bittschreiben, der auch an Arbeiter verlesen worden ist. In dem Bittschreiben wird angefordert, daß demnächst ein Herr oder eine Dame mit einer Sammelliste wegen eines Beitrages zur Deutschnationalen Waisenspende vorgebracht werde.

Die Arbeiter, kleinen Geschäftseure und Beamten müssen ein bißes Brette vor dem Kopf haben, wenn sie ihren argeren Feinden, den Deutschnationalen, die die schlimmste Ausbeuterpolitik zugunsten des Großgrundbesitzes und der Kapitalistenklasse auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger treiben, auch nur einen Pfennig geben.

Gäste bei der „Arbeiterwohlfahrt“

Der Leipziger Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt hatte am Dienstagmorgen aus 40 Führergebieten des Ostens und Südostens je 10 Führergebiete nach dem Volkshaus geladen.

Jugendfreizeit

Am 18. Januar 1928 in den zeitigen Vormittagsstunden beobachtete ein auf Runde befindlicher Polizeibeamter zwei Jungen, als sie über den Zaun der Ladehalle in der GutsMuthsstraße in Leipzig-Lindenau kletterten.

haben. Sie sind geständig. Die gestohlenen Gegenstände wurden zum Teil herbeigeschafft und den Bestohlenen wieder ausgehändigt. In Verwahrung des Kriminalamtes befinden sich noch folgende Gegenstände, zu denen die Eigentümer bisher nicht ermittelt werden konnten:

Veranstaltungen der Ausstellung „Das junge Deutschland“ am 28. und 29. Januar. Tagung der Gewerkschafts- und Sozialbeamten Mitteldeutschlands, Vorträge, Sonderveranstaltung in der Bundeshalle des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig, Sonntag, den 29. Januar, 8.30 Uhr, Aufführung im Volkshaus, Zimmer 110a.

Leipziger Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig, Sonntag, den 29. Januar, 8.30 Uhr, Aufführung im Volkshaus, Zimmer 110a.

Leipziger Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig, Sonntag, den 29. Januar, 8.30 Uhr, Aufführung im Volkshaus, Zimmer 110a.

Leipziger Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig, Sonntag, den 29. Januar, 8.30 Uhr, Aufführung im Volkshaus, Zimmer 110a.

Leipziger Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig, Sonntag, den 29. Januar, 8.30 Uhr, Aufführung im Volkshaus, Zimmer 110a.

## Wo ruft die Pflicht?

Rednervereinigung.

Morgen Freitag, 20 Uhr, spricht im Volkshaus, Zimmer 8, Genosse Landgerichtsdirektor Alfred Ren über Justizreform. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung.

Funktionäre.

Entricht. Morgen Freitag, von 18 Uhr an, in der Bibliothek, Wilhelmstrasse, Flugblattverbreitung.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Weipzig. Bestellkarten für Februar umgehend einsenden. Kalender abrechnen! Mitteilungsblätter wurden gestern den Kassierern zugestellt. Führer- und Eisenbahnansweise können abgeholt werden. Gleichfalls sind die Theaterkarten für „Der gepackte Mensch“ abzurechnen. Arbeiter-Jugend 1927 kann einbezogen werden; Hilfe im Sekretariat abliefern.

Jungsozialisten.

Zentrum. Freitag, den 27. Januar, 19.30 Uhr, im Töpferheim, Vorlesung der Arbeitsgemeinschaft. Genosse Hilbig referiert. Lindenau. Heute Donnerstag, 20 Uhr, in Stadt Altenburg.

Jugendweibkinder und Kinderfreunde.

Sonntag, den 5. Februar, vormittags, läuft im Apollo-Theater, Sanktlicher Platz, der Film: Kinderfreunde im Zeltinger Seealp bei Riel. Eintritt 20 Pfg., Erwachsene 30 Pfg. Nähere Zeiten für die einzelnen Schulen werden noch bekanntgegeben.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Musikgruppe der Helfer. Morgen Freitag, 17.30 Uhr, in der Leipziger Volkszeitung, Paktraum, zur Probe des Films erscheinen. Groß-Weipzig. Alle Helfer, die sich am Sprechchor „Seid gewieht“ beteiligen wollen, müssen am Freitag zur 1. Probe erscheinen. 1. Volkshaus, Postplatzstraße, Turnhalle.

1927.

Funktionärsschule. Kurjus Wintler fällt morgen aus.

Mitglieder-Voranstaltungen

Engelsdorf. Sonnabend, den 28. Januar, 20 Uhr, im „Guten Tropfen“, Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Berichte, Neuwahlen, Gemeindeangelegenheiten.

Der Kraftwagen im Schaufenster. Am 11. Januar, in der dritten Stunde, ist ein unbekannter Kraftwagen in ein Grundstück Dufaurstraße 33 befindliches Schaufenster gefahren. Der Wagen war ein großer Sechsstufiger mit dunklem Anstrich und nur mit dem Führer besetzt. Letzterer trug Hut und Mantel. Das Kennzeichen des Kraftwagens war nicht zu erkennen. Nach den vorhandenen Spuren muß der Wagen aus östlicher Richtung gekommen sein. Wer sachdienliche Angaben machen kann, die zur Feststellung des Eigentümers bzw. Führers führen können, wird gebeten, sie der Verkehrsabteilung beim Polizeipräsidium mitzuteilen.

Schwindelhafte Hausierer mit Gasapparaten. In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Hausierer beim Angebot von Gasapparaten (Einbaurennern) sich den Anschein gegeben haben, als ob sie von den städtischen Gaswerken geschickt wären. Der Stadtrat weist daher nochmals ausdrücklich darauf hin, daß diese Hausierer und die hinter ihnen stehenden Vertriebsstellen mit den städtischen Gaswerken nicht das geringste zu tun haben. Der Inhaber eines derartigen Geschäfts ist kürzlich auf Grund solchen Sachverhalts wegen unlauteren Wettbewerbs vom Amtsgericht Leipzig mit einer Geldstrafe von 100 Mark (hilfsweise 10 Tage Gefängnis) bestraft worden. Sollten sich Umsatzer unserer Werke durch derartige Hausierer geschädigt fühlen, bitten wir sie, sich mit der Abteilung Aufwendbetrieb der Städtischen Gaswerke (Friedr. 801, Fernsprecher 71811) in Verbindung zu setzen.

Bekämpfung der Bismarckratte. Wie der Rat der Stadt der Presse mitteilt, sind nach § 2 in Verbindung mit § 4 des Gesetzes vom 30. Juli 1923 über die Bekämpfung der Bismarckratte Eigentümer, Ruhepächter, Mieter und Pächter von Grundstücken und stehenden Gewässern, Jagd- und Fischereiberechtigte sowie die gesetzlichen und bestellten Vertreter dieser Personen verpflichtet, die Bismarckratte wirksam zu bekämpfen und ihr Auftreten dem Wasseramt, Neues Rathaus, Zimmer 447, binnen drei Tagen mitzuteilen. Im Jahre 1928 wird in Abänderung der amtlichen Bekanntmachung vom 19. Juli 1926 für jedes erlegte Tier eine Prämie von zwei Mark gegen Ablieferung des blutigen Schwanzes gezahlt.

Briefzustellung in Leipzig-Baunsdorf. Vom 1. Februar ab werden im Zustellbereich des Postamts Leipzig-Baunsdorf werktäglich 3 Briefzustellgänge ausgeführt. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird das Ostfeldviertel (Ostfeldstraße mit angrenzenden Friedhof, Weidlichstraße Nr. 2 und Grundstück Burzner Straße Rat.-Nr. 492) vom Zustellbezirk des Postamts O 28 abgegrenzt und demjenigen des Postamts in Leipzig-Baunsdorf angegliedert.



## Der angeblasene Gott

Es war in der gruseligsten Minute der Neujahrsnacht, so kurz vor 12 Uhr. Ich stand auf den Ruinen der Burg, die vor 1000 Jahren von dem damals in der Leipziger Südgegend allmächtigen Burggrafen Wiprecht so passend zwischen zwei netten Kleinstädte gepflanzt wurde, und ich wollte meine Gedanken in die Vergangenheit schweifen lassen. Wollte daran denken, daß vor 1000 Jahren die Einwohner dieser Gegend bestimmt zufriedener gelebt haben müssen. Heute sind sie Lohnsklaven in Braunkohlengruben, in Schusterreien oder Böttchereien, selbst wenn sie als kleine Krauter selbständig sein sollten. Damals aber genoss jeder noch ungeschmälert den Lohn seiner Arbeit. Ueber diese Dinge wollte ich nachdenken, aber ich kam nicht dazu. Denn mit dem Schläger der Mitternachtsglocke setzte vom Rathaus der nächsten Kleinstadt ein feierlicher Lärm ein, eine Art des gedanktlosen Silvesterkrachs der Städte. Nun danket alle Gott! So bliesen kräftig und mühselnd starke Männer aus gelbem Blech heraus. Mich selbst nahm ich von diesem „alle“ mit aus, denn ich fühlte mich nicht veranlaßt, auch nur einem der Götter dafür zu danken, daß sie mir im vergangenen Jahre die Schwindsucht beschert haben. Aber auch von den Einwohnern des Städtchens fand ich es unangebracht, irgendwem unbekanntem Gotte so öffentlich und im Namen der Allgemeinheit zu danken. Wenn es also einen Gott geben sollte, dann hätten doch höchstens die paar Fabrikanten Grund, ihm zu danken. Aber die sind geschäftig genug, gar nicht an ihn zu glauben. Wenigstens geht das aus ihrem Handeln deutlich hervor. Und die kleinen Schustermeister? Danken sie dafür, daß sie in diesem Jahre noch nicht von der Großindustrie aufgeschluckt und zu Proletariern gemacht wurden? Vielleicht sind sie in diesem Jahre an der Reihe oder im nächsten. Und die Arbeiter? Bedanken sie sich für Arbeitslosigkeit und tägliche Not und für die stete Möglichkeit, an ihren ewigen Sorgen zugrunde zu gehen? Dann handelten sie ja gegen alle Vernunft.

Ich bin dem Widersprache, daß alle Menschen des Städtchens angeblich irgendwem Gott dankten, obwohl die meisten keinen Grund dazu haben, nachgegangen. Und habe festgestellt, daß die meisten Einwohner doch vernünftiger sind, als der illosterliche Gottesdank vermuten ließ. Sie protestierten dagegen, daß ich sie für so dumm hielt, einem Gotte zu danken, der ihnen nichts Gutes gebracht hat. Ja, sie glaubten nicht einmal an ihn. Wer aber hat gegen ihren Willen den Blechdank an den Gott geblasen? Der Schützenverein des Städtchens! Der hat ein Mandat ausgeübt, ohne dazu beauftragt zu sein. Vielleicht ist der angeblasene Gott so unabhängig gewesen, den unrechtmäßigen Dank gar nicht anzunehmen, und der Blechdank tritt nun noch im Weltall umher. Die Schützenbrüder aber sind weniger feinfühlig. Der Rat des Städtchens hat auf alleseitigen Protest hin nämlich erklärt, daß er künftig nicht mehr respektlos Lieber im Namen einer nichtreligiösen Mehrheit blasen lassen, sondern von sich aus ein „Programm“ festsetzen werde. Und diese amtliche Deklaration ihres ungehörlichen Silvesterkraches benutzten nun die Schützenbrüder, um von der Stadt künftig Bezahlung für ihre blecherne Störung zu verlangen. Bezahlung dafür, daß sie erstens ein amtliches Gebäude zur Verherrlichung ihres privaten Schützengottes benutzen, statt diese Sache im Schützenhause abzumachen, zweitens dafür, daß sie läugerlich behaupten, daß alle Einwohner der Stadt Gott zu danken hätten. Jedenfalls verlangen sie Bezahlung für ihren Gottesdank.

Der Geist des Burggrafen soll vorhaben, demnach dem Bürgermeister und den Stadtverordneten zu erscheinen und ihnen klarzumachen, daß es für seine Elster-Residenz nicht vorteilhaft sei, wenn sie in den Ruf der Schildbürgererei kommen. Er sei ein moderner Geist, habe die Blasererei satt, pfeife auf die Blase der Schützenbrüder und wünsche, daß sie in der Neujahrsnacht ihren Dentapparat in Bewegung setzen; daß sich gelbes Blech an den Mund zu hängen und es blasend zu verbreiten. Prolus.

Von Pausa. Hauptversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Wegen Verhinderung durch Krankheit erstattete Kamerad Beiser den Jahresbericht für 1927 des Vorstandes der Ortsgruppe. Danach haben elf Mitglieder-Versammlungen neben einer Hauptversammlung und diversen Ausschickungen stattgefunden. Die Zahl der Mitglieder liegt im Laufe des Jahres von 70 auf 105. Die Gründung der Reisesparkasse fand bei den Kameraden guten Anklang. Nach anhin hin wurde durch das hier abgehaltene Treffen der Einwohnerschaft gezeigt, daß das Reichsbanner ein nicht zu unterschätzender Faktor im Kampfe um den Bestand der Republik ist. Bei den Neuwahlen wurden Kamerad Schlegel als Vorsitzender und Kamerad Rose als dessen Stellvertreter, Kamerad Rippel als Kassierer gewählt. Als technischer Leiter fungiert Kamerad Beiser.

fert. Auch der Rassenbericht zeigt ein erfreuliches Bild. In den letzten beiden Quartalen wurden alle Reste an Beiträgen eingezogen. Schließlich wurde noch am Schlusse der Versammlung darauf hingewiesen, daß am 1. Februar im Gasthof zu den drei Rosen ein Kameradschaftsabend stattfindet, dessen Besuch allen Republikanern empfohlen werden kann.

Groißh. Die Kreisbauernschaft Leipzig hat angeordnet, die Sperre des Verbindungsweges Groißh-Audigast über Schnaudertrebnitz für den Kraftwagenverkehr wegen vorzunehmender Instandsetzung der Mählgrabenbrücke in Groißh aufrechtzuerhalten.

Brandis. Abgefundene Kriegsbeschädigte, abgelehnte Kriegerelementrentner, Knappschafftsinvaliden, Unfall- und Sozialrentner haben die Gelegenheit, am Freitag, 18 bis 20 Uhr, in einer öffentlichen Rechtsprechstunde im Kaiserlicher kostenlos Auskunft zu erhalten.

Pegau. Stadtverordnetenversammlung. Der Bürgermeister gab einen eingehenden und sehr interessanten Jahresbericht. Daraus hervorzuheben wäre, daß 104 Geburten nicht weniger als 93 Sterbefälle gegenüberstehen. Die Einwohnerzahl Pegaus betrug am Jahreschlusse 6121. Im Laufe des Jahres 1927 wurden 81 Ausritte aus der Kirche vollzogen, denen nur 17 Eintritte gegenüberstehen. Die Sparkasse verfügt über einen Einlagebestand von 1,4 Millionen, während die Girokasse einen Jahresumsatz von 38 Millionen zählt. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 31. Dezember 1927. Dazu kommen 88 Krisenempfänger. Im Vordergrund steht die Lösung der Wohnungsnot. Die vom Bürgermeister angegebenen amtlichen Zahlen sahen natürlich anders aus als die vom Stadtverordneten Zimmermann genannten, der da meinte, in Wirklichkeit haben wir nur rund 60 Wohnungslöcher. Zu dem Bericht sprach der kommunistische Volksgänger, der die Wohnungs- und Fürsorgepolitik einer Kritik unterzog. Genosse Kollin ging auf die im Vorjahre erfolgten Straßenbauten ein, dafür sind 54.000 Mk. aufgewendet worden. Vom Staat hat die Stadt nur den minimalen Zuschuß von 3000 Mk. erhalten! Die Befestigung der einzigen Zufahrtsstraße von Osten (Leipziger Vorstadt) ist durch Fernverkehr so stark, daß die Straße trotz des erst vor kurzem erfolgten Einbaues schon wieder erhebliche Schäden zeigt. In der weiteren Aussprache beteiligten sich Stadtverordnetenvorsteher Waldappel und Genosse Dettler.

Da der Rat mit Mehrheit die vom Bürgermeister eingebrachten Steuervorlagen angenommen hat, das Stadtverordnetenkollegium die Steuervorlagen aber ablehnt, fand eine Klärung der Stadtverordnetenbeschlüsse nach § 88 der Gemeindeordnung statt. Sämtliche Fraktionen blieben auf ihrem ablehnenden Standpunkt bestehen, so daß nunmehr die Gemeindevorstandung das Wort hat. — Dem Einbürgerungsgesuch des Herrn Joseph Eckert wurde einstimmig zugestimmt. — Die Erwerbslosen hatten einen Antrag einbringen lassen, wonach ihnen während der kalten Jahreszeit unentgeltlich Feuerungsmaterial geliefert werden sollte. Der Rat hatte die Kosten auf rund 800 Mk. geschätzt, und das Stadtverordnetenkollegium erludt, positive Vorschläge zu machen. Stadtverordnete Volksgänger stellten den Antrag, die Belieferung auch auf die ledigen Erwerbslosen auszuweiten. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag der Erwerbslosen durch die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft abgelehnt. Durch ihren ablehnenden Standpunkt haben die bürgerlichen Vertreter gezeigt, daß sie sehr wenig soziales Verständnis haben. In Wirklichkeit liegt doch die Sache so, daß die Erwerbslosen arbeiten wollen. Sie würden sehr gern auf die Arbeitslosenunterstützung verzichten und sich und ihre Angehörigen durch ihrer Hände Arbeit ernähren. Sie sind aber durch diese herrliche Wirtschaftsordnung gegen ihren Willen an der Arbeit verhindert. In den Wintermonaten muß von der fargen Unterstützung viel Geld für Heizung ausgegeben werden, so daß zur Ernährung und zur Befreiung der Miete nur wenig übrigbleibt. Bezeichnend ist es, daß der Vorsteher nicht einmal über den Ratsbeschluss abstimmen ließ und damit zum Ausdruck brachte, daß die bürgerliche Fraktion für die Erwerbslosen überhaupt nichts übrig hat.

Die Vorrichtung verschiedener Büroraume fordert der Rat 1000 Mk. Stadtverordnete Volksgänger sprachen sich gegen die Bewilligung aus, da man ja kein Geld für die Unterhaltung der Erwerbslosen habe. Stadtverordnete Schmidt als Mitglied des Bauausschusses wies auf die Notwendigkeit der Vorrichtung der Räume hin. Genosse Kollin sprach im Namen der Fraktion für Bewilligung der Mittel. In seinen sachlichen und treffenden Ausführungen sagte er der bürgerlichen Fraktion, daß sie den Bürgermeister, den sie gewählt habe, zu unterstützen habe, wenn er versuche, die Finanzen der Stadt in Ordnung zu bringen. Die Ausführungen unseres Genossen brachte sofort den Stadtverordneten Schmidt auf die Beine, der erwiderte, daß die Leipziger Volkszeitung wieder einen schönen Bericht gebracht haben würde, wenn die bürgerlichen Vertreter für die Steuern gestimmt hätten. Nachdem noch Stadtverordnete Oldenburg (Bürgerl.) erklärte, daß seine Fraktion wie die der Kommunisten, wenn auch aus anderen Gründen, gegen die Bewilligung sei, wurde der Ratsbeschluss gegen die Stimmen der SPD abgelehnt. — Die Gewährung einer Umzugsentschädigung an Frau verw. Hofffeld verfiel gleichfalls der Ablehnung.

Wir bieten preiswert an:

# Gefrier-Hammelfleisch

Bauch, Schulter, Rücken..... Pfund 0.85 || Keule ..... Pfund 0.95

## Frisches Rind-, Kalb- und Schweinefleisch

aus eigenen Schlachtungen in nur guter Qualität

Schinkenspeck ..... Pfd. 1.40  
Speck ..... Pfd. 1.20  
Schwarzfleisch ..... Pfd. 1.48

Nur gute feste Qualitäten aus eigenen Schlachtungen.

Wurstfett sehr billig ..... Pfd. 0.60  
Weisfett garantiert rein ..... Pfd. 1.20  
Bratenfett vom Zukullusbraten ..... Pfd. 1.32

Land-Leber-, Land-Blutwurst ..... Pfund 0.80

# Konsum-Berein Leipzig-Blagwitz

und Umgegend e. G. m. b. H.

Die Benutzung unserer Einrichtungen ist Nichtmitgliedern untersagt — Aufnahme in allen Vertellungsstellen

**Höbertsche Körperkultur**

Der französische Sportlehrer G. Hébert teilt mit, daß seine „natürliche Methode“ von den russischen Erziehungsbehörden als Grundlage der körperlichen Erziehung in den russischen Schulen angenommen worden ist. Die Methode Hébert hat zum Ziel: die natürliche körperliche Entwicklung und die Aneignung von nützlichen Fähigkeiten für den Tagelohn. Die Übungen sind auf die Ausbildung des gesamten Körpers und nicht einzelner Muskelgruppen gerichtet.

Der französische Sportlehrer G. Hébert, schon vor dem Kriege ein aktiver Sportmann und Gründer einer besonderen Sportschule, hat nach dem Kriege mit seiner neuen Methode der körperlichen Erziehung in Frankreich und der gesamten europäischen Sportwelt Aufsehen erregt, er wurde viel kommentiert und noch mehr nachgeahmt. Seine Auffassung über den Begriff der körperlichen Erziehung liegt in einer Unterredung mit einem französischen Sportjournalisten dar.

„Für mich, sagte Hébert, ist die körperliche Erziehung eine methodische Handlung, die vom Kindesalter bis zum reifen Alter hinaufführt. Sie hat zum Ziel, die körperliche Entwicklung zu fördern, die Widerstandsfähigkeit der Organe zu stärken, und damit die Fähigkeiten heranzubilden, die notwendig sind für alle Arten der natürlichen und zweckmäßigen Leibesübungen, wie Laufen, Springen, Klettern, Werfen und Schwimmen. Außerdem soll durch die körperliche Erziehung die Energie und alle sonstigen damit verbundenen moralischen Eigenschaften des Menschen entwickelt werden. Endlich aber muß diese körperliche Erziehung einer höheren moralischen Idee unterstellt werden: der Idee der Nächstenliebe, der Hilfsbereitschaft, im Gegensatz zum Egoismus.“

Hébert, passiert es, daß er mit seiner Auffassung als Gegner des Sports hingestellt wird. Da kann er aber darauf hinweisen, daß er in seiner „natürlichen Methode“ den größten Teil der beim eigentlichen Sport betriebenen Leibesübungen pflegt. Er schätzt durchaus den Sport; denn körperliche Erziehung ist ohne ihn undenkbar. Hébert ist wohl für die Austragung von Konkurrenzen, aber fordert und mahnt und hat eine besondere Methode herausgefunden, durch Umstellung der Leibesübungen auf Spielbetrieb im Augenblick, wo eine Ermüdung einzutreten beginnt, den letzten Punkt zu überwinden und so den aufmunternden Charakter der Konkurrenzen auf solche Weise wirken zu lassen. Er hat weiter einen sogenannten Durchschnittstyp geschaffen, einen Standard, dem nachzukommen sich die Sportler erheben sollten, und der zugleich als Grundlage dient für ein weiteres Training bis ins hohe Alter hinauf. „Denn“, so sagt Hébert, die sportlichen Konkurrenzen an sich sind ja nur Strohhalm für die Ehre der Kanonen, die von der Natur besonders begünstigt sind.

**Die Turnspielbewegung in Lettland**

Auch in Lettland werden Turnspiele gepflegt. So wird besonders in den Städten von 14 Mannschaften Korball gespielt. Vollenball spielen 8 Mannschaften, Tennis ist besonders in Riga bevorzugt, wo der Arbeiter-Sportverein drei Tennisplätze besitzt. Tisch-Tennis verbreitet sich in der letzten Zeit in den ländlichen Gebieten ziemlich stark. Handball wurde bis jetzt von 4 Mannschaften gespielt. Kurse für Handball werden abgehalten beim Schuhfabrik und bei den „Jungen Pionieren“, so daß ein Aufschwung in nächster Zeit sicher zu erwarten ist. 8 Mannschaften spielen auch Eishockey. Die Korballmeisterschaft für 1927 sicherte sich Riga-Zentrum im Entscheidungsspiel gegen Libau mit 57:6. Tennismeister ist Genasle Udris aus Riga.

Für den 27. und 28. Januar sind Korballspiele mit den Russen in Riga geplant. Die Zurückspiele sind kommenden Sommer in Moskau. In den einzelnen Vereinen werden Vereinspräsidenten gewählt. Im Bundesverband des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes Lettlands ist bereits ein Turnspielleiter vertreten, dem ein Internatsschüler zur Seite steht.

**Turnspiele.**

- Handball am 25. Januar 1928.**
- 1. Klasse: 8.15 Uhr: Rindenu-Bundesklub (275); 12.30 Uhr: Nordost-Bund 1911-Bundesklub (276); 14.15 Uhr: Südost-Bund (277); 15.15 Uhr: Ost-Bund (278); 16.15 Uhr: West-Bund (279); 17.15 Uhr: Mittel-Bund (280); 18.15 Uhr: Süd-Bund (281); 19.15 Uhr: Nord-Bund (282); 20.15 Uhr: Ost-Bund (283); 21.15 Uhr: West-Bund (284); 22.15 Uhr: Mittel-Bund (285); 23.15 Uhr: Süd-Bund (286); 24.15 Uhr: Nord-Bund (287); 25.15 Uhr: Ost-Bund (288); 26.15 Uhr: West-Bund (289); 27.15 Uhr: Mittel-Bund (290); 28.15 Uhr: Süd-Bund (291); 29.15 Uhr: Nord-Bund (292); 30.15 Uhr: Ost-Bund (293); 31.15 Uhr: West-Bund (294); 32.15 Uhr: Mittel-Bund (295); 33.15 Uhr: Süd-Bund (296); 34.15 Uhr: Nord-Bund (297); 35.15 Uhr: Ost-Bund (298); 36.15 Uhr: West-Bund (299); 37.15 Uhr: Mittel-Bund (300); 38.15 Uhr: Süd-Bund (301); 39.15 Uhr: Nord-Bund (302); 40.15 Uhr: Ost-Bund (303); 41.15 Uhr: West-Bund (304); 42.15 Uhr: Mittel-Bund (305); 43.15 Uhr: Süd-Bund (306); 44.15 Uhr: Nord-Bund (307); 45.15 Uhr: Ost-Bund (308); 46.15 Uhr: West-Bund (309); 47.15 Uhr: Mittel-Bund (310); 48.15 Uhr: Süd-Bund (311); 49.15 Uhr: Nord-Bund (312); 50.15 Uhr: Ost-Bund (313); 51.15 Uhr: West-Bund (314); 52.15 Uhr: Mittel-Bund (315); 53.15 Uhr: Süd-Bund (316); 54.15 Uhr: Nord-Bund (317); 55.15 Uhr: Ost-Bund (318); 56.15 Uhr: West-Bund (319); 57.15 Uhr: Mittel-Bund (320); 58.15 Uhr: Süd-Bund (321); 59.15 Uhr: Nord-Bund (322); 60.15 Uhr: Ost-Bund (323); 61.15 Uhr: West-Bund (324); 62.15 Uhr: Mittel-Bund (325); 63.15 Uhr: Süd-Bund (326); 64.15 Uhr: Nord-Bund (327); 65.15 Uhr: Ost-Bund (328); 66.15 Uhr: West-Bund (329); 67.15 Uhr: Mittel-Bund (330); 68.15 Uhr: Süd-Bund (331); 69.15 Uhr: Nord-Bund (332); 70.15 Uhr: Ost-Bund (333); 71.15 Uhr: West-Bund (334); 72.15 Uhr: Mittel-Bund (335); 73.15 Uhr: Süd-Bund (336); 74.15 Uhr: Nord-Bund (337); 75.15 Uhr: Ost-Bund (338); 76.15 Uhr: West-Bund (339); 77.15 Uhr: Mittel-Bund (340); 78.15 Uhr: Süd-Bund (341); 79.15 Uhr: Nord-Bund (342); 80.15 Uhr: Ost-Bund (343); 81.15 Uhr: West-Bund (344); 82.15 Uhr: Mittel-Bund (345); 83.15 Uhr: Süd-Bund (346); 84.15 Uhr: Nord-Bund (347); 85.15 Uhr: Ost-Bund (348); 86.15 Uhr: West-Bund (349); 87.15 Uhr: Mittel-Bund (350); 88.15 Uhr: Süd-Bund (351); 89.15 Uhr: Nord-Bund (352); 90.15 Uhr: Ost-Bund (353); 91.15 Uhr: West-Bund (354); 92.15 Uhr: Mittel-Bund (355); 93.15 Uhr: Süd-Bund (356); 94.15 Uhr: Nord-Bund (357); 95.15 Uhr: Ost-Bund (358); 96.15 Uhr: West-Bund (359); 97.15 Uhr: Mittel-Bund (360); 98.15 Uhr: Süd-Bund (361); 99.15 Uhr: Nord-Bund (362); 100.15 Uhr: Ost-Bund (363); 101.15 Uhr: West-Bund (364); 102.15 Uhr: Mittel-Bund (365); 103.15 Uhr: Süd-Bund (366); 104.15 Uhr: Nord-Bund (367); 105.15 Uhr: Ost-Bund (368); 106.15 Uhr: West-Bund (369); 107.15 Uhr: Mittel-Bund (370); 108.15 Uhr: Süd-Bund (371); 109.15 Uhr: Nord-Bund (372); 110.15 Uhr: Ost-Bund (373); 111.15 Uhr: West-Bund (374); 112.15 Uhr: Mittel-Bund (375); 113.15 Uhr: Süd-Bund (376); 114.15 Uhr: Nord-Bund (377); 115.15 Uhr: Ost-Bund (378); 116.15 Uhr: West-Bund (379); 117.15 Uhr: Mittel-Bund (380); 118.15 Uhr: Süd-Bund (381); 119.15 Uhr: Nord-Bund (382); 120.15 Uhr: Ost-Bund (383); 121.15 Uhr: West-Bund (384); 122.15 Uhr: Mittel-Bund (385); 123.15 Uhr: Süd-Bund (386); 124.15 Uhr: Nord-Bund (387); 125.15 Uhr: Ost-Bund (388); 126.15 Uhr: West-Bund (389); 127.15 Uhr: Mittel-Bund (390); 128.15 Uhr: Süd-Bund (391); 129.15 Uhr: Nord-Bund (392); 130.15 Uhr: Ost-Bund (393); 131.15 Uhr: West-Bund (394); 132.15 Uhr: Mittel-Bund (395); 133.15 Uhr: Süd-Bund (396); 134.15 Uhr: Nord-Bund (397); 135.15 Uhr: Ost-Bund (398); 136.15 Uhr: West-Bund (399); 137.15 Uhr: Mittel-Bund (400); 138.15 Uhr: Süd-Bund (401); 139.15 Uhr: Nord-Bund (402); 140.15 Uhr: Ost-Bund (403); 141.15 Uhr: West-Bund (404); 142.15 Uhr: Mittel-Bund (405); 143.15 Uhr: Süd-Bund (406); 144.15 Uhr: Nord-Bund (407); 145.15 Uhr: Ost-Bund (408); 146.15 Uhr: West-Bund (409); 147.15 Uhr: Mittel-Bund (410); 148.15 Uhr: Süd-Bund (411); 149.15 Uhr: Nord-Bund (412); 150.15 Uhr: Ost-Bund (413); 151.15 Uhr: West-Bund (414); 152.15 Uhr: Mittel-Bund (415); 153.15 Uhr: Süd-Bund (416); 154.15 Uhr: Nord-Bund (417); 155.15 Uhr: Ost-Bund (418); 156.15 Uhr: West-Bund (419); 157.15 Uhr: Mittel-Bund (420); 158.15 Uhr: Süd-Bund (421); 159.15 Uhr: Nord-Bund (422); 160.15 Uhr: Ost-Bund (423); 161.15 Uhr: West-Bund (424); 162.15 Uhr: Mittel-Bund (425); 163.15 Uhr: Süd-Bund (426); 164.15 Uhr: Nord-Bund (427); 165.15 Uhr: Ost-Bund (428); 166.15 Uhr: West-Bund (429); 167.15 Uhr: Mittel-Bund (430); 168.15 Uhr: Süd-Bund (431); 169.15 Uhr: Nord-Bund (432); 170.15 Uhr: Ost-Bund (433); 171.15 Uhr: West-Bund (434); 172.15 Uhr: Mittel-Bund (435); 173.15 Uhr: Süd-Bund (436); 174.15 Uhr: Nord-Bund (437); 175.15 Uhr: Ost-Bund (438); 176.15 Uhr: West-Bund (439); 177.15 Uhr: Mittel-Bund (440); 178.15 Uhr: Süd-Bund (441); 179.15 Uhr: Nord-Bund (442); 180.15 Uhr: Ost-Bund (443); 181.15 Uhr: West-Bund (444); 182.15 Uhr: Mittel-Bund (445); 183.15 Uhr: Süd-Bund (446); 184.15 Uhr: Nord-Bund (447); 185.15 Uhr: Ost-Bund (448); 186.15 Uhr: West-Bund (449); 187.15 Uhr: Mittel-Bund (450); 188.15 Uhr: Süd-Bund (451); 189.15 Uhr: Nord-Bund (452); 190.15 Uhr: Ost-Bund (453); 191.15 Uhr: West-Bund (454); 192.15 Uhr: Mittel-Bund (455); 193.15 Uhr: Süd-Bund (456); 194.15 Uhr: Nord-Bund (457); 195.15 Uhr: Ost-Bund (458); 196.15 Uhr: West-Bund (459); 197.15 Uhr: Mittel-Bund (460); 198.15 Uhr: Süd-Bund (461); 199.15 Uhr: Nord-Bund (462); 200.15 Uhr: Ost-Bund (463); 201.15 Uhr: West-Bund (464); 202.15 Uhr: Mittel-Bund (465); 203.15 Uhr: Süd-Bund (466); 204.15 Uhr: Nord-Bund (467); 205.15 Uhr: Ost-Bund (468); 206.15 Uhr: West-Bund (469); 207.15 Uhr: Mittel-Bund (470); 208.15 Uhr: Süd-Bund (471); 209.15 Uhr: Nord-Bund (472); 210.15 Uhr: Ost-Bund (473); 211.15 Uhr: West-Bund (474); 212.15 Uhr: Mittel-Bund (475); 213.15 Uhr: Süd-Bund (476); 214.15 Uhr: Nord-Bund (477); 215.15 Uhr: Ost-Bund (478); 216.15 Uhr: West-Bund (479); 217.15 Uhr: Mittel-Bund (480); 218.15 Uhr: Süd-Bund (481); 219.15 Uhr: Nord-Bund (482); 220.15 Uhr: Ost-Bund (483); 221.15 Uhr: West-Bund (484); 222.15 Uhr: Mittel-Bund (485); 223.15 Uhr: Süd-Bund (486); 224.15 Uhr: Nord-Bund (487); 225.15 Uhr: Ost-Bund (488); 226.15 Uhr: West-Bund (489); 227.15 Uhr: Mittel-Bund (490); 228.15 Uhr: Süd-Bund (491); 229.15 Uhr: Nord-Bund (492); 230.15 Uhr: Ost-Bund (493); 231.15 Uhr: West-Bund (494); 232.15 Uhr: Mittel-Bund (495); 233.15 Uhr: Süd-Bund (496); 234.15 Uhr: Nord-Bund (497); 235.15 Uhr: Ost-Bund (498); 236.15 Uhr: West-Bund (499); 237.15 Uhr: Mittel-Bund (500); 238.15 Uhr: Süd-Bund (501); 239.15 Uhr: Nord-Bund (502); 240.15 Uhr: Ost-Bund (503); 241.15 Uhr: West-Bund (504); 242.15 Uhr: Mittel-Bund (505); 243.15 Uhr: Süd-Bund (506); 244.15 Uhr: Nord-Bund (507); 245.15 Uhr: Ost-Bund (508); 246.15 Uhr: West-Bund (509); 247.15 Uhr: Mittel-Bund (510); 248.15 Uhr: Süd-Bund (511); 249.15 Uhr: Nord-Bund (512); 250.15 Uhr: Ost-Bund (513); 251.15 Uhr: West-Bund (514); 252.15 Uhr: Mittel-Bund (515); 253.15 Uhr: Süd-Bund (516); 254.15 Uhr: Nord-Bund (517); 255.15 Uhr: Ost-Bund (518); 256.15 Uhr: West-Bund (519); 257.15 Uhr: Mittel-Bund (520); 258.15 Uhr: Süd-Bund (521); 259.15 Uhr: Nord-Bund (522); 260.15 Uhr: Ost-Bund (523); 261.15 Uhr: West-Bund (524); 262.15 Uhr: Mittel-Bund (525); 263.15 Uhr: Süd-Bund (526); 264.15 Uhr: Nord-Bund (527); 265.15 Uhr: Ost-Bund (528); 266.15 Uhr: West-Bund (529); 267.15 Uhr: Mittel-Bund (530); 268.15 Uhr: Süd-Bund (531); 269.15 Uhr: Nord-Bund (532); 270.15 Uhr: Ost-Bund (533); 271.15 Uhr: West-Bund (534); 272.15 Uhr: Mittel-Bund (535); 273.15 Uhr: Süd-Bund (536); 274.15 Uhr: Nord-Bund (537); 275.15 Uhr: Ost-Bund (538); 276.15 Uhr: West-Bund (539); 277.15 Uhr: Mittel-Bund (540); 278.15 Uhr: Süd-Bund (541); 279.15 Uhr: Nord-Bund (542); 280.15 Uhr: Ost-Bund (543); 281.15 Uhr: West-Bund (544); 282.15 Uhr: Mittel-Bund (545); 283.15 Uhr: Süd-Bund (546); 284.15 Uhr: Nord-Bund (547); 285.15 Uhr: Ost-Bund (548); 286.15 Uhr: West-Bund (549); 287.15 Uhr: Mittel-Bund (550); 288.15 Uhr: Süd-Bund (551); 289.15 Uhr: Nord-Bund (552); 290.15 Uhr: Ost-Bund (553); 291.15 Uhr: West-Bund (554); 292.15 Uhr: Mittel-Bund (555); 293.15 Uhr: Süd-Bund (556); 294.15 Uhr: Nord-Bund (557); 295.15 Uhr: Ost-Bund (558); 296.15 Uhr: West-Bund (559); 297.15 Uhr: Mittel-Bund (560); 298.15 Uhr: Süd-Bund (561); 299.15 Uhr: Nord-Bund (562); 300.15 Uhr: Ost-Bund (563); 301.15 Uhr: West-Bund (564); 302.15 Uhr: Mittel-Bund (565); 303.15 Uhr: Süd-Bund (566); 304.15 Uhr: Nord-Bund (567); 305.15 Uhr: Ost-Bund (568); 306.15 Uhr: West-Bund (569); 307.15 Uhr: Mittel-Bund (570); 308.15 Uhr: Süd-Bund (571); 309.15 Uhr: Nord-Bund (572); 310.15 Uhr: Ost-Bund (573); 311.15 Uhr: West-Bund (574); 312.15 Uhr: Mittel-Bund (575); 313.15 Uhr: Süd-Bund (576); 314.15 Uhr: Nord-Bund (577); 315.15 Uhr: Ost-Bund (578); 316.15 Uhr: West-Bund (579); 317.15 Uhr: Mittel-Bund (580); 318.15 Uhr: Süd-Bund (581); 319.15 Uhr: Nord-Bund (582); 320.15 Uhr: Ost-Bund (583); 321.15 Uhr: West-Bund (584); 322.15 Uhr: Mittel-Bund (585); 323.15 Uhr: Süd-Bund (586); 324.15 Uhr: Nord-Bund (587); 325.15 Uhr: Ost-Bund (588); 326.15 Uhr: West-Bund (589); 327.15 Uhr: Mittel-Bund (590); 328.15 Uhr: Süd-Bund (591); 329.15 Uhr: Nord-Bund (592); 330.15 Uhr: Ost-Bund (593); 331.15 Uhr: West-Bund (594); 332.15 Uhr: Mittel-Bund (595); 333.15 Uhr: Süd-Bund (596); 334.15 Uhr: Nord-Bund (597); 335.15 Uhr: Ost-Bund (598); 336.15 Uhr: West-Bund (599); 337.15 Uhr: Mittel-Bund (600); 338.15 Uhr: Süd-Bund (601); 339.15 Uhr: Nord-Bund (602); 340.15 Uhr: Ost-Bund (603); 341.15 Uhr: West-Bund (604); 342.15 Uhr: Mittel-Bund (605); 343.15 Uhr: Süd-Bund (606); 344.15 Uhr: Nord-Bund (607); 345.15 Uhr: Ost-Bund (608); 346.15 Uhr: West-Bund (609); 347.15 Uhr: Mittel-Bund (610); 348.15 Uhr: Süd-Bund (611); 349.15 Uhr: Nord-Bund (612); 350.15 Uhr: Ost-Bund (613); 351.15 Uhr: West-Bund (614); 352.15 Uhr: Mittel-Bund (615); 353.15 Uhr: Süd-Bund (616); 354.15 Uhr: Nord-Bund (617); 355.15 Uhr: Ost-Bund (618); 356.15 Uhr: West-Bund (619); 357.15 Uhr: Mittel-Bund (620); 358.15 Uhr: Süd-Bund (621); 359.15 Uhr: Nord-Bund (622); 360.15 Uhr: Ost-Bund (623); 361.15 Uhr: West-Bund (624); 362.15 Uhr: Mittel-Bund (625); 363.15 Uhr: Süd-Bund (626); 364.15 Uhr: Nord-Bund (627); 365.15 Uhr: Ost-Bund (628); 366.15 Uhr: West-Bund (629); 367.15 Uhr: Mittel-Bund (630); 368.15 Uhr: Süd-Bund (631); 369.15 Uhr: Nord-Bund (632); 370.15 Uhr: Ost-Bund (633); 371.15 Uhr: West-Bund (634); 372.15 Uhr: Mittel-Bund (635); 373.15 Uhr: Süd-Bund (636); 374.15 Uhr: Nord-Bund (637); 375.15 Uhr: Ost-Bund (638); 376.15 Uhr: West-Bund (639); 377.15 Uhr: Mittel-Bund (640); 378.15 Uhr: Süd-Bund (641); 379.15 Uhr: Nord-Bund (642); 380.15 Uhr: Ost-Bund (643); 381.15 Uhr: West-Bund (644); 382.15 Uhr: Mittel-Bund (645); 383.15 Uhr: Süd-Bund (646); 384.15 Uhr: Nord-Bund (647); 385.15 Uhr: Ost-Bund (648); 386.15 Uhr: West-Bund (649); 387.15 Uhr: Mittel-Bund (650); 388.15 Uhr: Süd-Bund (651); 389.15 Uhr: Nord-Bund (652); 390.15 Uhr: Ost-Bund (653); 391.15 Uhr: West-Bund (654); 392.15 Uhr: Mittel-Bund (655); 393.15 Uhr: Süd-Bund (656); 394.15 Uhr: Nord-Bund (657); 395.15 Uhr: Ost-Bund (658); 396.15 Uhr: West-Bund (659); 397.15 Uhr: Mittel-Bund (660); 398.15 Uhr: Süd-Bund (661); 399.15 Uhr: Nord-Bund (662); 400.15 Uhr: Ost-Bund (663); 401.15 Uhr: West-Bund (664); 402.15 Uhr: Mittel-Bund (665); 403.15 Uhr: Süd-Bund (666); 404.15 Uhr: Nord-Bund (667); 405.15 Uhr: Ost-Bund (668); 406.15 Uhr: West-Bund (669); 407.15 Uhr: Mittel-Bund (670); 408.15 Uhr: Süd-Bund (671); 409.15 Uhr: Nord-Bund (672); 410.15 Uhr: Ost-Bund (673); 411.15 Uhr: West-Bund (674); 412.15 Uhr: Mittel-Bund (675); 413.15 Uhr: Süd-Bund (676); 414.15 Uhr: Nord-Bund (677); 415.15 Uhr: Ost-Bund (678); 416.15 Uhr: West-Bund (679); 417.15 Uhr: Mittel-Bund (680); 418.15 Uhr: Süd-Bund (681); 419.15 Uhr: Nord-Bund (682); 420.15 Uhr: Ost-Bund (683); 421.15 Uhr: West-Bund (684); 422.15 Uhr: Mittel-Bund (685); 423.15 Uhr: Süd-Bund (686); 424.15 Uhr: Nord-Bund (687); 425.15 Uhr: Ost-Bund (688); 426.15 Uhr: West-Bund (689); 427.15 Uhr: Mittel-Bund (690); 428.15 Uhr: Süd-Bund (691); 429.15 Uhr: Nord-Bund (692); 430.15 Uhr: Ost-Bund (693); 431.15 Uhr: West-Bund (694); 432.15 Uhr: Mittel-Bund (695); 433.15 Uhr: Süd-Bund (696); 434.15 Uhr: Nord-Bund (697); 435.15 Uhr: Ost-Bund (698); 436.15 Uhr: West-Bund (699); 437.15 Uhr: Mittel-Bund (700); 438.15 Uhr: Süd-Bund (701); 439.15 Uhr: Nord-Bund (702); 440.15 Uhr: Ost-Bund (703); 441.15 Uhr: West-Bund (704); 442.15 Uhr: Mittel-Bund (705); 443.15 Uhr: Süd-Bund (706); 444.15 Uhr: Nord-Bund (707); 445.15 Uhr: Ost-Bund (708); 446.15 Uhr: West-Bund (709); 447.15 Uhr: Mittel-Bund (710); 448.15 Uhr: Süd-Bund (711); 449.15 Uhr: Nord-Bund (712); 450.15 Uhr: Ost-Bund (713); 451.15 Uhr: West-Bund (714); 452.15 Uhr: Mittel-Bund (715); 453.15 Uhr: Süd-Bund (716); 454.15 Uhr: Nord-Bund (717); 455.15 Uhr: Ost-Bund (718); 456.15 Uhr: West-Bund (719); 457.15 Uhr: Mittel-Bund (720); 458.15 Uhr: Süd-Bund (721); 459.15 Uhr: Nord-Bund (722); 460.15 Uhr: Ost-Bund (723); 461.15 Uhr: West-Bund (724); 462.15 Uhr: Mittel-Bund (725); 463.15 Uhr: Süd-Bund (726); 464.15 Uhr: Nord-Bund (727); 465.15 Uhr: Ost-Bund (728); 466.15 Uhr: West-Bund (729); 467.15 Uhr: Mittel-Bund (730); 468.15 Uhr: Süd-Bund (731); 469.15 Uhr: Nord-Bund (732); 470.15 Uhr: Ost-Bund (733); 471.15 Uhr: West-Bund (734); 472.15 Uhr: Mittel-Bund (735); 473.15 Uhr: Süd-Bund (736); 474.15 Uhr: Nord-Bund (737); 475.15 Uhr: Ost-Bund (738); 476.15 Uhr: West-Bund (739); 477.15 Uhr: Mittel-Bund (740); 478.15 Uhr: Süd-Bund (741); 479.15 Uhr: Nord-Bund (742); 480.15 Uhr: Ost-Bund (743); 481.15 Uhr: West-Bund (744); 482.15 Uhr: Mittel-Bund (745); 483.15 Uhr: Süd-Bund (746); 484.15 Uhr: Nord-Bund (747); 485.15 Uhr: Ost-Bund (748); 486.15 Uhr: West-Bund (749); 487.15 Uhr: Mittel-Bund (750); 488.15 Uhr: Süd-Bund (751); 489.15 Uhr: Nord-Bund (752); 490.15 Uhr: Ost-Bund (753); 491.15 Uhr: West-Bund (754); 492.15 Uhr: Mittel-Bund (755); 493.15 Uhr: Süd-Bund (756); 494.15 Uhr: Nord-Bund (757); 495.15 Uhr: Ost-Bund (758); 496.15 Uhr: West-Bund (759); 497.15 Uhr: Mittel-Bund (760); 498.15 Uhr: Süd-Bund (761); 499.15 Uhr: Nord-Bund (762); 500.15 Uhr: Ost-Bund (763); 501.15 Uhr: West-Bund (764); 502.15 Uhr: Mittel-Bund (765); 503.15 Uhr: Süd-Bund (766); 504.15 Uhr: Nord-Bund (767); 505.15 Uhr: Ost-Bund (768); 506.15 Uhr: West-Bund (769); 507.15 Uhr: Mittel-Bund (770); 508.15 Uhr: Süd-Bund (771); 509.15 Uhr: Nord-Bund (772); 510.15 Uhr: Ost-Bund (773); 511.15 Uhr: West-Bund (774); 512.15 Uhr: Mittel-Bund (775); 513.15 Uhr: Süd-Bund (776); 514.15 Uhr: Nord-Bund (777); 515.15 Uhr: Ost-Bund (778); 516.15 Uhr: West-Bund (779); 517.15 Uhr: Mittel-Bund (780); 518.15 Uhr: Süd-Bund (781); 519.15 Uhr: Nord-Bund (782); 520.15 Uhr: Ost-Bund (783); 521.15 Uhr: West-Bund (784); 522.15 Uhr: Mittel-Bund (785); 523.15 Uhr: Süd-Bund (786); 524.15 Uhr: Nord-Bund (787); 525.15 Uhr: Ost-Bund (788); 526.15 Uhr: West-Bund (789); 527.15 Uhr: Mittel-Bund (790); 528.15 Uhr: Süd-Bund (791); 529.15 Uhr: Nord-Bund (792); 530.15 Uhr: Ost-Bund (793); 531.15 Uhr: West-Bund (794); 532.15 Uhr: Mittel-Bund (795); 533.15 Uhr: Süd-Bund (796); 534.15 Uhr: Nord-Bund (797); 535.15 Uhr: Ost-Bund (798); 536.15 Uhr: West-Bund (799); 537.15 Uhr: Mittel-Bund (800); 538.15 Uhr: Süd-Bund (801); 539.15 Uhr: Nord-Bund (802); 540.15 Uhr: Ost-Bund (803); 541.15 Uhr: West-Bund (804); 542.15 Uhr: Mittel-Bund (805); 543.15 Uhr: Süd-Bund (806); 544.15 Uhr: Nord-Bund (807); 545.15 Uhr: Ost-Bund (808); 546.15 Uhr: West-Bund (809); 547.15 Uhr: Mittel-Bund (810); 548.15 Uhr: Süd-Bund (811); 549.15 Uhr: Nord-Bund (812); 550.15 Uhr: Ost-Bund (813); 551.15 Uhr: West-Bund (814); 552.15 Uhr: Mittel-Bund (815); 553.15 Uhr: Süd-Bund (816); 554.15 Uhr: Nord-Bund (817); 555.15 Uhr: Ost-Bund (818); 556.15 Uhr: West-Bund (819); 557.15 Uhr: Mittel-Bund (820); 558.15 Uhr: Süd-Bund (821); 559.15 Uhr: Nord-Bund (822); 560.15 Uhr: Ost-Bund (823); 561.15 Uhr: West-Bund (824); 562.15 Uhr: Mittel-Bund (825); 563.15 Uhr: Süd-Bund (826); 564.15 Uhr: Nord-Bund (827); 565.15 Uhr: Ost-Bund (828); 566.15 Uhr: West-Bund (829); 567.15 Uhr: Mittel-Bund (830); 568.15 Uhr: Süd-Bund (831); 569.15 Uhr: Nord-Bund (832); 570.15 Uhr: Ost-Bund (833); 571.15 Uhr: West-Bund (834); 572.15 Uhr: Mittel-Bund (835); 573.15 Uhr: Süd-Bund (836); 574.15 Uhr: Nord-Bund (837); 575.15 Uhr: Ost-Bund (838); 576.15 Uhr: West-Bund (839); 577.15 Uhr: Mittel-Bund (840); 578.15 Uhr: Süd-Bund (841); 579.15 Uhr: Nord-Bund (842); 580.15 Uhr: Ost-Bund (843); 581.15 Uhr: West-Bund (844); 582.15 Uhr: Mittel-Bund (845); 583.15 Uhr: Süd-Bund (846); 584.15 Uhr: Nord-Bund (847); 585.15 Uhr: Ost-Bund (848); 586.15 Uhr: West-Bund (849); 587.15 Uhr: Mittel-Bund (850); 588.15 Uhr: Süd-Bund (851); 589.15 Uhr: Nord-Bund (852); 590.15 Uhr: Ost-Bund (853); 591.15 Uhr: West-Bund (854); 592.15 Uhr: Mittel-Bund (855); 593.15 Uhr: Süd-Bund (856); 594.15 Uhr: Nord-Bund (857); 595.15 Uhr: Ost-Bund (858); 596.15 Uhr: West-Bund (859); 597.15 Uhr: Mittel-Bund (860); 598.15 Uhr: Süd-Bund (861); 599.15 Uhr: Nord-Bund (862); 600.15 Uhr: Ost-Bund (863); 601.15 Uhr: West-Bund (864); 602.15 Uhr: Mittel-Bund (865); 603.15 Uhr: Süd-Bund (866); 604.15 Uhr: Nord-Bund (867); 605.15 Uhr: Ost-Bund (868); 606.15 Uhr: West-Bund (869); 607.15 Uhr: Mittel-Bund (870); 608.15 Uhr: Süd-Bund (871); 609.15 Uhr: Nord-Bund (872); 610.15 Uhr: Ost-Bund (873); 611.15 Uhr: West-Bund (874); 612.15 Uhr: Mittel-Bund (875); 613.15 Uhr: Süd-Bund (876); 614.15 Uhr: Nord-Bund (877); 615.15 Uhr: Ost-Bund (878); 616.15 Uhr: West-Bund (879); 617.15 Uhr: Mittel-Bund (880); 618.15 Uhr: Süd-Bund (881); 619.15 Uhr: Nord-Bund (882); 620.15 Uhr: Ost-Bund (883); 621.15 Uhr: West-Bund (884); 622.15 Uhr: Mittel-Bund (885); 623.15 Uhr: Süd-Bund (886); 624.15 Uhr: Nord-Bund (887); 625.15 Uhr: Ost-Bund (888); 626.15 Uhr: West-Bund (889); 627.15 Uhr: Mittel-Bund (890); 628.15 Uhr: Süd-Bund (891); 629.15 Uhr: Nord-Bund (892); 630.15 Uhr: Ost-Bund (893); 631.15 Uhr: West-Bund (894); 632.15 Uhr: Mittel-Bund (895); 633.15 Uhr: Süd-Bund (896); 634.15 Uhr: Nord-Bund (897); 635.15 Uhr: Ost-Bund (898); 636.15 Uhr: West-Bund (899); 637.15 Uhr: Mittel-Bund (900); 638.15 Uhr: Süd-Bund (901); 639.15 Uhr: Nord-Bund (902); 640.15 Uhr: Ost-Bund (903); 641.15 Uhr: West-Bund (904); 642.15 Uhr: Mittel-Bund (905); 643.15 Uhr: Süd-Bund (906); 644.15 Uhr: Nord-Bund (907); 645.15 Uhr: Ost-Bund (908); 646.15 Uhr: West-Bund (909); 647.15 Uhr: Mittel-Bund (910); 648.15 Uhr: Süd-Bund (911); 649.15 Uhr: Nord-Bund (912); 650.15 Uhr: Ost-Bund (913); 651.15 Uhr: West-Bund (914); 652.15 Uhr: Mittel-Bund (915); 653.15 Uhr: Süd-Bund (916); 654.15 Uhr: Nord-Bund (917); 655.15 Uhr: Ost-Bund (918); 656.15 Uhr: West-Bund (919); 657.15 Uhr: Mittel-Bund (920); 658.15 Uhr: Süd-Bund (921); 659.15 Uhr: Nord-Bund (922); 660.15 Uhr: Ost-Bund (923); 661.15 Uhr: West-Bund (924); 662.15 Uhr: Mittel-Bund (925); 663.15 Uhr: Süd-Bund (926); 664.15 Uhr: Nord-Bund (927); 665.15 Uhr: Ost-Bund (928); 666.15 Uhr: West-Bund (929); 667.15 Uhr: Mittel-Bund (930); 668.15 Uhr: Süd-Bund (931); 669

# Palmen Garten

mit dem weltberühmten Palmenhaus  
**Heute Privatfestlichkeit**  
 Gesellschaftsbill findet nicht statt.  
 Sonntag, den 5. Februar:  
**Balmengarten-Kostümfest**  
 „Im Banne der Farben-Geister“  
 Beginn 7 Uhr · Eintritt 2 Mark



**Truthühner**  
 Stück 5-12 Pfund schwer 1.40  
**Brathähnchen** 1.45  
 Pfund nur  
 Nicht kleinere oder Salzenbraten ohne Käse - Tonbein  
 extra mit Hasenfüßen 5.75  
 gekreuzt Stück nur  
 Salzen-Häden 2.40 - Reule 1.40  
 Paul 50 j. Salzenpfeffer (Klein) 40 j  
 mittelstarke Salzen 4. - gekreuzt.  
 Wie letzte Woche wieder:  
**Gänse** Pfund nur 1.30

**Ernst Krieger**  
 Wild-Feinkost-Großhandlung-Geflügel  
**Burgstr. 16**  
 Tel. 72561

### stellenangebote

**Gesucht werden für sofort:**  
 Mehrere ledige  
**geübte Saugertaucher**  
 für die Gummiwarenindustrie nach auswärtig sowie.  
 eine größere Anzahl  
**geübte Arbeiterinnen**  
 für die Rauchwarenbranche.  
 Mit Wohnungsmeldschein und Arbeitszeugnissen in der Zeit von 8 bis 15 Uhr zu melden beim Arbeitsamt Leipzig.  
**Fachabteilung für Fabrikarbeiter**  
 Sternwartenstraße 15-21, Erdg.

### Verkäufe

**Von Herrschaften**  
 wenig getragene  
 Herr- u. Damen-  
**Garderobe**  
 Maßarbeit \*  
 neu neu gebarbt  
 zu sehr bill. Preis  
 Frack-, Gehrock- u.  
 Smoking-Anzüge  
 zu bill. verleben  
**Friedmann**  
 Ranstädter Stein-  
 weg 13, I.  
 Ein- u. Best.-Wald.

**Original Mosberg**  
**Maurer- und**  
**Zimmerer**  
**Hosen** extra-  
 stark  
**Eckardt**,  
 Goebnerstraße 10

### Bon Herrschaften

wenig getragene  
 Herren- u. Damen-  
 billige wert. Grund-  
 Eitelkeiten 2 T. 33027  
 Ein- u. Verkauf \*

**Guterhaltene Küche**  
 2 Kleiderchränke,  
 Kommode u. Privat-  
 hand billig zu verk.  
 Kapellenstr. 20. III. I.

**Gute Gelgen!**  
 Vorzüge ich im Ton  
 Lauten, Gitarren,  
 Celli, Wald-Zithern,  
 Banjos, Akk-Zithern,  
 12saitige Mandolinen,  
 Schallergeigen billig.  
 • Teilzahlung •  
 oh Preisaufschlag  
 Wald, kein Laden. \*

**Maskenkostüm**  
 einmal getragen.  
 Größe 42, zu verk.  
 Reichenbainer St. 22  
 Würznerarten.

**Waldwännen** \*  
 billig Körnerstr. 2


### Diverses

**Schillerhand**  
 zugelaufen.  
**Schneider**,  
 Weberstraße 1, 5. St.

**Masken-Kostüme**  
 für Damen u. Herren  
 in größter Auswahl  
 billig zu verkaufen.  
 Grad. Gesellschafts-  
 analoge Richter, \*  
 Berliner Straße 6

**Elegante**  
**Masken-Kostüme**  
 für Damen und Herren  
 verleiht von 3-4 an  
 auch nach auswärtig  
**August Kitzing**  
 Leipzig, Kurprinzstr. 22,  
 Fernr. 11254

**Verleih**  
 von Gesellschafts-  
 anlagen  
**Baumgärte!**  
 Köhlerstraße 9.



Die raube Witterung  
 erfordert  
**Haut- u. Körperpflege**

Saucreme	Tube 50, 35 Pf.
Gold- Toiletcreme	Tube 20 Pf.
Vaseline-Toiletcreme	Tube 20 Pf.
Vanolin-Toiletcreme	Tube 20 Pf.
Brillantine	Tube 30 Pf.
Rieftenzurigelöl	Flasche 20 Pf.
Weilchenparfüm	Flasche 28 Pf.
Wirkenhaarwasser, 58 Proz.	Flasche 1.10 M.
Wahrum, 47 Proz.	Flasche 1.60 und 1.- M.
Shampoo in Weilchen, Eau de Cologne, Teer, Kamille, Beutel 20 Pf.	
Flüssige Seife in Kamille, Bienenessig, Fichtennadel und Teer, Flasche 60 Pf.	
Nabenbel-Wasser, 85 Proz.	Uhrformflasche 60 Pf.
Eau de Cologne, 85 Proz.	Uhrformflasche 60 Pf.
Eau de Cologne, 85 Proz.	Flasche 1.- M.
Haarpomade	Dose 15 Pf.
Blumenpomade	Dose 15 Pf.
Zahn- und Mundwasser, 80 Prozent	Flasche 60 Pf.
Mundstreuipulver	Beutel 10 Pf.
Toilettewasser, 47 Prozent, Weilchen, Flieder, Rose, Mai- glöckchen	Flasche 2.40 M.
Zahnpasta	Tube 60, 40 Pf.
Zahnpulver	Beutel 10 Pf.

Nur erhältlich im  
**Konsumverein**  
 Abgabe  
 nur an Mitglieder

# Konserven

## Sonder-Verkauf

Jg. Schnittbohnen 58	2-Pfd.-Dose
do 4-Pfd.-Dose	1.12
do. feine I	88
Brachbohnen, ps.	65
Stang.-Wachsbohnen, frisch	20
Karotten, geschnitten	38
do. junge	70
do. junge kleine	1.00
do extra kleine	1.20
Gemüse-Erbsen	65
Leipziger Allerlei	
mit viel Spargel u. Morcheln	95
do.	1.10
do mittel	1.25
do fein	1.75
do sehr fein	2.00
Stangen-Spargel	2.95
sehr stark, kalt.	
Brechspargel, dünn, 1/4 Dose	85
Marricots vertis, fein	1.60
Tomatenpurée	70
Blumenkohl	1.00
Wirsingkohl	45
Rote Beete, 4-Pfd.-Dose	1.50
Sellerie, weiß, in Scheiben	1.15
Spinat	60
Phillyrlinge	95
Cornichons } 2-Pfund-	
Senf Gurken } Dose	1.10
Heine-Würstchen 1.55	
5 und 6 Paar · Dose	
Tafelbirnen (Williams Christ)	1.40

**Erdmann**

# Krowas

am Hallischen Tor 16  
 verlängerte Reichsstraße.  
 Fernsprecher 103 88 - 285 01.

**Alle Inserate** die an dem betreffenden Tage  
 erscheinen sollen wollen man  
 bis spätestens 9 Uhr vormittags  
 an die Expedition der Z. W. **einbringen!**

### Wohnungen

**Chauffeur (Auermieter)**  
 Suche unpolierte bessere Schlafstelle oder  
 einfach möbliertes Zimmer. Off m. Preis  
 u. N. 44 a. d. Erz. d. Bl. Tauhaer Str. 10.21

**Cherpaar sucht  
 leeres Zimmer.**  
 Off. erb u. N. 20  
 Tel. d. Bl. Blaam,  
 Werbenfeld Str. 20  
 An erstlicher 10 Jahre  
 sucht möbl. Zimmer  
 bei alleinl. Frau.  
 Off. u. N. 3 Tel. d.  
 Bl., Seiber Str. 32.

# Einführung der kostenlosen Totenbestattung

## Die Bürgerlichen stimmen dagegen — Sturmlauf des Rats und der Rechten gegen die Wahl eines sozialdemokratischen Stadtrats

Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung verlas Herr Lieberach eine lange Erklärung, die ihm vom Bezirksgewaltigen der KPD in die Hände gedrückt worden ist und den Zweck haben sollte, den Eindruck zu verwischen, den die Einheitsfront der Kommunisten mit den Bürgerlichen gegen die städtische Wohnungsfürsorgegesellschaft bei den Arbeitern hinterlassen hat. Selbstverständlich war die Erklärung eine einzige Schimpfepistel gegen die Sozialdemokratie und wurde mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommen.

Trotz jahrelangen Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, die kostenlose kommunale Totenbestattung einzuführen, hat der Rat es immer wieder verstanden, mit den verschiedensten Einwänden die Einbringung eines Ortsgesetzentwurfes über die kostenlose kommunale Totenbestattung zu verschleppen. In seiner letzten Ratsäußerung schließt er finanzielle Gründe vor und beruft sich darauf, daß 7,5 Millionen Mark zur Einführung notwendig seien. Diese Mittel könnten nicht aufgebracht werden. Die Summe ist so hoch, weil der Rat erhebliche Entschädigungsbeträge für die privaten Bestattungsgesellschaften vorgezogen hat. Um nun dem Rat zu zeigen, daß durchaus die Möglichkeit besteht, ohne die von ihm genannten Millionen die kostenlose kommunale Totenbestattung durchzuführen und um zu erreichen, daß nun endlich diese aus sozialen und hygienischen Gründen notwendige städtische Einrichtung geschaffen wird, hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ein Initiativgesetz mit einer umfangreichen Denkschrift ausgearbeitet. Dieses Initiativgesetz wurde in der Stadtverordnetenversammlung verhandelt und zwang die Fraktionen, Farbe zu bekennen.

Von der Genossin Hammermeister und dem Genossen Bauer wurde in überzeugender Weise über die Notwendigkeit, die kostenlose kommunale Totenbestattung einzuführen, gesprochen. Die sozialdemokratische Redner bewiesen, mit welcher Gründlichkeit von sozialdemokratischer Seite an die Sache herangegangen worden ist. Das mußte selbst der Demokrat Herz bekräftigen, der davon sprach, daß man eine außerordentlich hohe Achtung vor der Arbeit der Sozialdemokratie haben müsse und es sich um eine von innerer Überzeugung getragene Arbeit handele. Trotzdem stand Herr Herz in einer Front mit den übrigen Bürgerlichen gegen die Einführung der kostenlosen kommunalen Totenbestattung. Während sein Parteifreund, Stadtverordneter Lehmann, wie gestern festgestellt wurde, sich im Ausschuss für die Einführung der kommunalen Totenbestattung ausgesprochen hat, lehnte sie Herr Herz ab. In den Beratungen und an der Abstimmung im Kollegium nahm Herr Lehmann nicht teil. Er hatte sich wohl dispensieren lassen, um nicht unzufallen zu müssen.

Der Deutschnationale Börner war extra aus dem Landtag nach Leipzig geeilt, um eine Vernichtungssprache gegen das sozialdemokratische Initiativgesetz zu halten. Dabei stellte sich heraus, daß er entweder das Gesetz und seine Begründung nicht richtig gelesen oder nicht verstanden hat. Vor Annahme des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes versuchte er den Bürgerlichen damit gruselig zu machen, daß ein sozialdemokratischer Programmpunkt durchgeführt werde. Man spüre in den Worten des Deutschnationalen die Furcht vor den gefährdeten „heiligen Gütern der Nation“.

Für die Kommunisten erklärte Lieberach, daß sie dem sozialdemokratischen Initiativgesetz zustimmen würden. Das Kommunistenoberhaupt konnte es aber trotz seiner zustimmenden Erklärung nicht unterlassen, gegen die Sozialdemokratie zu weitem, die nach seiner Auffassung hätte schon früher die kommunale Totenbestattung durchsetzen müssen. Er bezeichnet das Initiativgesetz als ein Wahngemittel der Sozialdemokratie. Warum Herr Lieberach und seine Freunde der Sozialdemokratie nicht zugekommen sind und sich nicht dieses Wahngemittels bemächtigt, ist uns verständlich, weil eben bei den Kommunisten der Geist nicht ausreicht. Hinterher sich über den Nachbar zu mokieren, bestärkt nur die eigene Unfähigkeit. Im übrigen hat es die Sozialdemokratie nicht notwendig, sich ein besonderes Zugmittel für die nächsten Wahlen zu beschaffen, da ihre Politik immer mehr das Vertrauen der werktätigen Schichten gewinnt, wie die letzten Stadtverordnetenwahlen bewiesen haben und die Reichstagswahlen erneut beweisen werden.

Herr Dr. Noad von der Partei für „Vollrecht“ und Aufwertung erklärte, daß er und seine Freunde die kommunale Totenbestattung ablehnten. Die Sparner, kleinen Rentner- und alle jene, die durch die Inflation geschädigt wurden, und der Aufwertungs- partei ihre Stimme geben, werden aufhorchen, wenn sie erfahren, daß die Stadtverordneten der Aufwertungs- partei deshalb gegen die kommunale Totenbestattung stimmten, weil „die Rentner stolz und selbstbewußt geblieben“ sind, um tun zu wollen, was sie können. Sonst nehmen die Aufwarter den Mund immer voll, wenn es aber darauf ankommt, wirklich den Inflationsgeschädigten und ihren Angehörigen zu dienen, dann verlagen sie und stehen an der Seite der Vertreter des Großbürgertums gegen die Interessen ihrer Wähler. Herr Dr. Noad scheint es vollkommen schamlos zu sein, wenn auch in Zukunft noch mittellose Kleinrentner und Inflationsgeschädigte nach ihrem Tode dem pietätvollen sogenannten Armenbegräbnis verfallen.

Der Ratsvertreter trug allerlei finanzielle Bedenken gegen die jegliche Einführung der kostenlosen kommunalen Totenbestattung vor, verzichtete sich aber nicht ganz ablehnend und sagte nachmalige Prüfung der finanziellen Durchführbarkeit zu. Bei der Einbringung des Rates muß man die Berücksichtigung aussprechen, daß die bürgerliche Ratsmehrheit Einspruch gegen das beschlossene Initiativgesetz erhebt. Es ist kein Geheimnis, daß hinter den Kulissen einflussreiche bürgerliche Kreise tätig sind, um den Rat zur Ablehnung zu ver-

anlassen. Gestern lag bereits dem Stadtverordnetenkollegium eine Eingabe der Leipziger Handelskammer vor, die sich gegen die kostenlose kommunale Totenbestattung wendet und die Interessen der Besitzer der 84 Leipziger Beerdigungsanstalten sowie eines kleinen Kreises von sonstigen Interessenten vertritt. Will der Rat Rücksicht auf einige Duzend Interessenten nehmen und sich wieder einmal den Wünschen einer kleinen Gruppe Besitzender willfährig zeigen? Will der Rat zu den vielen Streichen, die er zugunsten bestehender Kreise gegen die übergroße Mehrheit der Leipziger Bevölkerung schon geführt hat, einen neuen Schandstreich hinzufügen, indem er die Durchführung der kostenlosen kommunalen Totenbestattung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu hintertreiben versucht? Der Rat mag es sich schon heute gesagt sein lassen, daß die Sozialdemokratie keine ihr als geeignet erscheinenden Maßnahmen unterlassen wird, um für die Leipziger Einwohnerschaft die kostenlose kommunale Totenbestattung zu erkämpfen. Leipzig darf in der Einführung einer vom sozialen und hygienischen Standpunkt notwendigen städtischen Einrichtung hinter den vielen Städten und kleinen Gemeinden, wo bereits die kostenlose kommunale Totenbestattung besteht, nicht mehr zurückbleiben.

Das sozialdemokratische Initiativgesetz wurde von der linken Mehrheit gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlichen Stadtverordneten angenommen.

Die wirtschaftspolitische Fraktion hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der verlangt, daß die durch den Tod des Stadtrats Wuth freigewordene besetzte Stadtratsstelle nicht wieder besetzt und eine hierauf bezügliche Änderung der Stadterfassung vorgenommen wird. Der Antrag, der von Herrn Dr. Kunath mit der Notwendigkeit der Verwaltungsreform und des Sparsens begründet wurde, ist eine politische Frechheit ersten Ranges, die noch eingehender behandelt werden muß. Es ist für jeden Blinden greifbar, daß durch diesen Antrag das Einwirken eines Sozialdemokraten als besetztes Mitglied in den Stadtrat verhindert werden soll. Der Antrag verfiel in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der Linken, der Demokraten und des Aufwerters Schäfer der Ablehnung.

### Kostenlose kommunale Totenbestattung

Der Rat hatte einen Beschluß der Stadtverordneten, einen Ortsgesetzentwurf über die kostenlose Totenbestattung vorzulegen, abgelehnt. Er begründete seinen ablehnenden Standpunkt mit der Unausführbarkeit der Kosten für die unentgeltliche Totenbestattung. Daraufhin hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion selber ein Ortsgesetz ausgearbeitet, das gestern Abend zur Beratung stand.

Genossin Hammermeister erstattete den Bericht der Ausschüsse. Wenn sämtliche Toten in Leipzig entsprechend dem Ortsgesetz unentgeltlich bestattet würden, würden die laufenden Kosten dafür etwa 862.000 Mk. betragen. Gegen die Richtigkeit dieser Berechnung habe auch der Ratsvertreter in der Ausschussverhandlung keine stichhaltigen Einwendungen erheben können. Die sozialdemokratische Fraktion wolle nicht für jedermann den Zwang der Inanspruchnahme der kostenlosen Totenbestattung einführen, so daß sich der städtische Aufwand für diesen Zweck noch unter 862.000 Mk. vermindern würde. Der Standpunkt des Rates, die Kosten dafür seien nicht aufzubringen, ist also unhaltbar. Die Ausschüsse beantragten daher dem Entwurf der SPD zuzustimmen.

Genossin Hammermeister fügte ihrem Bericht hinzu: 80 Prozent der Bevölkerung würde es als eine Wohltat allerersten Ranges anerkennen, wenn die Stadt die Ausgaben für die Totenbestattung von den schwachen Schultern des einzelnen auf die starken Schultern der Gemeinde übernimmt.

Das zeige sich schon darin, daß ein großer Teil der Bevölkerung bereits zur Selbsthilfe gegriffen und Kästen beigetragen sei, die sich die Totenbestattung zur Aufgabe gemacht haben. Auch die Krankenkassen greifen in Todesfällen mit der Gewährung von Bestattungsgeldern ein. Aber es ist auch an der Zeit, die Kassen von diesen Ausgaben zu befreien. In Leipzig bestehen etwa 34 Bestattungsgesellschaften. Sie können ihrer Natur nach gar nicht gemeinnützig arbeiten. Sie müssen, durch die Konkurrenz getrieben, in einen Wettbewerb gegeneinander eintreten, der zu geradezu unerträglichen Erscheinungen führt. Nur ein Beispiel dafür:

In Leipzig hat eine Bestattungsfirma am Weihnachtstage den älteren Einwohnern einen Kalender zugesandt, auf dem sie mitteilt, daß sie das größte Sarglager hat und vier Leichenautos besitzt.

Ich lege dieses Dokument von unfrüher Zeiten Schande auf den Tisch des Hauses nieder. Die Stadt würde mit der Übernahme der Totenbestattung eine Ehrenpflicht erfüllen und zugleich ebenfalls diesen Bürgern eine außerordentliche Unterstützung in schwerster Stunde gewähren. Ich richte daher an Sie die Bitte, auch in Leipzig nunmehr die kostenlose Totenbestattung einzuführen und diese sehr wichtige soziale Maßnahme allen Bürgern zugute kommen zu lassen.

Börner (Wipo) wendet sich gegen die Vorlage, mit all den reaktionären Einwendungen, die man von einem sozial so rückständigen Menschen, wie Börner es ist, nur erwarten kann. Er meinte, die Leute, die die Beerdigungskosten nicht oder nur schwer aufbringen könnten, möchten sich für vorkommende Bestattungsfälle versichern. Von dem Zwang zur Inanspruchnahme der unentgeltlichen

Totenbestattung sei die sozialdemokratische Fraktion nur abgekomen, um um die Entschädigung an das Beerdigungsgewerbe herumzukommen. Redner ergeht sich im weiteren in besonders langatmigen Zweifeln an der Richtigkeit der von der sozialdemokratischen Fraktion aufgestellten Kostenberechnung. Seine Fraktion stimme deshalb gegen die sozialdemokratische Vorlage, weil die Sozialdemokratie damit lediglich den Zweck verfolge, wieder einmal einen ihrer Programmpunkte zu verwirklichen.

Noad (Aufwarter) bekämpft die Vorlage ebenfalls. Durch sie würde nur etwas Ähnlich Ungerechtes ins Leben gerufen, wie es bei Gründung der städtischen Baugesellschaft und des Beschaffungsamtes geschehen sei. Er beantragt, die kommunale Totenbestattung solange hinauszuschieben, bis die Wohnungsnot in Leipzig beiseite ist.

Dann kam Lieberach zu Wort, um wieder einmal die Sozialdemokratie nach Strich und Faden zu „vermöbeln“. Er erging sich zunächst in einer reichlichen Wörtelstunde in den üblichen hahnenbüden „Entlarvungen“ der Sozialdemokratie, wendete sich dann zwei Minuten lang gegen Börner und Noad, um zum Schluß sich auch noch fast drei Minuten lang zu der Vorlage selbst zu äußern. Er erklärte, die kommunistische Fraktion wäre dafür, daß jeder Leipziger Einwohner gezwungen werde, die kommunale Totenbestattung in Anspruch zu nehmen. Er lehne aber davon ab, irgendwelche Änderungsanträge zu stellen, um der Sozialdemokratie diesmal keine Gelegenheit zu der Behauptung zu geben, die KPD beschwere die Vorlage mit ungeschicklichen Anträgen.

Herz (Dem.) erklärt, daß seine Fraktion weder die Notwendigkeit noch die Zweckmäßigkeit der kommunalen Totenbestattung einsehen könne. Der Rat möge die Fürsorgegebühren würdiger gestalten und sein Kontrollrecht gegenüber den Beerdigungsinstituten härter ausüben, dann würden die hier gerügten Unzulänglichkeiten behoben sein.

Stadtrat Ditz gibt für den Rat die Versicherung ab, daß dieser dem Gedanken der kostenlosen kommunalen Totenbestattung durchaus sympathisch gegenüber stehe. Er müsse jedoch hinzufügen, daß die Finanzorganisation, wie sie die sozialdemokratische Vorlage aufweise, außerordentlich optimistisch sei. Eine Nachprüfung, die noch nicht vollends abgeschlossen sei, habe bereits faulig ergeben, daß sowohl die einmaligen, als auch die laufenden Ausgaben sich in ganz anderer Weise darstellen. Mehrere hunderttausend Mark würden sofort für die Erstellung von Bauten aufgewendet werden müssen. Zweifelhaft sei ihm auch, ob die Kirchengemeinden ihre Friedhöfe der kommunalen Totenbestattung zur Verfügung stellen würden. Auch die rechtliche Lage sei durchaus nicht so klar, gestellt, wie es die sozialdemokratische Vorlage hinstelle. Es sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß Entschädigungen an das Bestattungsgewerbe bezahlt werden müßten. (Zuruf: Es ist ja kein Regiebetrieb!) Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen, daß auch hier zugunsten der Gemeinde entschieden wird. Der Rat wird die Vorlage einer gewissenhaften Prüfung unterziehen und in der von der Gemeindeordnung vorgeschriebenen Frist von vier Wochen den Stadtverordneten seine Entscheidung zugehen lassen.

Genosse Bauer wendet sich zunächst gegen die Behauptung Lieberachs, die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion verfolge mit ihrer Vorlage Wahlmanöver. Lieberach widerspreche sich auch selbst, indem er fast in demselben Atemzuge erkläre, dem in unserer Vorlage behandelten Problem sei nicht mehr aus dem Wege zu gehen. Dann wendet sich Redner den bürgerlichen Parteien zu. Im Ausschuss haben die Aufwarter sich der Vorlage durchaus nicht ablehnend gegenübergestellt. Ebenso haben sich die Demokraten mit der Vorlage einverstanden erklärt.

Die Aufwarter belächeln es, immer so zu tun, als ob sie für die Interessen der Inflationsgeschädigten besonders warm eintreten. Hier legt sich ihr Vertreter dafür ins Zeug, daß solche in Not geratene Leute die Fürsorge in Anspruch nehmen.

Herr Börner hat das Märchen aufgetischt, daß eine Entschädigung der Bestattungsgesellschaften der Stadt aufgewungen werden würde. Das ist durchaus nicht zutreffend, denn die Vorlage sieht keinen Zwang für die Inanspruchnahme der kostenlosen Totenbestattung vor. Nach einem Reichsgerichtsentcheid kann jeder Friedhofseigner das Bestattungswesen in eigene Hand nehmen. Genosse Bauer weist in eingehender Darlegung nach, daß alle die vorgebrachten rechtlichen und alle Entschädigungsbedenken durchaus hinwiegend sind und belege auch die Kostenberechnung mit durchschlagenden Beweisen. Börners Behauptung, daß die Stadt durch die kostenlose kommunale Totenbestattung in Schulden geraten würde, habe also durchaus keinen realen Boden. Sehr verwundert sind wir, so fährt Redner fort, über die Ausführungen des Stadtrats Ditz, der im Ausschuss einen ganz anderen Standpunkt einnahm. Die Wirtschaftspolitische Vereinigung hat sogar die Handelskammer auf die Beine getrachtet, damit sie sich gegen die Vorlage wende. Die kostenlose kommunale Totenbestattung dürfte jedoch das ungeeignetste Objekt zur Begünstigung durch die Handelskammer sein.

Zweifellos würde die Stadt mit der kommunalen Totenbestattung eine soziale Arbeit vollbringen. Ich hoffe daher bestimmt, daß der Rat seine im Ausschuss zum Ausdruck gebrachte Meinung behält und der Vorlage zustimmt.

Giepner (Nationalsoz.) erwähnt sich das unfähigste Zeug aus den Ausführungen Börners, um es ihm nachzubabbeln. Die Verwirklichung eines sozialdemokratischen Programmpunktes müsse verhindert werden. Er beantragt, vom Rat Auskunft zu verlangen, ob die kostenlose kommunale Toten-

# SCHLUSS

# DES INVENTUR AUSVERKAUFS Tack

am 28. Januar



Elegante Lackschuhe beliebte Pedform, schöne Ausführung

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie. G. m. b. H.

Leipzig, nur Hainstraße 16/18

Jeder Einkauf lohnt sich!

Damen-Spangenschuhe 4 <sup>80</sup>	Herren-Halbschuhe 7 <sup>80</sup>
Damen-Lack-Stegspangenschuhe mit L. XV. Absatz 9 <sup>80</sup>	Herren-Halbschuhe in feiner Rahmearbeit 10 <sup>80</sup>
Mädel-Lackspangenschuhe gefaltete Form, Gr. 34-35 8.70, 31-33 6.20, 29-30 5.70, 27-28 5 <sup>20</sup>	Herr.-Lack Halbschuhe weiß, gedoppelt 10 <sup>80</sup>
	Herr.-Lack Halbschuhe in feiner Rahmearbeit 14 <sup>50</sup>

Bestattung auch den Mitglieder der jüdischen Gemeinde zugute kommen sollte. Der Antrag war selbst den verbündeten Gegnern der Totenbestattung zu lieb. Er fand daher nicht die notwendige Unterstützung und kam infolgedessen gar nicht erst zur Verhandlung.

Nach einigen belanglosen Ausführungen des Wirtschafts- und Arbeitspolitischer Sachverständigen, erhielt die Wirtschaftspolitische Vereinigung, Schmidt, erhielt die

Genossin Hammermeister das Schlußwort. Sie wies darauf hin, daß in Leipzig 40.000 M. pro Jahr für Fürsorgegebühren angewendet werden müßten. Wie groß die Zahl derjenigen ist, die aus psychologisch verständlichen Gründen sich scheuen, das Fürsorgeergebnis in Anspruch zu nehmen, kann statistisch nicht erfährt werden. Wie wolle man da beweisen, daß das Bedürfnis nach kostenloser Totenbestattung nicht vorhanden ist. In ihrer Einführung sind 90 Prozent der Bevölkerung aufs lebhafteste interessiert. Die Rechte aber habe sich schließend vor die Interessen der privaten Bestattungsanstalten gestellt und nicht, wie sowohl Schmidt als Herz betonten, die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Herr Koch, der Parteifreund Herz, habe im Reichstag ausgeführt, daß die Demokraten der Volkspartei um vier Jahre voraus seien. Hier aber, im Stadivorordnetenkollegium, haben die Demokraten leider den Beweis dafür noch nicht erbracht. Hier stehen sie in engerster Front mit den reaktionärsten Schichten des Bürgertums. Wenn es sich um technische Fortschritte handelt, durch die Millionen arbeitslos wurden, hat das Bürgertum nicht über das Allgemeinwohl gewacht. Ich erinnere an den kolossalen Rationalisierungsprozeß, den wir in diesen Jahren durchgemacht, als es nicht einmal in Zeiten der Konjunktur möglich war, die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzugliedern: Wo war da Ihr Herz für das Wohl der Millionen Arbeitsloser? Nun noch ein Wort an Herrn Stadtrat Dir. In den Ausschußverhandlungen waren die Differenzen zwischen den Stadivorordneten und dem Herrn Ratvertreter durchaus überbrückbar. Ich möchte dem Stadtrat raten, sich die Erledigung dieser Vorlage nicht leicht zu machen. Uns ist es ernst mit unserer Forderung. Wir werden von ihr nicht abgehen.

Hierauf erfolgen die Abstimmungen. Der Antrag Koch wird abgelehnt, der Antrag der Ausschüsse gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Vertreter angenommen.

### Schulhygienische Anträge

Zu einer Rüdäufklärung des Rates auf den Stadivorordnetenbeschluss, die tägliche Reinigung der Schulen sofort durchzuführen zu lassen, beantragte die Ausschüsse, mit der täglichen Reinigung sofort nach den Osterferien zu beginnen, die Schulleitungen anzuweisen und die Kinderpreise nicht mehr in ungeeigneten Keller- und Räumen stattfinden zu lassen. Ferner wird beantragt: In allen Schulen sind bei den Abtrittanlagen und Turnhallen ausreichende Waschanlagen mit Seife und Handtuchausstattung einzurichten. Jedem nicht im Besitz einer Zahnbürste befindlichem Volkshilfslinde ist eine solche mit Zahnpastemitteln aus städtischen Mitteln zu liefern.

Der Wirtschaftspolitische Sachverständiger beantragt, vor Überlieferung der Zahnbürsten ein zahnärztliches Gutachten einzuholen. Genosse Lang wendet sich gegen diesen Antrag und meint, daß es wesentlich sei, für die Kinder Zahnbürsten zur Verfügung zu stellen. Gegen einen Antrag Hartig, die tägliche Schulreinigung sofort durchzuführen, wendet der sozialdemokratische Redner ein, daß der Rat sich wiederholt dagegen geweigert habe und daß deshalb die Durchführung der Reinigung befristet werden müsse.

Die Ausschußanträge werden angenommen. Die Anträge Buchbinder und Hartig abgelehnt.

### Für Wanderungen von Berufsschülern

Zugestimmt wird, 20.215 Mark für Unterrichtsgänge und Wanderungen in den Berufsschulen in den Haushaltsplan 1928 einzusetzen. Ein Antrag Hartig, den Betrag zu verdoppeln, wird abgelehnt.

### Rat und Rechte versuchen die Wahl eines sozialdemokratischen Stadtrats zu hintertreiben

Die Wirtschaftspolitische Vereinigung hatte folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Mit Rücksicht darauf, daß die Verwaltungsgeschäfte des Arbeitsamtes und des Arbeitsnachweises am 1. April d. J. auf das Reich übergehen, beschließt das Stadivorordnetenkollegium, die durch das Ableben des Stadtrats Bluth zur Erledigung gekommene Stadtratsstelle nicht wieder zu besetzen und den Verwaltungsausschuß zu beauftragen, eine hierauf bezügliche Vereinbarung der Verwaltung der Stadt Leipzig in die Wege zu leiten.

Dr. Kunath (Wipo) begründet den Antrag mit dem lächerlichen Vorwand, damit ein Stillschaltungswahl, von der im Reichstag, in den Landtagen und in den Gemeinden so viel gesprochen werde, hier in Leipzig sofort in die Wege geleitet zu werden. Der Antrag sei ihm nicht angenehm, weil jetzt der linken Mehrheit im Stadivorordnetenkollegium die Möglichkeit gegeben sei, einen Stadtrat nach ihrem Geschmack zu wählen und der Antrag sei auch nicht gestellt, weil jetzt keine Rechtsmehrheit mehr im Stadivorordnetenkollegium sei, sondern weil es der Wirtschaftspolitischen Vereinigung mit der Verwaltungsreform bitter ernst sei. (Großes Gelächter.) Er beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag.

Bieberbach (Komm.) lehnt den Antrag ab, meint aber, großen Grund zur Schadenfreude gegenüber der Sozialdemokratie zu haben. Trotz aller Arbeit, die die sozialdemokratische Stadivorordnetenfraktion für die bürgerliche Gesellschaft geleistet habe, verfolge jetzt die bürgerliche Seite alles, um die Sozialdemokratie aus dem besetzten Teil des Rates fernzuhalten.

Genosse Lang: Der Antrag der Wipo ist für uns keine Überreizung, nachdem der Herr Oberbürgermeister bereits unmittelbar nach dem Tode des Herrn Stadtrat Bluth dieselbe Anschauung vertreten hat. Die Wipo führt anscheinend nur einen Auftrag des Oberbürgermeisters aus. Angesichts der Sachlage, daß sich der Rat in seinen besetzten Mitgliedern nur aus Angehörigen der bürgerlichen Parteien zusammensetzt und zum erstenmal sich die Möglichkeit bietet, einen Vertreter der Linkspartei zu wählen, kann von uns der Antrag nur als ein schlechter Witz betrachtet werden, über den wir jede Aussprache ablehnen.

Oberbürgermeister Dr. Kothe bemerkt, schicksal getroffen von den Ausführungen des Genossen Lang: Einige Wochen nach dem Tode des Herrn Stadtrat Bluth haben sich die Nationalisten darüber unterhalten, ob sich dadurch, daß Arbeitsnachweis und Arbeitsamt inzwischen auf das Reich übergegangen sind, für die Erledigung der Stadtratsstelle etwas geändert habe. Die Meinung ging einhellig dahin, daß durch diese veränderte Sachlage die Wiederbesetzung dieser Stelle unnötig sei, man also durchaus versuchen könne, die Arbeit unter die übrigen Ratsmitglieder zu verteilen. Ich habe dem Vorsteher von dieser Auffassung Kenntnis gegeben, einen Beschluß des Rates aber nicht herbeigeführt. Trotz der Mitteilung an den Vorsteher ist die Ausschreibung erfolgt, wozu die Stadivorordneten allerdings im Rechte waren. Der Rat hat keine Fraktion, weder direkt noch indirekt, er sucht, diese Sache zur Sprache zu bringen. Der Rat hat Stellung zu nehmen nicht, wenn die Ausschreibung erfolgt, sondern wenn Sie gewählt haben.

Schneller (Komm.) erklärt die Ausführungen des Oberbürgermeisters für ein politisches Manöver. Als seinerzeit die unbefolgteten Ratsmitglieder auf 19 erhöht werden sollten, habe der Rat verlangt, daß 15 befolgtete Ratsmitglieder erscheinen. Heute, wo es sich darum handelt, daß ein Sozialdemokrat und vielleicht auch mal ein Kommunist in den Rat kommen könnte, hat sich die Stellungnahme des Rates geändert.

Herz (Dem.) wendet sich ebenfalls gegen den Antrag. Er sei in diesem Augenblicke, wo die Möglichkeit sich ergäbe, auch einen Linksparteier in den Rat zu entsenden, durchaus unzulässig. Die Demokraten machen das unter keinen Umständen mit.

Sodann erfolgte die Abstimmung. Für den Antrag stimmten Wipo und Aufwarter mit Ausnahme Schallers; gegen den Antrag Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten. Das zahlenmäßige Ergebnis war Ablehnung mit 45 gegen 23 Stimmen.

Nurher diesen beiden Hauptpunkten war noch eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen, bei der es aber nirgends zu einer eingehenden Debatte kam.

### Sauseinsturz in Kassel

Am Mittwoch um 10,30 Uhr kürzte in der Stiftstraße 48 in Kassel der nahezu vollendete Rohbau eines von der Firma Rudolf Karsch ausgeführten Fabrikneubaus mit donnerartigem Getöse zusammen. Der leidende Maurermeister hatte kurz vor 10 Uhr ein plötzliches Schwanken und Bewegen des Baues wahrgenommen, das in ein seltsames Senken der nach Norden zu stehenden Mauer überzugehen schien. Er ordnete daraufhin sofort an, daß sämtliche Bauhandwerker die Gerüste zu verlassen hätten. Kaum war das geschehen, als auch schon der fast vier Stock hohe Bau zusammenstürzte und alle Gerüste mit sich rief. Hierbei wurden vier Bauarbeiter unter den Trümmern begraben, die von der herbeigerufenen Berufsfeuerwehr mit schweren Vorrichtungen geborgen werden konnten. Drei weitere Arbeiter kamen mit leichten Verletzungen davon. Ein Monteure ist im Kellergewölbe des Fabrikneubaus eingeschlossen. Man rechnet jedoch damit, daß der Monteure noch lebend angetroffen wird. Das ganze Gebäude ist vollkommen geborsten und bis auf keine Mauerreste eingestürzt. Das Unglück soll auf die Nachlässigkeit des Bauunternehmers zurückzuführen sein, der angelegentlich schlechten Material zur Bindung der Bausteine verwendet hat. Nach anderen Angaben soll ein Betonpfeiler geborsten sein, so daß die Last der Decken bis auf den Boden durchgegangen konnte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

SPD Berlin, 26. Januar. (Radio.)

Der am Mittwoch bei der Kasseler Einsturz-Katastrophe in den Kellergewölben des zusammengebrochenen Neubaus eingeschlossene Montagemeister Karl Rapp von den Eisenwerken Altona-Ottensen konnte am Abend des gleichen Tages nur noch als Leiche geborgen werden. Der bei dem gleichen Unfall schwer verletzte 35jährige Bauarbeiter Hesse aus Flirstenhausen ist ebenfalls noch am Mittwoch seinen schweren Verletzungen erlegen.

Freiheitskämpfer. Vor dem Jugendgericht in Geroldshausen (Franken) wurden ein Freizeitschiff und ein Freizeitschiff wegen Grabstörung auf dem israelitischen Friedhof zu zwei Monaten bzw. vier Wochen Gefängnis verurteilt. Beide Angeklagte sind Mitglieder der sogenannten Börsischen Freiheitspartei.

# Billige Lebensmittel

- ### Konserven
- Gemüse-Erbisen 2-Pfund-Dose 65 ¢
  - Jg. Schnittbohnen 2-Pfund-Dose 65 ¢
  - Erbisen u. Karotten 2-Pfund-Dose 70 ¢
  - Haricots verts 2-Pfund-Dose 65 ¢
  - Mischgemüse 2-Pfund-Dose 65 ¢
  - Spinat 2-Pfund-Dose 60 ¢
  - Karotten gewürfelt 2-Pfund-Dose 26 ¢
  - Pflaumen mit Stein 2-Pfund-Dose 75 ¢
  - Apfelsinen 2-Pfund-Dose 85 ¢
  - Nirabellen 2-Pfund-Dose 1,35

- ### Fischwaren
- Hering in Gelee Liter-Dose 88 ¢
  - Bratheringe Liter-Dose 88 ¢
  - Filetheringe in Remouade Dose 1,10
  - Makrelen in Bouillon Dose 78 ¢
  - Olisardinen Klub-dose 48 ¢
  - Fett-Sild in Öl und Tomaten Dose 85 ¢
  - Sociachs in Scheiben 45 ¢
  - Brabant-Sardellen 35 ¢
  - Matjeslilz garniert Stück 20 ¢
  - Reilmops in Remouade Stück 16 ¢

- ### Frisch-Fleisch
- von nur Schlachtvieh i. Klasse
- Schweinebauch Pfund 88 ¢
  - Schweinskeule Pfund 1,00
  - Schweinskamm Pfund 1,15
  - Schweinskoteletten Pfund 1,31
  - Kalbskamm, Brust Pfund 1,20
  - Kalbspießerfleisch Pfund 1,00
  - Kalbskeule Pfund 1,20
  - Rindkeulfleisch Pfund 1,40
  - Rinderbraten ohne Knochen Pfund 1,20
  - Hammelbauch Pfund 1,20
- Junge Gänse auch geillt Pfund 1,10 95 ¢

- ### Diverses
- Allert. Meikereil Pfund 98 ¢
  - Butter Pfund 78 ¢
  - Schweizer Käse Pfund 78 ¢
  - Edamer Käse Pfund 1,28
  - vollkorn Pfund 1,40
  - Kloster-Käse ca. 100-g-Säckchen 1,40
  - Roll-Camembert ca. 1 Pfund 55 ¢
  - Limburg Stangen-Käse 1 Pfund 48 ¢
  - Harle Knackwurst 1/4 Pfund 22 ¢
  - Mettwurst 1/4 Pfund 35 ¢
  - Pölnische 1/4 Pfund 40 ¢
  - Blut- und Leberwurst 1/4 Pfund 40 ¢

- ### Konfitüren
- Pralin. - Mischung 1/2 Pfund 30 ¢
  - Likör-Bohnen 1/2 Pfund 10 ¢
  - Rum-Kugeln 1/2 Pfund 30 ¢
  - Zahne-Creme Pfund 55 ¢
  - Pralinen 1/2 Pfund 55 ¢
  - Kokostücken bunt 1/2 Pfund 18 ¢
  - Kokos-Granat-spitzer 1/2 Pfund 40 ¢
  - Geleefrüchte 1/2 Pfund 30 ¢
  - Gebr. Mandeln 1/2 Pfund 35 ¢
  - Bensdorf-Kakao 1 Pfund 85 ¢
  - Vollmilch, Mokka, Edel-Schokolade 3 Tln. à 100 g 95 ¢

In allen übrigen Abteilungen  
**nur noch bis Sonnabend**  
**Inventur-Ausverkauf**  
 Die letzten Tage bieten eine Fülle von äußerst günstigen Angeboten.  
 Sie werden sich überzeugen u. es bestätigt finden.

# K A U F H A U S BRÜNNL

### Öffentliche Bekanntmachungen

Der vom Kollegium des Senats am 9. August 1927 unter der Aktennummer 20867 auf den Namen **Walt Erich Mohr** ausgesetzte Führerschein für Kraftwagen ist verloren worden. Zur Verhütung von Mißbrauch wird dieser Führerschein hiermit für unzulässig erklärt. Leipzig, den 21. Januar 1928. Das Kollegium des Senats.

**Begau.** Öffentliche Stadterhebung. Freitag, den 27. Januar 1928, abends 7 Uhr, Stadtverordneten-Sitzungssaal. Tagesordnung: 1. Vorkarbeiten im Kataster. 2. Antrag der Gewerkschaft beim Rates auf Bewilligung von 800 RM für Betriebsleistungen und Antrag der SPD. hierauf. Der Stadtrat.

**Prof. Dr. Goldschmidt**  
für Augenkrankheiten  
vorruft ab 26. Januar 1928.

Feenpalast

## Goldener Helm

Morgen Freitag, abends 7 Uhr, großes **Bockbierfest mit Ball**

Tanz frei! Spezialität: Schweinsknochen Tanz frei!  
In der Diele das beliebte Anna-Trio.

Sonntag, den 29. Januar  
**Großer Sonder-Tanz-Abend**  
Sonntag, den 18. Februar: **Großer Helm-Maskenball**

Lichtplatz, Straßenbahn 14, 16 u. 21. Fernr. 53483

### Nicht der Preis — sondern die Qualität macht's!

**Drei Glocken-Butter** 1<sup>05</sup>  
ausgesucht allerbeste Qualität 1/2 Pfd. nur

**Molkerei-Butter** 1<sup>00</sup>  
feinste frische Qualität 1/2 Pfd. nur

**Molkerei-Butter** 90  
frische deutsche Qualität 1/2 Pfd. nur

**Butterhandlung**  
**Zu den drei Glocken**  
G. m. b. H.

Verkaufsstellen:

Leipzig, Bayerische Straße 40	L.-Pieswitz, Zschochersche Straße 32
L.-Lindenu, Lützner Straße 186	L.-Schleußig, Könneritzstraße 61
L.-Lindenu, Merseburger Straße 31	L.-Schleußig, Könneritzstraße 24
L.-Leutzsch, Friedrich-Ebert-Str. 68	L.-Kleinschöcher, Dieskaustraße 36
L.-Pieswitz, Zschochersche Straße 71	L.-Großschöcher, Hauptstraße 61

# Sonder-Angebot in

# Butter

**Allerfeinste**  
deutsche  
**Molkereibutter**  
1/2 Pfund nur **95**  
**Feinste Molkereibutter**  
1/2 Pfund nur **92**  
**Molkereibutter**  
1/2 Pfund nur **88**

Butter-Spezial-Haus

# Nossing

G. M. B. H.

Hauptgeschäft: **Brühl** Ecke Rich-  
Wagnerpl.

Filialen: Johannisplatz 22 - Demmeringstraße 34  
Breite Str., Ecke Beubaer Str. - Hallische Straße,  
Ecke Laubstraße. Fernsprech.-Nr. 1 378 35

Willst du'n feinen Braten kaufen,  
mußt zu Wildtörk laufen.

Empfehle diese Woche **500 pa. starke Hasen**  
gesireift Stück **5.80 Mk.**

**Prima Dresdner Gänse**  
Pfund **1.30 Mk.**, geteilt Pfund **1.40 Mk.**

feine sarte Rehrätter, Stehrüden, Reute Wd. 1.50  
Bratfleisch, Blatt 1.25, Rostfleisch vom Strich,  
Sotte Brat- und Suppenhühner

**Breite Straße 2, am Kuchengarten**  
Ecke Dresdner und Breite Straße.

# Fleischpreise

Rindfleisch	Kalbfleisch	Gefrierfleisch
Suppenfleisch . . . Pfd. 1.30, 1.20	Pfefferfleisch . . . Pfd. 1.00	Suppenfleisch . . . Pfd. 60, 50
Gulasch . . . . . Pfd. 1.25	Brust . . . . . Pfd. 1.20	Hohe Rippe . . . . Pfd. 70
Gehäcktes . . . . . Pfd. 1.30	Kamm . . . . . Pfd. 1.20	Schmorfleisch, oh. Knoch. Pfd. 1.10
Schmorfleisch, oh. Knoch. Pfd. 1.40	Keule . . . . . Pfd. 1.35	Rouladen . . . . . Pfd. 1.20
Rouladen . . . . . Pfd. 1.50	Wickelbraten . . . Pfd. 1.35	Hammelbauch . . . Pfd. 85
Roastbeef . . . . . Pfd. 1.80	Niere . . . . . Pfd. 1.40	Hammelrücken . . . Pfd. 90
Lende . . . . . Pfd. 2.00		Hammelkeule . . . . Pfd. 1.00
Schweinefleisch	Wurstwaren usw.	Hammelfleisch
Bauch . . . . . Pfd. 88	Blut- oder Leberwurst Pfd. 80	Tagout . . . . . Pfd. 1.20
Keule . . . . . Pfd. 1.00	Hausmacher-Sülze . Pfd. 65	Bauch . . . . . Pfd. 1.20
Koteletten . . . . . Pfd. 1.30	Hausmacher-Blutwurst Pfd. 1.20	Rücken . . . . . Pfd. 1.30
Gehacktes . . . . . Pfd. 1.20	Mettwurst . . . . . Pfd. 1.40	Keule . . . . . Pfd. 1.40
Gek. Schinken 1/2 Pfd. 55	Kümmelwurst . . . Pfd. 1.00	
Roh-Schinken 1/2 Pfd. 60	Cervelat oder Salamj . Pfd. 1.60	Speck geräuch. Pfund 95
	Cervelatwurst i. Hindad. Pfd. 1.60	Schwarzfleisch oh. Rippe 1 Pfund 1.35
	Nußschinken im Ganz. Pfd. 1.85	

# Billige Lebensmittel

Kolonialwaren	Konserven und Marmeladen	Fett u. Käse usw.
Getr. Mischobst . . . Pfd. 60	Gemüse-Erbsen . . . 1/2-Kilo-Dose 65	Rindertalg . . . . . Pfd. 45
Kaff. Pflaumen . . . Pfd. 40	Erbsen m. geschn. Karotten 70	Margarine . . . . . Pfd. 62, 54, 48
Eier-Schnittnudeln . Pfd. 45	Junge Erbsen . . . . 75	Kokos-Speiseöl . . . Pfd. 53
Puddingpulver . . . Pfd. 50	Junge große Bohnen . 95, 75	Amerik. Schmalz . . Pfd. 78
Kakao, gar. rein . . . Pfd. 90	Junge Brechbohnen . . 85	Schweineschmalz . . Pfd. 83
Schokoladenteig . . . Pfd. 90	Junge Erbsen, mittelfein . 1.05	Vollmilch (Milchj.) gr. Dos. 50
Tee, ausgew. 1/4 Pfd. 1.75, 1.25, 95	Sellerie . . . . . 95	Alpenmilch, ungezuck. 4 Dos. 95
Kaffee, gr. 1/4 Pfd. 1.40, 1.30, 1.20, 1.10	Prinzbohnen . . . . . 1.55, 1.50	Romadour, halbfett . Stück 38
Linzen . . . . . 3 Pfd. 93	Kaiserschoten . . . . 1.75	Bergkäse, halbfett . Stück 48
Tafelreis . . . . . 3 Pfd. 95	Apfelmus . . . . . 75	Gheimratskäse, vollf., Stck. 1.00
YoUreis . . . . . 4 Pfd. 95	Pflaumen mit Stein . . 75	Kochkäse . . . . . Pfd.-Dose 70
Bruchreis . . . . . 5 Pfd. 1.00	Mirabellen . . . . . Pfd. 1.35	Tilsiter Käse, halbfett Pfd. 85
Weißer Bohnen . . . 5 Pfd. 1.00	Erdbeeren . . . . . 1.45	Edamer Käse, halbfett Pfd. 85
Kaiserauszugmehl 5-Pfund-Beutel 1.75, 1.55, 1.25	Kirschen, rot oder schwarz 1.45	Camembert, vollf. 1/4 Teil-Kart. 88
	Himbeer-Apfelmarmelade . 95	
	Erdbeer-Apfelmarmelade . 85	Kohler Emmenthaler ohne Rinde 250 Gramm-Kart. 95
	Johannisbeer-Apfelmarmel. 95	Schweizerkäse ausgewogen . . . . . Pfd. 1.48
	Aprikosen-Apfelmarmelade 95	
	Pflr.- od. Kirsch-Konfitüre . . . 2 Pfd.-Eimer 1.25	<b>Rot- u. Südweine</b>
	Aprikos.-Konfitüre . . . . . 2 Pfd.-Eimer 1.25	2ter Uffel (Span. Rotwein) 1.25
<b>Konfitüren</b>	<b>Suppenhühner</b> . . . . . Pfund 1.35	2ter Dürkheimer . . . . . 1.30
Vollm.-Nuß-Schok. 200-g.-Tfl. 95	<b>Brathühner</b> . . . . . Pfund 1.45	2ter San Esteban . . . . . 1.75
Vollmilch-Schokol. 3 Tfl. 100g. 95	<b>Molkereibutter</b> 1/2 Pfd. 88	19er Domaine de la Porte 1.85
Pralinen . . . . . Karton, 400 g. 1.00	<b>Iller-Molkereibutter</b> 1/2 Pfd. 98	21er Chät. Cazeaux, Bordeaux 2.00
Lohmann-Kakao Pfd.-Paket 1.00		Tarragona . . . . . 1.30
Spez.-Kakao v. Althoff Pfd.-Do. 1.20		Melaga . . . . . 1.00
Bjöltschokolade . Pfd. 1.30, 95		Insel Samos . . . . . 1.60
Benidopp-Kakao . . Pfd. 95		Moscateller . . . . . 1.75
Bayr. Mulz . . . . . Pfd. 75		

Konkurrenzlos billig  
1/20 Pf. ausgedientet 1/2 Pf. 1.15  
Kleins. Marktstraße, Galerie 105/108.

## TEILZAHLUNG

enorm billige Preise

# MÖBEL

Anzahlung bis 2 Jahre Kredit

KOMPL. ZIMMER  
EINZELMÖBEL-KÜCHEN  
TEPPICHE-KORBEN  
KINDER-WAGEN

Beamte und Festangestellte ohne Anzahlung!

## PETER & Co

KATHARINEN-STR. 4. - I. U. II. STOCK

## Wild-Geltingel



**Otto Schierke Nachf.**

Ecke Stillecher Str. - Mühlstraße

Trotz steigender Preise  
noch diese Woche  
prima extra starke

# Hasen

Stück nur **5.50**

# ALTHOFF

<b>Fettes Schweinefleisch</b> 70 zum Ausbraten . . . . . Pfund	<b>Gehacktes gemischt</b> 70 Pfund
---	---------------------------------------

# Extra billige Lebensmittel

<b>Gänse</b> gefroren Pfund 90 <b>85</b>	<b>Hasen</b> gestreift Stück 8.00 <b>4<sup>50</sup></b>	<b>Gefrierfleisch Hammel</b> Pfund 90 <b>80</b>	<b>Molkerei-Butter</b> Pfund <b>88</b>	<b>A. I. feinste dän. Butter</b> Pfund <b>1<sup>05</sup></b>	<b>Schweizerkäse</b> Pfund <b>64</b>
<b>Kolonialwaren</b>	<b>Obst-Konfitüren</b> (Kostproben gratis)	<b>Frisch-Fleisch</b> Rindfleisch: schön durchgewachsen		<b>Bransobw. Qualitäts-Konserven</b>	<b>Obst-Konserven</b>
Kaiser-Auszugmehl 3-Pfd.-Beutel 1.55 1.45 <b>1.25</b>	Pflaumen mit 1/2 Früchten Marke Querner 2-Pfd.-Elmer <b>1.45</b>	<b>Kochfleisch</b> Pfund <b>85</b>	<b>Gehacktes</b> garant. rein Pfund <b>85</b>	Junge Schnittbohnen 2-Pfd.-Dose <b>55</b>	Apfelmus 2-Pfund-Dose <b>75</b>
Mischobst Pfund <b>75</b>	Johannisbeere 2-Pfd.-Elmer <b>1.28</b>	<b>Schmorfleisch</b> Pfund <b>1.25</b>	<b>Rouladen</b> Pfund <b>1.30</b>	Gemüse-Erbsen 2-Pfd.-Dose <b>65</b>	Pflaumen 2-Pfund-Dose <b>88</b>
Backpflaumen Pfund <b>45</b>	Kirsch 2-Pfd.-Elmer <b>1.35</b>	<b>Roastbeef</b> o. Knochen Pfund <b>1.35</b>	<b>Gulasch</b> Pfund <b>03</b>	Junge Erbsen 2-Pfd.-Dose <b>78</b>	Pflaumen 1/2 Fr. 2-Pfd.-Dose <b>95</b>
Tafel-Reis prima Qualität Pfund <b>25</b>	Himbeer 2-Pfd.-Elmer <b>1.30</b>	<b>Schweinsbauch</b> oder Keule Pfund <b>88</b>	<b>Schweinsbacken</b> Pfund <b>78</b>	Junge Erbsen mittelteilig 2-Pfd.-Dose <b>1.05</b>	Birnen w. 1/2 Fr. 2-Pfd.-Dose <b>98</b>
Eier-Bruchmakkaroni Pfund <b>50</b>	Orangen 2-Pfd.-Elmer 1.55 <b>1.25</b>	<b>Koteletts</b> Pfund <b>1.18</b>	<b>Fettes mit Schmer</b> Pfund <b>88</b>	Leipz. Allerlei m. Spargel u. Pilzen 2-Pfd.-Dose <b>88</b>	Mirabellen 2-Pfund-Dose <b>1.35</b>
Hausfrauen-Nudeln 1-Pfd.-Original-Paket <b>60</b>	Aprikosen 2-Pfd.-Elmer 1.45 <b>1.25</b>	<b>Hammelrücken</b> oder Keule Pfund <b>1.20</b>	<b>Kalbs-Rücken</b> oder Keule Pfund <b>1.25</b>	Junge Schnittbohnen I 2-Pfund-Dose <b>78</b>	Réneclauden 2-Pfd.-Dose <b>1.35</b>
Kaffee gebrannt 1-Pfd.-Original-Paket <b>1.10</b>	Erdbeeren 2-Pfd.-Elmer 1.45 <b>1.28</b>	<b>Fetter Speck</b> Pfund <b>95</b>	<b>Mettwurst</b> Braunsch. Art Pfund <b>1.35</b>	Erbsen mit Karotten 2-Pfd.-Dose <b>78</b>	Ananas 2-Pfd.-Dose 1.55 <b>1.38</b>
Sultaninen Pfund <b>95</b>	Ananas 2-Pfd.-Elmer <b>1.48</b>	<b>Landleberwurst</b> Pfund <b>95</b>	<b>Dauer-Zervelat</b> oder Salam-Wurst Pfund <b>1.65</b>	Kaiserschoten 2-Pfd.-Dose <b>1.75</b>	<b>Unsere Schläger</b>
<b>Unser Schläger I Puten</b> Pfund <b>95</b>	Dreifucht-Marmelade 2-Pfd.-Elmer <b>95</b>	<b>Schweinskopf</b> Pfund <b>1.30</b>	<b>Knochen-Salt-Schinken</b> 1 Pfund <b>1.78</b>	Echte Bay. Pflferlinge 2-Pfund-Dose <b>95</b>	Holl. Maatjes-Heringe 10 Stück <b>48</b>
	Pflaumenmus 2-Pfd.-Elmer <b>88</b>	<b>Pa.gek.Schinken</b> 1/2 Pfund <b>55</b>		Stangen-Spargel Kalif. extra stark 2-Pfd.-Dose <b>2.98</b>	Bratheringe o. Hering in Gelee 2-Pfund-Dose <b>88</b>
<b>Margarine</b> Würfel Pfund <b>48</b>	<b>Amerik. Schmalz</b> Pfund <b>78</b>	<b>Weinbrand-Verschnitt</b> 38% 1/2 Fl. <b>2<sup>45</sup></b>	<b>Pfefferminz, Kümmel oder Cherry Brandy</b> 30% 1/2 Fl. <b>2<sup>95</sup></b>	<b>Pralinen</b> z. Teil m. Nuss und in Staniol Pfund <b>95</b>	<b>Bensdorf-Früht.-Kakao</b> Pfund <b>98</b>
<b>Kokosfett</b> Tafel Pfund <b>55</b>	<b>Edamer Käse</b> Pfund <b>95</b>	<b>Jamaika-Rum-Verschnitt</b> 38% 1/2 Fl. <b>2<sup>85</sup></b>		<b>Vollmilch-od. Vollm.-Nuss-Schokolade</b> 3 Tafeln à 100 g <b>88</b>	<b>Orangen</b> 11 Stück 65 <b>35</b>

Nur noch 3 Tage

## Inventur-Ausverkauf


Versäumen Sie nicht, diese besonders günstige Kaufgelegenheit auszunützen!



Verkauf soweit Vorrat. Teleph. Bestellungen: 709 47

**"Dicke Gärtner"**  
100 Stk. 1.50  
400 Stk. 4.50  
Zigarren-Gärtner  
Reichertstr. 40

Linnitzu früh und spät  
Yügina = Gabsquid



Unser **Inventur-Ausverkauf** hat begonnen.

Diese großzügige Verkaufs-Veranstaltung **nur reeller Qualitätswaren** bietet auch diesmal eine außerordentlich günstige Gelegenheit zum Einkauf von **Herren-, Jünglings- u. Knaben-Bekleidung.**

Das Lager besteht durchweg aus guter und bester Konfektion in bekannt gediegener Verarbeitung und vorzüglicher Paßform. Die Preise sind ohne Rücksicht auf die Selbstkosten weit herabgesetzt.

**Emil Ranisch, L.-Anger**  
Zweinaundorfer Straße 1, Ecke Breite Straße.

**Telephonisch** können Anträge nicht angenommen werden. Erhebung der Geldbeiträge.

**Gewerkschaftliche Anzeigen**  
Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig  
Volkshaus, Zeiler Straße 32, Fernruf 340 21

**Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig**  
Gruppenversammlungen:  
Glaser Sonnabend, den 28. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus.  
Wiphalteure Sonnabend, den 28. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus.  
Zielerleger Sonnabend, den 28. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus.  
Tagesordnung wird in den Versammlungen bekanntgegeben. Zahlreichen Besuch erwarten die Leitungen.

**Zentralverband der Maschinisten und Heizer**  
Sonnabend, den 28. Januar 1928, 19 Uhr (abends 7 Uhr), findet im Volkshaus, Café Mitte, unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Delegiertenversammlung. 2. Gewerkschaftliches. Das Erläutern aller Rollen ist Pflicht.

**Familien-Nachrichten**

Am Mittwoch verschied nach längerem, schwerem Leiden im Alter von 78 Jahren unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester und Tante, Frau

**Lina Liebold geb. Köpe**

Ihre nie versagende, tatkräftige Liebe, ihr aufrechter, gerader, stets hilfsbereiter Charakter und zum Schluß ihr standhaftes Ausharren in den Tagen der niederdrückenden Krankheit wird uns stets als Vorbild vorschweben.

Um stillen Beifeld "bitten" in tiefer Trauer  
Leipzig, den 26. Januar 1928.

Adolf Liebold u. Frau Selma geb. Knauer, Berlin  
Hedwig Berthel geb. Liebold u. Kinder, Wiesenburg/Ba.  
Adolf Köpe u. Tochter, Benshausen/Thür.  
Albert Knauer u. Familie, Leipzig  
Frau Emma vorw. Knauer, Leipzig.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 28. Januar 1928, 11.30 Uhr, von der Kapelle des Lindenauer Friedhofes, Merseb. Str., aus statt

In unserem **Inventur-Ausverkauf** bringen wir nur **morgen Freitag, vorletzter Tag**

unsere stadtbekannt guten Qualitäts- **Arbeits-Stiefel** mit Eisen, feste, solide Verarbeitung, Gr. 40-46, mit doppelter Sohle... **6<sup>90</sup>** mit Doppelsohle... **1.00** mehr

**Konkurrenzlos billig!**

**Schuhwarenhaus**  
**Königsberg**  
Leipzig Halle

Verkaufsst.: Königsplatz 7, Brühl 15, Taubchenweg 18, Kolonnenstr. 32, Nitzsch, Dieskaustr. 21

**Paul Baumann**  
**Fischwaren-Groß-Handlung**  
Tel. 14122 Windmühlenstr. 2

**Der Mensch** lebt nicht vom Brot allein, dazu schmeckt auch sehr fein.

**Zirka 1500 Kisten**  
**Fett-Voll-Bücklinge**  
(Grosche!) e Qualität kommen diese Woche zum Verkauf.

Kiste 5 Pfund Inhalt | Ausgewogen Pfund  
**1.35** | **38**

Bei Abnahme von 3 Kisten Mk. 1.25  
**Kieler Fett-Sprotten** 1-Pfund-Kiste 50 Pfennig  
**Blutfrische Grüne Heringe** Pfund 20 | 4 Pfund 75

**Seefische - Salz- und Schottenheringe**  
**Fischmarinaden - Olsardinen** zu billigsten Preisen.

Am Dienstag früh verschied nach kurzem Krankenlager im 57. Lebensjahre unser lieber Vater, Bruder und Onkel

**Richard Werner**  
Leipzig CI, den 25. Januar 1928  
Josephinenstraße 26.

In tiefer Trauer  
**Heinz Werner im Namen aller Hinterbliebenen.**

Die Einäscherung findet Freitag, 27. Januar, nachmittags 1/2 2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Nach erfolgter Beerdigung allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwägerin, Groß- und Urgroßmutter

**Wilhelmine Kleine geb. Wolf**

im 80. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Beiden Dank den Hausbewohnern für die uns erwiesene Anteilnahme.

Leipzig-Großschlocher, den 25. Januar 1928.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Familie Hermann Kleine, Friedrich Schmidt-Str. 9  
Familie Gustav Kleine, Hauptstraße 53, I



Sächsische Angelegenheiten
Arbeiterföhung und Gewerbeaufsicht

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtage folgende Anfrage eingebracht:

Im Bericht der Gewerbeaufsichtsbehörde des Freistaates Sachsen für das Jahr 1926 als auch in den Berichten der Berufsvereinigungen kommt ein Ansteigen der Betriebsunfälle zum Ausdruck. Demgegenüber steht nach dem ersten Bericht ein beträchtlicher Rückgang der tätigen gefundenen Revisionen. Bei der Etatberatung, Kap. 24, wurde, um diesem Uebelstand abzuhelfen, beschloffen, die Regierung zu ersuchen:

- 1. die Zahl der hauptamtlichen Gewerbeärzte bzw. -ärztinnen zunächst soweit zu erhöhen, daß auf jede Kreisshauptmannschaft ein hauptamtlicher Gewerbearzt entfällt. Die dazu erforderlichen Mittel sind bei Kap. 24 Tit. 2 einzulegen;
2. a) um eine regelmäßige Besichtigung der Betriebe zu ermöglichen, die Zahl der mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsbeamten bzw. -beamtinnen wesentlich zu erhöhen und dem Landtag eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten;
b) im Gesamtjahr 1928 fünf weitere mittlere Gewerbeaufsichtsbeamte bzw. -beamtinnen einzustellen;
3. die Gewerbeaufsicht ihrer zunehmenden Bedeutung entsprechend nach sozial-hygienischen Gesichtspunkten weiter auszubauen, das Aufwandspersonal, besonders in der Handelsaufsicht, zu vermehren und die Einstellung weiterer weiblicher Kräfte ins Auge zu fassen;
4. umgehend eine Geschäftsvereinfachung bei den Gewerbeaufsichtsämtern durchzuführen und Vorschläge hierzu von allen Beamtengruppen der Ämter einzuholen;
5. baldigst eine Denkschrift auszuarbeiten, dahingehend:
a) inwieweit durch eine gewisse Zentralisierung eine bessere und einheitlichere Durchführung der Arbeitsergebnisse ermöglicht werden könnte;
b) inwieweit nach Beseitigung der behördlichen Ueberorganisation die Ueberwachung der gewerblichen Betriebe nur den Gewerbeaufsichtsämtern übertragen werden kann;
c) inwieweit Uebermittler nur für wissenschaftliche Arbeiten anzustellen sind;
d) inwieweit bei Erstellung bzw. Ablehnung von Ausnahmen über Arbeitsergebnisse nicht nur die Vorstände, sondern mehrere Beamte, einschließlic der mittleren, zu entscheiden haben;
6. bei Uebertragungen der Arbeitsergebnisse und tariflichen Bestimmungen die Nachbesserungen nicht der Polizei, sondern den Gewerbeaufsichtsämtern zu übertragen;
7. 20 000 Mark für sozialhygienischen Unterricht der Arbeiter einzustellen;
8. darauf hinzuwirken, daß in den Kantinen alkoholfreie Getränke möglichst vorzuziehen werden.
Wir fragen die Regierung: Inwieweit ist sie diesen Beschloffen nachgekommen?

Die UEPD und die 500 Unterschriften.

Die Landesleitung Sachsen der UEPD teilt uns mit, daß bei den letzten Landtagswahlen an Unterschriften für ihre Wahlvorschlüge aus jedem der drei sächsischen Kreise über 500 eingegangen waren.

Die Jugendstudienforderungen im Ausblick A

Seit dreieinhalb Jahren liegen dem Landtag die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion - aufgebaut auf die Forderungen des Landesauschusses Sachsen der Jugendverbände - vor. Am Mittwoch endlich befaßte sich der Ausschuß A mit diesen Anträgen und kam immer noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis, weil ein Schlußantrag des deutschnationalen Prof. Steger, Chemnitz, die Aussprache vorzeitig unterband.

Die Genossen Kauffisch und Dohbert widersprachen dem Antrag der Deutschnationalen. Genosse Kauffisch betonte, daß die Jugendfragen mindestens ebenso wichtig seien, als die dann zur Beratung anstehenden Volksfragen. Mit den Stimmen der Bürgerlichen (einschließlic des Sozialen Müller) wurde der Beratungsantrag angenommen. Genosse Kauffisch richtete an die Regierungsvertreter die Frage, in welcher Zeit das von der Volkspartei beantragte staatliche Material dem Ausschuß vorgelegt werden könne und wozu es darauf, daß das Material zum ersten Teil des volksparteilichen Antrages sofort aus den Staatstiteln der Leipziger Ausstellung beschafft werden kann. Der Regierungsvertreter stellte die Zusammenstellung des Materials in etwa einer Woche in Aussicht. Daraufhin wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die Beratung abgebrochen. Sie werden wahrscheinlich am 1. Februar ihre Fortsetzung finden.

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Boulaille.

Copyright by Paul Jolnos Verlag Wien.

Am anderen Ende des Saales, nahe der Tür, drückte der Abgeordnete, immer lächelnd, immer selbstlich, die dargebotenen Hände. Er tat mir leid... Ich muß selber weg... danke sehr...
Der kleine Mann auf dem Podium benutzte den günstigen Augenblick, um anzufangen.
Unter Kamerad, der Herr Abgeordnete, sagte Jordan mit Recht, daß die Regierung schwere Fehler begangen hat, und es ist wahr, daß sie nicht mehr zu zögern hat. Seinem Wort mangelte die Wärme des Volkstredners, der jedoch den Saal verlassen hatte. Dieser zweite Redner hatte zu nuchterne Gesten. Vergebens bemühte er sich, seine Ansprache durch Zauberformeln wie „das internationale Recht“, „das Heine Gesetz“, „der Kollektivismus“ gesüßelter zu machen. Nur wenige Hörer schenken ihm Aufmerksamkeit.
Die „Kandide“, der erste Sprecher, ein Schönredner, ein wahrer Redner, hatte ihn erdrückt. Wollte er nur ein Schönredner, man tannnte seine Worte!
Der Vorkämpfer, hätte sich durch seine Minderwertigkeit gehemmt. Er schloß, wie schwerfällig sein Vortrag war. Er langweilte.
Als er das begriff, will er ein Ende machen.
Behaltet den Lehrsatz unseres großen Karl Marx im Gedächtnis, ruft er. Die Emanzipation der Arbeiter wird das Werk der Arbeiter selbst sein. Schließt euch zusammen!
Ein paar Leute klatschten Beifall. Dann Schweigen.
Die Leute sehen einander an, jeder forscht seinen Nachbar aus, schüttelt ihn im Geiste ab, wägt, berechnet die mögliche Einigung.
Vor dem Kriege erkannte man sich besser. Da gab es weniger Unterschiebe. Die Wägen waren gleich oder doch fast gleich, die Gleichheit machte sich vor allem dadurch sichtbar.
Sie wünschten sie alle, die Einigung. - aber wie sie vollziehen?
Da sind die, die sich satt essen, die, die nur halbwegs etwas zu beissen haben, und die, die hungern. Eine Gemeinschaft unter Allen? Mehr oder weniger möglich vorkommt, aber nicht wirklich vorhanden.

Die Verlagsstrategie

In der Mittwoch-Sitzung des Rechtsausschusses stand zunächst das sehr wichtige Polizeibeamtengesetz zur Beratung, aber anscheinend sind die Koalitionsparteien noch nicht einig. Darauf läßt es wenigstens schließen, daß sie die Beratung durchschleppen, um die formale Frage zu klären, ob es im Landtag statthaft ist, einen Vertreter für ein ordentliches Ausschußmitglied als Berichtsersteller zu ernennen, wie es in dem strittigen Falle durch die Auswahl des Kommunisten Stewert zum Berichtsersteller geschehen war.

Anträge der Demokraten und Aufwärtler auf Veränderung der Verordnungsangewandtschaft wurden erneut von der Beratung abgelehnt. Dem Stande, daß die antragstellenden Parteien Anträge, die sie einbrachten, um ihre Wähler zu täuschen, aus Koalitionsrücksichten verzögerten, haben wir schon mehrfach gebrandmarkt. Im Ausschuß gab die Regierung folgende völlig ungenügende Erklärung ab:

Die auf Grund der Verordnung über die Voderung der Wohnungszwangswirtschaft vom 8. April 1927 bei den beteiligten Ministerien eingegangenen Beschwerden sind erst in der letzten Zeit zahlreicher geworden. In der vorigen Woche sind der Regierung eine Anzahl örtlich begrenzter Beschwerden zugegangen, die sich auf die Verhältnisse in Chemnitz, Zwickau und Plauen beziehen und insbesondere die Kündigung von Gewerbeträgern sowie angelegliche Fälle von Mietswucher bei Gewerbeträgern betreffen.

Das Justizministerium hat im Einvernehmen mit dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium sofort alle erforderlichen Maßnahmen angeordnet, um eine sachliche eingehende Prüfung dieser Beschwerden herbeizuführen.

Sollten sich die Beschwerden als berechtigt erweisen, so wird die Regierung unverzüglich erörtern, inwieweit die Voderungsverordnung, örtlich begrenzt, aufgehoben oder eingesengt werden kann.

Wlo die Regierung wird erwägen!

Sehr schmerzlic berührte es den Finanzminister, daß die Beratung seines Gesetzentwurfes über die Bewilligung von 25 Millionen für die sächsische Landesbrandversicherung abgeseht wurde. Das war von sozialdemokratischer Seite beantragt worden, weil Rückfragen bei den Gemeldeten nötig sind, um zu prüfen, in welchem Umfang kommunalen Bedürfnissen im Rahmen der Vorlage Rechnung getragen werden kann. Der Aufwärtler stimmte mit der Linken.

Wenn der Neubell-Entwurf Geseh wird

Wie die Postliche Zeitung berichtet, betragen die einmaligen Kosten der Durchführung des Reichshulgesetzes in Sachsen 40 Millionen Mark, die laufenden Kosten 5 bis 6 Millionen Mark jährlich. Der Dresdner Anzeiger und die Dresdner Nachrichten berichten demgegenüber, daß die laufenden Kosten jährlich „nur“ 3 bis 4 Millionen Mark und die einmaligen Kosten „nur“ etwa 27 Millionen Mark betragen würden. Die deutschnationalen Dresdner Nachrichten nennen diese Zahlen „unverhältnismäßig niedrige Zahlen“. Diese Summen wurden durch entsprechende Ermittlungen der Bezirksämter errechnet, die auf Anordnung des Volksbildungsministeriums vorgenommen wurden.

Große Unterschlagungen

In Schleitau im Erzgebirge sind in der Verwaltung der Kirchenkasse beträchtliche Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden. Verschiedene Mitglieder des Kirchenvorstandes sollen eigenmächtig über einen Betrag von rund 100000 Mark verfügt haben. Einer der deutschnationalen Betrüger befindet sich bereits in Haft.

Nationalisten überlier Sorte

Der Sozialdemokratische Pressedienst teilt mit, daß das Rundschreiben des Bundesvorstandes des Reichsbanners gegen die sogenannte „Alte Sozialdemokratische Partei Sachsen“ die Könlige Volkszeitung am Mittwoch zum Anlaß eines neuen wütenden Angriffs gegen die ihr von jeher gerade nicht angenehme republikanische Organisation genommen hat. Es verlohnt nicht, darauf im einzelnen einzugehen, zumal das Blatt für seine Behauptungen den Beweis schuldig bleibt. Allem Anschein nach hat man in der Redaktion der Könligen Volkszeitung noch immer nicht begriffen, daß es sich bei den sogenannten „alten Sozialdemokraten“ um nichts anderes als um Nationalsozialisten überlier Sorte handelt. Alle

ehrlich überzeugten Republikaner müssen mit dieser Sorte Republikaner jede Gemeinschaft ablehnen. Das ist nicht nur unsere Auffassung, sondern auch die Meinung der im Reichsbanner tätigen maßgebenden Zentrumsvertreter.

Zum Falle Bleichröder

Bekanntlich waren im Verlauf der Kindesführungs-Angelegenheit im Hause Herrschel-Bleichröder nicht weniger als drei Haftbefehle erlassen worden, von denen zwei vorübergehend auch vollstreckt wurden: gegen Edgar von Bleichröder, gegen seine Schwester Frau Herrschel und gegen das Kindermädchen Johanna Straßburger, die nach kurzer Vernehmung sofort freigelassen wurde. Edgar von Bleichröder dagegen hatte volle acht Tage die Frenken der Haft genießen können. Er war dann gegen Sicherheitsleistung von 10 000 Mark freigelassen worden, während seine Schwester ebenfalls gegen Sicherheit von der Haft vorläufig gelassen ist. Das Oberlandesgericht Dresden hat nunmehr die gegen die vorgenannten drei Personen ergangenen Haftbefehle aufgehoben.

Dresden. Ein ungetreuer Konkursverwalter. Wegen Unterschlagung von Konkursgeldern ist dieser Tage der Konkursverwalter Johannes Lubwig verhaftet, aber nach der Vernehmung wieder entlassen worden. Es sollen mehrere Unterschlagungsfälle vorliegen. Ueber Ludwigs Vermögen ist inzwischen keine Konkursöffnung erfolgt.

Buchartzschain. Festnahme von Brandstiftern. Der intentionen Arbeit zweier Polizeibeamter ist es gelungen, jene Personen habhaft zu machen, die in den letzten Jahren am Orte und in der Umgebung verschiedene Brände anlegten. Als Täter kommen ein 15 Jahre alter Wirtschaftsgeselle und ein 21 Jahre alter Schmied in Frage, die dem Amtsgericht zugeführt wurden.

Grimma. Eine Ehe tragödie. In einer Wohnung in der Poststraße wurde ein Ehepaar gasvergiftet aufgefunden. Der Gashahn zur Lichtleitung stand offen. Den Bewohnern der Hausbewohner und der Polizei gelang es, die Eheleute wieder ins Leben zurückzurufen. Krankheit der Frau war der Grund zu der Verzweiflungstat des alten Ehepaares.

Hundfunkprogramm

Freitag, den 27. Januar. Unterhaltung und Belehrung. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -vorausgabe (Deutsch und Esperanto), Schneebereichte und Wasserstandsberichte. 12 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Voz-A.G., Berlin. 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.15 Uhr: Presse- und Wörterbericht. 15-15.30 Uhr: Proben aus den Neuerwerbungen auf dem Musikalienmarkt. 16.30-18 Uhr: Nachmittagskonzert. (Von 17-18 Uhr: Uebertragung auf den Deutschlandsender.) Dresdner Streichquartett (Fritzsche, Schneider, Riphahn, Kropholler.) 18.05-18.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerwerbungen auf dem Büchermarkt. 18.30-18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studienrat Freibel und Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 19-20 Uhr: Der Dichter spricht. Anton Wildgans spricht aus eigenen Werken. 20 Uhr: Wettervorhersage, Schneebereichte und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Tönende Operngeschichte. Ein historischer Ueberblick von Wilhelm Hühly und Alfred Sgendet. 5. Abend: Zaube von W. A. Mozart. Ein morgenländisches Spiel in 2 Akten (Bearbeitung von R. Kubofsch). Dirigent: Dr. J. A. Duse. Spielleitung Hans Peter Schmidt. Personen: Scheich Soltman, Joseph Krahé, Jaram, sein Bediener, Adolf Dimans (Berita), Zaube, dessen Sklavens Eva Graf, Alois, Juan, gefangene Spanier, Albrecht Vinta, Hans Fret, Altagim, Kurt Wischmann (Halle). Ein Vorsinger, Reinhold Wolff. Gesangene Spanier: Mauren und Maurinnen. Ort: Der Palmengarten Solimans. Zeit: Mitte des 18. Jahrhunderts. Orchester: Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Chor: Die Leipziger Chorknabenvereinigung. Einzelne Vorträge von Dr. Wilhelm Hühly. Textbücher durch die Mittag. 22.15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22.30-23 Uhr: Tanglehrkursus: Charleson und Deta. 23-24 Uhr: Uebertragung aus der Scala in Berlin: Konzert des Jazz-Sinfonie-Orchesters Jack Hyllton aus London.

Untergang des Abendlandes oder Erneuerung durch den Sohn des Volkes? Das ist die Frage vor die sich jeder der Gemütsbild verbunden fühlende Kulturmensche stellt. Die Volkshochschule bekennt sich zum Gedanken der Schaffung einer echten Volkskultur und arbeitet in diesem Sinne an der Neugestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Hierfür dient auch der Vortrag der Vorträge für das Volkshochschulheim Schloß Sandburg.

Darum laut Sachsenburg-Volk! Nächste Woche Juchuna, Lospreis 50 Pf. Gelaniaminne 50 Pf. Lose zu haben durch Gewerkschaften, Kollekture und Geschäfte oder direkt durch Lotteriebureaustelle Dresden-W., Wallendauststraße 28

ganz verschiedenen Bedingungen leben? Er umfaßt diese Menge mit seinen Händen und erfährt nicht die Schwere der, die einer wirklichen Verständigung zwischen diesen halb bürgerlichen Arbeitern und den wahren Hungerleidern entgegen sind.

Rein, der Redner sah nichts von alledem. Er redete. Nach lange redete er, noch länger gaultete dieses Spiel der Gemeinplätze.

Seeres, nichts sagendes Geschwätz“, dachte Wagner. Endlich schloß der Redner, die Versammlung klatschte Beifall. Dann erhob sich der Präsident und brachte einen Antrag zur Abstimmung. Man schrie:

„Es lebe die Revolution! Es lebe die soziale Revolution!“ „Achtung vor den Gimpelfängern!“ schrie jemand. „Man hat bereits versucht, uns in einen Hinterhalt zu locken!“

„Juhu!“ „Es lebe die Revolution!“ „Seraus die Angstmeter!“ „Revolution!“

Bevorstufte, Geschrei. Eine Zeitlang töste ein Hüllenlärm. Aber bald steigt ihn überwindend, das Stimmengewirr überhörend, wie auf Verabredung, ein Lied, es schwillt plötzlich an, klingt härter, fällt den großen Saal:

Wacht auf, Verdammte dieser Erde, Die stets man noch zum Hungern zwingt! Da steht wie Blut im Kraterbeche Das Recht mit Macht zum Durchbruch bring! Reinen Tisch macht dem Bedrängter! Heer der Skanen, mache auf! Nichts zu sein - tragt es nicht länger! Alles zu werden, strömt nicht auf!

Der ganze Saal fliebert wie eine Seele: Wölfer, hört die Signale! Auf zum letzten Gehehl!

Die sechshundert Mann in diesem Saal erbeben in einer Hoffnung, in einer gemeinsamen Hoffnung - wenigstens glauben sie es. Sie stehen jetzt alle. Sie wenden sich der Tür zu, und in einem Augenblick hauf sich diese Menge am Ausgang der Aula, unbeweglich.

(Fortsetzung folgt.)

Merkwürdige Erbllichkeit

Eine illustrierte Zeitung brachte in der zweiten Januarhälfte einen kleinen Artikel, der sich mit der weitverbreiteten Ansicht auseinandersetzt, daß die Söhne großer Männer meist nicht das Maß der Begabung ihrer Väter haben.

Das letztere interessiert uns ganz besonders, nicht allein deshalb, weil wir daraus ersehen, daß Univeritätsprofessoren und großer Mann ohne weiteres gleichzusetzen ist.

Die Sache ist deshalb wichtig genug, naturwissenschaftlich auf ihre Möglichkeit, Gründe und Richtigkeit hin untersucht zu werden.

Eigentümlichkeiten der Eltern wiederholen sich, wenn sie nur gelegentlich bei dem einen oder dem andern vorkommen, bei den Nachkommen nur ausnahmsweise.

Ich weiß nicht, ob eine Ehestatistik der Univeritätslehrer besteht, aber ich bin überzeugt, daß eine Geschichte der deutschen Universtitäten auch eine Geschichte der Verchwägerungen ihrer Lehrkräfte wäre.

Alle Voraussetzungen für die Möglichkeit der fraglichen Erbllichkeit sind also gegeben, und in der Tat ist dieser Vererbungsgrad bei den Univeritätsprofessoren so stark entwickelt, daß sie ihre Fähigkeit, Dozent zu werden, sogar auf Männer übertragen können.

„So ist es — wie sie meinen.“

Von Jakob Blauner.

Mit Zeichnungen von Max Schwimmer.

„Als ich betritt den Saal der Alten Handelsbörse, fiel hinter mir der Filzperhang herunter, den man hochgehoben hatte, damit ich hinein konnte.“



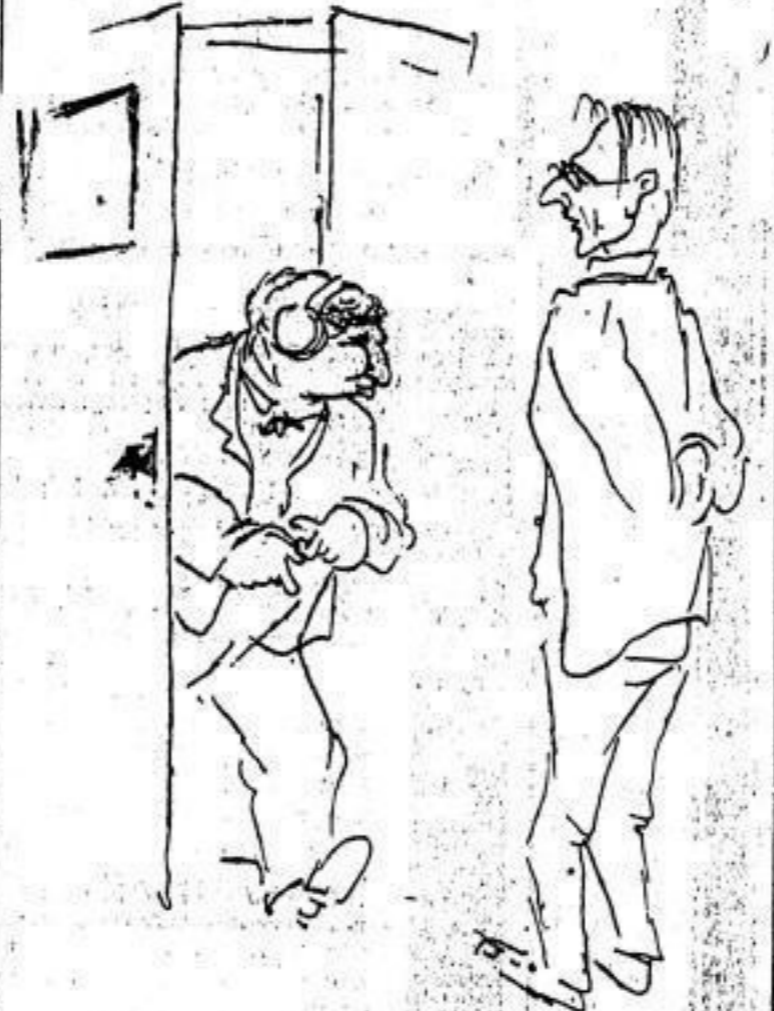
Am den Tisch sahen Leute und schwiegen.

Wand, und zwischen Wand und Tisch das Mikrophon. Am den Tisch sahen Leute und schwiegen. Ein unglaublicher Kaffeetrunk wurde da verzapft.

Der mir zugekehrte statische Rüden Wilhelm Walters war ja ganz stadträglich, wie er aus seinem Rollenbuch, das auf dem Notenständer vor ihm lag, mit seiner Partnerin Schippang, die als Frau Stadtr in jungierte, den Fall Bonza besprach.

„Fühlst du mich?“ fragt er jetzt den Meyer, der natürlich mit ja antwortet. „Nun, kannst du mir beweisen, daß du denselben fühlst, den du hier sitzen siehst?“

Jetzt kommt der Regisseur des Abends: Schönkant, aufgeregter aus der Telephonzelle, wo er mit dem Kopfhörer um die Ohren das Spiel kontrollierte, und Witte, den Radiofachkundigen, sehen erst



Jetzt kommt der Regisseur aus der Telephonzelle.

Jetzt meine bisher von der Spielers-gefangengehaltenen Augen. Die Standplätze der Spieler — wurde mir in dieser Pause erklärt — sind sinnvoll ausgebaut.

Von einem „Achtung, Achtung!“ wird die Erläuterung unterbrochen: der zweite Akt beginnt. Als sehen sich wieder auf die Plätze, ängstlich jedes Geräusch vermeidend.

„Also verrückt!“ rüdt es aus dem Chor der Klatschgesellschaft. Man müßte doch feststellen, wer nun eigentlich im Wahn ist: Frau Frolo oder ihr Schwiegersohn.



Von einer Seite kommt Hans Zeise-Gött vor an den Tisch.

meinen Mann bin ich die zweite Frau, für Frau Frolo die Tochter. Ich selbst bin niemand. Ich bin die, für die man mich hält! In Wirklichkeit ist sie Grete Scheer, und zum Schluß wird auch dem Hörer die Wahrheit der gespielten Wirklichkeit offenbar.

Drei Meister

Die erste Schubertfeier im Schubertjahre begingen wir in Mag Baurers Klavierabend. Hier ist nicht zu kritisieren, hier stimme ich in den Beifall ein.

In Gemahlsaus-langen Maria Luogün und Karl Erb. Hier verstante die Kritik ebenso vor Freude, daß es so was nach gibt. Bei Maria Luogün, das ist hier schon gefagt worden, freiten Schönheit und Reinheit der Stimme, mußtliches Stilgefühl und blühende Technik um den Vorrang.

Karl Erb sang Lieder von Schubert und Wolf und zusammen mit seiner Frau kostbare Duette. Ich wüßte keinen Tenor zu nennen, der so wie er die Kultur, das Wesen des Liedes in jeder Fingerspitze erfüllt hat.

Kleine Chronik

Papier aus dem Affenbrodbaum. Der heilige Basobab, der Affenbrodbaum, wird jetzt auch dem Schicksal vieler Bäume erliegen, nämlich zu Papier verarbeitet zu werden.

Ein neues Robin-Museum. In Meudon soll ein neues Robin-Museum erbaut werden, die Pläne Rowlers, eines der bekanntesten jüngeren Architekten, sind genehmigt.

Schauspielhaus. Die Neueinstudierung der „Armut“ von Anton Wildgans am Sonnabend, dem 28. Januar, ist in den Hauptrollen besetzt mit: A. Bökel, (Joseph Spaller), A. de Bruyn (Mathilde), W. Engels (Gottfried), D. Parell (Marie), R. Schaffganz (Bonifaz Strang), R. Böhm (Stand), R. Zimmermann (Dr. Rabinowitsch), O. Stadel (Der Fremde), B. Wildenhain (Bogi), R. Balagó (Nuchem Goldsohn).

Wites Theater. Wegen der Vorbereitungen zur Uraufführung von Hans Kothers Komödie Der brennende Stuhl (Sonnabend, den 28. Januar) beginnt die Nachmittagsaufführung des Weihnachtsmärchens „Die Himmelsreise“ an diesem Nachmittage bereits um 15.30 Uhr.

Filmschau.

Wie süß, wie herzlich, wie goldig, so ganz auf das sonnige Gartenlaubengemüt des biederen deutschen Volkes vom alten Schrot und Korn zugeschnitten ist das: Wenn die Menschen reif zur Liebe werden.

Zwei Filme mit Tieren im Mittelpunkt der Handlung. Bildlich sehr schön. Der schwarze Satan mit dem Rapen Reg, dem Veltrecht einer großen schwar wilden Fische. Episoden aus der Zeit des Kampfes zwischen Welsch und Indjanern, wobei die letzteren in sehr unter dem Gesichtspunkt des „indischen Feindes“ gesehen sind.